DER BERUFLICHE NACHWUCHS IN DER SCHWEIZ

INAUGURAL-DISSERTATION

ZUR ERLANGUNG DER WÜRDE
EINES DOKTORS
DER STAATSWISSENSCHAFTEN
DER JURISTISCHEN FAKULTÄT
DER UNIVERSITÄT BERN

EINGEREICHT VON
WILLY LUICK
AUS GÜTTINGEN

UNIONSDRUCKEREI BERN · 1929

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

EINLEITUNG 5

I. WESEN UND BEDEUTUNG DER BERUFSWAHL.

1. Das Verhältnis von Jugend und Beruf in seiner historischen Entwicklung 11
2. Zur Frage der freien Berufswahl 15
3. Die Bedeutung der Berufswahl für die Produktion 20
4. Die Bedeutung der Berufswahl für den Arbeitsmarkt . . . 25
5. Die kulturelle und politische Bedeutung der beruflichen Orientierung 29

II. DIE BERUFLICHE ORIENTIERUNG IN DER SCHWEIZ.

6. Ueberfüllte und nachwuchsarme Berufe 37
7. Der Ueberfluss an Ungelernten 53
8. Die Leutenot in der Landwirtschaft 60

III. DER BERUFLICHE NACHWUCHS.

9. Der Geburtenrückgang und seine Auswirkungen 71
   a) Die quantitative Seite 71
   b) Die qualitative Seite 87
10. Die Frage des Nachwuchsbedarfes 100
11. Einflüsse der Rationalisierungsmassnahmen auf den Nachwuchsbedarf 112

IV. BERUFSPOLITIK UND BERUFSÖKONOMIK.

12. Allgemeines 125
13. Die Berufspolitik der wirtschaftlichen Organisationen . . . 128
14. Die Berufsberatung 133
15. Die Berufsauslese 141
16. Die Berufsausbildung 147
17. Die innere Sanierung der Berufe 150

SCHLUSSWORT 155

LITERATURVERZEICHNIS 158

« Eine Hauptquelle des Elends ist, dass die Menschen nicht an ihrer rechten Stelle sind. Mancher Kaufmann würde besser ein Pächter, mancher Staatsmann ein Stallmeister, mancher Kardinal ein Küster geworden sein. Die wenigsten haben sich ihre Stellung in der Welt ausgesucht. Geburt oder irgendein anderer Zufall entscheidet über ihren Stand; daher gibt es so viele schlechte Schuhmacher, Priester, Minister und Fürsten. »

Friedrich der Grosse.

E I N L E I T U N G

Die Volkswirtschaft und die einzelnen Erwerbszweige benötigen für ihre Kontinuität und ihre Entwicklung einen quantitativ und qualitativ bestimmten Bedarf an Berufstätigen. Damit ist noch nicht gesagt, dass dieser Bedarf zahlenmässig bestimmbar sei. Zunächst wollen wir feststellen, dass er in mancher Beziehung Schwankungen unterworfen ist. Konjunkturveränderungen, Saisoneinflüsse, Mode, Rückwirkungen der Handelspolitik, Verbesserungen der Arbeitsmethoden, ja sogar Schwankungen im Beschäftigungsgrad einzelner Erwerbszweige, können den Berufsbedarf verändern.

Im allgemeinen unterscheiden wir bei den Angehörigen eines Berufes drei Qualitätsgruppen: die gelernten, die angelernten und die ungelernten Arbeitskräfte. Die Grenzen zwischen den einzelnen Gruppen sind schwankend; insbesondere ist eine genaue Abgrenzung zwischen gelernten und angelernten Arbeitskräften sehr schwer oder gar unmöglich. Die lohnintensive Industrie und das handwerksmässige Gewerbe benötigen eine verhältnismässig grosse Zahl von Facharbeitern, von gelernten oder angelernten Arbeitskräften, während die Landwirtschaft und die auf Massenproduktion eingestellten Industrien mit weniger gelernten Facharbeitern, dagegen mit mehr angelernten und ungelernten Kräften auskommen können. In Handel und Verwaltung vollzieht sich gegenwärtig ein Umschwung zugunsten der letztern. Diese Momente sind wichtig für die Feststellung des Berufsbedarfs, weil sie grundlegend sind für eine planmässige Zuführung des Nachwuchses in die einzelnen Berufe.

Bei der Betrachtung der Lage des Arbeitsmarktes wird man erkennen, dass der Zufluss zu den einzelnen Berufen kein geregelter ist. Vielmehr muss man feststellen, dass einzelne Berufe auf den Nachwuchs eine stärkere Zugkraft ausüben, während andere fortwährend Schwierigkeiten haben, den geeigneten Nachwuchs zu erhalten, mit andern Worten: *die Berufswahl des Nachwuchses ist nicht in Uebereinstimmung mit dem Berufsbedarf.*

Die zunächst in Erscheinung tretenden Nachteile sind teils ein Ueberangebot an Arbeitskräften — man spricht dann von einer Ueberfüllung des Berufes — teils ein Mangel an solchen (Mangelberufe). Wir finden ferner oft eine unbefriedigende Verteilung der Arbeitsgelegenheiten zwischen den verschiedenen Gruppen von Arbeitskräften (männliche und weibliche, ältere und jugendliche, gelernte und ungelernte), ebenso zwischen den verschiedenen Erwerbszweigen. Charakteristisch für diese Verhältnisse ist der Umstand, dass trotz einer gewissen Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren ein empfindlicher Mangel an Facharbeitern herrschte, der sich seit der günstigen Konjunkturentwicklung verschärft hat.

Alle diese Erscheinungen bringen nicht nur soziale Schäden mit sich, sie sind von besonderer Bedeutung für die Volkswirtschaft und für die Produktionspolitik eines Landes. Namentlich eine Qualitätsindustrie wird darauf bedacht sein müssen, stets den geeigneten Nachwuchs heranzuziehen. Oft wird es ihr aber auch schwer fallen, die Versorgung mit qualifizierten Arbeitskräften aus dem Auslande sicherzustellen. Als weitere Folge dieser ungeregelten Zufuhr an geeigneten Arbeitskräften kann man oft einen Rückgang der Qualität feststellen, der wiederum unabsehbare Konsequenzen für das Bestehen eines Erwerbszweiges und für die Beibehaltung der Absatzmärkte haben kann.

Wir erkennen daraus, dass es wünschbar wäre, eine den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechende Verteilung des Nachwuchses auf die einzelnen Berufe sicherzustellen, wobei allerdings nicht nur die zahlenmässige Zuleitung, sondern auch eine solche nach der Eignung stattzufinden hätte. Dabei erhebt sich einmal die grundsätzliche Frage, ob dies unter dem System der Gewerbefreiheit und der freien Berufswahl möglich ist; ferner ist zu prüfen, nach welchen Gesichtspunkten diese Zuleitung zu erfolgen hätte, und schliesslich darf man fragen, woher wir ein zuverlässiges statistisches Grundlagenmaterial nehmen, wenn wir an eine solche Aufgabe herantreten.

Es geht wohl nicht an, als Ursache dieser Verhältnisse einzig die freie Berufswahl zu betrachten. Sicher ist, dass sie dabei eine wichtige Rolle spielt; aber auch unter dem System der freien Berufswahl könnte der Zustrom zu den einzelnen Berufen ein den Bedürfnissen entsprechender sein. Die Ursachen, die man für eine zweckmässige Lösung der Aufgabe zuerst erkennen muss, sind

mannigfaltig; sie liegen zu einem grossen Teil in der Bewertung der einzelnen Berufe durch die Berufsuchenden. Gewöhnlich ist hier die rein subjektive Einstellung zum Berufe ausschlaggebend. Anders verhält es sich mit der wirtschaftlichen Bewertung der Berufe, wo die objektiven Verhältnisse, Anstellungs- und Arbeitsbedingungen, Lohn, kurz die Rentabilität des Berufes klarer in Erscheinung treten. Schwerwiegend für die unrichtige berufliche Orientierung des Nachwuchses fällt die Unkenntnis der Berufe in Betracht, nicht allein die Unkenntnis der Berufsverhältnisse, sondern das Nichtkennen gewisser Berufe. Unbefriedigend ist auch der Umstand, dass in einzelnen Berufen, die einen gewissen Nachwuchs vertragen könnten oder sogar nötig hätten, keine oder doch nur wenig Lehrgelegenheiten vorhanden sind, während bereits überfüllte Berufe oft wesentlich mehr offene Lehrstellen aufweisen, als Berufsanwärter zur Verfügung stehen. Die Tatsache, dass ein grosser Teil unseres Nachwuchses unbekümmert um volkswirtschaftliche Bedürfnisse und um persönliche Eignung ins Berufsleben tritt, muss zu einer unwirtschaftlichen beruflichen Orientierung führen.

Könnte die berufliche Orientierung unserer schulentlassenen Jugend derart beeinflusst werden, dass daraus eine den volkswirtschaftlichen Interessen dienende Verteilung der Arbeitskräfte resultierte, so wäre damit ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gegeben, dessen Wirkungen nicht zeitlich begrenzt, sondern dauernd und nachhaltig sind.

Diese Probleme werden wir zwar nicht restlos lösen können, denn die tieferen Ursachen der Arbeitslosigkeit und der sozialen Verhältnisse sind in der Hauptsache durch die moderne Produktionsweise bedingt. Eine gewisse latente Arbeitslosigkeit wird andauern, solange die anarchische Produktion fortbesteht. Sicher ist aber, dass ein grosser Teil der Arbeitslosigkeit und des daraus resultierenden Elendes in den Kreisen der unselbständig Erwerbenden in der unwirtschaftlichen Berufsorientierung zu suchen ist.

Neben diesen wirtschaftlichen Ueberlegungen spielen aber auch kulturelle und sozialpädagogische Erwägungen eine Rolle.

Als Vorstufe der Nachwuchsbeschaffung für die verschiedenen Gebiete unserer Volkswirtschaft kommt also der Berufswahl eine besondere Bedeutung zu. Wenn man erst in neuerer Zeit zu dieser

Erkenntnis gelangt ist, so dürfte dies vorwiegend darauf zurückzuführen sein, dass man in einer Zeit rascher technischer Entwicklung der menschlichen Arbeitskraft als Produktionsfaktor zu wenig Beachtung schenkte. Da aber die neuzeitlichen Rationalisierungsmethoden weit über das Betriebstechnische hinausgehen und auch Fragen der Betriebs- und Wirtschaftsorganisation und der Berufsökonomik mit einbeziehen, muss der Mensch im Arbeitsprozess auch wieder mehr Beachtung finden. Zwei Gründe führen zwangsläufig zu einer stärkeren Berücksichtigung der menschlichen Arbeitskraft im Wirtschaftsprozess: der verschärfte Konkurrenzkampf, der schliesslich nicht nur ein Kampf der technischen Hilfsmittel ist, und die Tendenz zur Verbesserung der Qualität der Produkte.

Heute liegt die Berufsentscheidung und damit die Frage der Regelung des beruflichen Nachwuchses sozusagen ausschliesslich in den Händen der Eltern und Erzieher der aus der Schule tretenden Jugendlichen. Der berufliche Nachwuchs entbehrt dabei einer genügenden planmässigen Beeinflussung seitens staatlicher und privater Institutionen. Wenigstens fehlt die Einflussnahme in quantitativer Hinsicht fast gänzlich. Etwas stärker betont ist die Einflussnahme des Staates und der Berufsverbände auf die Qualität des beruflichen Nachwuchses durch Massnahmen zur Förderung des beruflichen Bildungswesens. Es scheint oft, dass in dieser Hinsicht — wenigstens auf einzelnen Gebieten — des Guten zuviel getan werde, während man andere wichtige Gebiete völlig vernachlässigt. Vor allem darf hervorgehoben werden, dass es trotz einer vorzüglichen Organisation des beruflichen Bildungswesens in kaufmännischen und Bureauberufen bis heute als ein unlösbares Problem erschien, die zahlreichen ungeeigneten Elemente von diesen Berufen fernzuhalten.

Die in den letzten Jahren immer stärker wachsende Institution der *Berufsberatung* zeigt zwar gewisse Ansätze zu einer im Interesse unserer Wirtschaft liegenden Berufspolitik. Heute stehen die prominenten Träger dieser Bewegung in der Schweiz allerdings noch auf dem Standpunkt, dass die psycho-pädagogische Bedeutung der Berufsberatung im Vordergrund stehen müsse und die volkswirtschaftliche Bedeutung erst im zweiten Range erscheine. Die vorliegende Arbeit wird sich auch mit dieser Frage eingehend zu befassen haben.

I. KAPITEL

WESEN UND BEDEUTUNG DER BERUFSWAHL

1. DAS VERHÄLTNIS VON JUGEND UND BERUF IN SEINER HISTORISCHEN ENTWICKLUNG *)

Betrachten wir das Verhältnis von Jugend und Beruf in seiner historischen Entwicklung, so ergibt sich eine mit der Arbeitsteilung wachsende Problematik der Berufswahl.

Auf der untersten Stufe der Bedürfnisbefriedigung begegnet die Lösung der Frage keinen besondern Schwierigkeiten, da die « Berufserziehung » eine Gewöhnung durch Vorbild und Nachahmung darstellt. Auch die Entstehung von Stammesberufen geht fast ohne tiefere Ueberlegungen vor sich. Der Jugendliche wächst langsam in das Leben der ältern Stammesgenossen hinein, wobei er sich die notwendigen Kenntnisse teils zuschauend und spielend, teils nachahmend und helfend aneignet.

Mit der Entwicklung zur ständischen Gesellschaft, die in Zentral- und Westeuropa nach dem Abschluss der Völkerwanderung in Erscheinung tritt, zeigen sich die eigentlichen Probleme der Arbeitsteilung und Berufswahl infolge der Eigentumsveränderungen an Grund und Boden. Das neue Ständewesen lässt überhaupt die ersten absichtlichen Bemühungen um die heranwachsende Jugend erkennen. Neben der « Fachbildung » tritt auch eine gewisse Allgemeinbildung als Erziehungsmassnahme in Erscheinung. In der Hauptsache aber gilt es, Standesgenossen zu erziehen. Schon hier zeigt sich, dass vorwiegend die herrschenden Klassen ein besonderes Interesse für die Heranbildung ihres Nachwuchses an den Tag legen. Eine Vorbereitung für das Leben und eine Schulung für besondere Aufgaben erhalten zum Beispiel die Söhne der Kaufleute und einiger Handwerker. Auch innerhalb der Kirche erwacht der Berufsgedanke und erhält seine stärkste Prägung im Mönchstum, womit das Bewusstsein einer persönlichen Berufung in religiösem Sinne dokumentiert wird. Als Tatsache ist

---

*) Vergl. hierzu:
Bücher, Die Entstehung der Volkswirtschaft, Tübingen, 1919.
Dunkmann, Die Lehre vom Beruf, Berlin, 1922.
Otto, Das deutsche Handwerk in seiner kulturgeschichtlichen Entwicklung, Natur und Geisteswelt, Nr. 14.
Ferner die Aufsätze:
Fischer, « Jugend und Beruf »; *Schuckenböhmer,* « Das Verhältnis von Jugend und Beruf in seinem historischen Wandel », in der Zeitschrift « Jugend und Beruf», 1926, Heft 1, und 1927, Heft 8 und 9; *Schindler,* «Jugend und Beruf », in der Zeitschrift « Arbeit und Beruf », 1926, Heft 13.

der Beruf zwar vorhanden, bevor Luther den volkswirtschaftlichen Begriff « Beruf » in den Sprachgebrauch eingeführt hat.

Das mittelalterliche Handwerk bringt dem Problem Jugend und Beruf das grösste Interesse entgegen. Zu seiner Lösung schafft es besondere Institutionen und bringt damit den ganzen Fragenkomplex in das Bewusstsein der Gesellschaft. Die Ausbildung für den Beruf wird Aufgabe und Pflicht aller Zunftgenossen. Aber nicht nur die technische Seite der Berufsausbildung wird als Notwendigkeit gefordert; parallel geht die sittliche Durchbildung der Jugend. Die Zunft wird zu einem Machtfaktor im gesellschaftlichen Leben, erfasst und formt das ganze Dasein der Zunftgenossen und ist für sie der Weg zur Vollbürgerschaft. Nur wer Lehrling und Geselle war und schliesslich Meister geworden ist, kann im bürgerlichen Leben mitbestimmen. Durch die Uebernahme der Gesamtverantwortung für ihre Mitglieder glaubt die Zunft, Gewähr für die Berufsarbeit des einzelnen und die sozialen Anforderungen zu bieten.

Nach und nach werden die mittelalterlichen Berufe zu eigentlichen Sozialverbänden, die sich zu ihrem Schutze mit einer Mauer von eintritterschwerenden Bestimmungen umgeben. Die Frage der Eignung für den Beruf steht neben derjenigen des Bedarfes an Arbeitskräften im Vordergrunde. Die Eignungsfrage wird aber nicht in sachlicher Beziehung gelöst. Meist erbt der Sohn den Beruf des Vaters, oder die Zunft bestimmt, dass neben den Kindern nur noch Verwandte eines Zunftgenossen in die Zunft aufgenommen werden dürfen. Vorschriften über die Zahl der Lehrlinge und Gesellen, über Art und Ausmass der Produktion, über Preise und Löhne usw. regeln das gesamte Leben innerhalb einer Zunftgenossenschaft. Damit soll erreicht werden, dass der Beruf jedem Zunftgenossen eine sichere Existenz verschafft. Man will die Zahl der Handwerker dem Bedarf entsprechend normieren, um dem einzelnen ein standesgemässes Auskommen zu sichern. Diese Monopolstellung der Zünfte hat keineswegs zu einer Qualitätsverminderung geführt, im Gegenteil, die Leistungsfähigkeit des mittelalterlichen Handwerks stand auf einer sehr hohen Stufe. Es ist dies einmal dem Umstande zuzuschreiben, dass der Meister mit der Annahme von Lehrlingen die Verantwortung für deren berufliche und allgemeine Erziehung zu übernehmen hatte und diese Pflicht meist den eigenen Angehörigen gegenüber erfüllen musste. Ausserdem

bestanden schon damals gute Bildungsanstalten, die den Lehrlingen und Gesellen die nötigen beruflichen Kenntnisse vermitteln konnten. Schliesslich aber — und das dürfte wohl ein Hauptgrund für den hohen Stand des mittelalterlichen Handwerks sein — war jeder Meister, der Lehrlinge auszubilden hatte, ein wirklicher « Meister seines Berufes ».

Trotz der Schranken, die das Zunftwesen um die mittelalterliche Bedarfsdeckungswirtschaft aufgebaut hat, kann sich die Geld- und Verkehrswirtschaft nach und nach entwickeln. In der neuen Wirtschaftsform kann die gewerbliche Produktion nicht mehr länger auf das zünftlerisch geregelte Handwerk beschränkt bleiben. Tatsächlich hat das Eindringen der Geld- und Verkehrswirtschaft den Zerfall des Zunftwesens auch beschleunigt. Mit der Lockerung zunftmässiger Bindungen entstehen rasch zahlreiche neue Berufe, bei denen irgendeine bisher im Zunftwesen geordnete Teiltätigkeit zur Grundlage eines besonderen Berufes, zum Gegenstand einer speziellen Erwerbstätigkeit wird. Dieser Prozess der Bildung von Berufen schreitet um so rascher vorwärts, je stärker die Bevölkerung der Städte zunimmt und je mehr sich der Verkehr entwickelt. Es sind zuerst vorwiegend persönliche Momente der Veranlagung und Anpassung, die der Arbeitsteilung und der Bildung von neuen Berufen Vorschub leisten; erst später treten andere Ursachen (Werkzeuge, Rohstoffe, Produkte) hinzu.

Die Zersetzung der ständischen Ordnungen, das heisst der Zerfall der Zünfte und das Eindringen des Liberalismus, bringen nicht nur die wirtschaftliche Freiheit, sondern auch die sogenannte freie Berufswahl mit sich. Die veränderte Wirtschaftstechnik (Manufaktur) und die fortschreitende Arbeitsteilung verlangen immer mehr Berufsteilung und Spezialisierung.

Mit der freien Berufwahl wird das Verhältnis von Jugend und Beruf zum eigentlichen *sozialen Problem;* je stärker aber dieses Problem ins Bewusstsein der Gesellschaft rückt, um so mehr werden Lösungsversuche unternommen, wobei zunächst die Frage der Erziehung als Aufgabe der Allgemeinheit auftaucht. Die unmittelbare Berufsausbildung und auch die vorbereitende Erziehung für den einzelnen Beruf treten nach und nach in den Hintergrund, da sie unter dem System der freien Berufswahl als überflüssig erscheinen müssen; dagegen wird die vorbereitende Allgemeinbildung und die anschliessende Berufsausbildung für die qualifizierten Be-

rufe zur Regel. Diese Entwicklung erhält einen starken Impuls durch die Mitwirkung der neuen philosophischen, religiösen und künstlerischen Ideen jener Zeit. Ihr Einfluss ist massgebend für die spätere Entstehung der Bürgerschulen und die Einführung der allgemeinen Schulpflicht.

Die französische Revolution hat schliesslich die letzten Reste des Zunftwesens und die Ideologie einer ständischen Gesellschaft beseitigt und eine Neuorientierung der gesellschaftlichen Beziehungen gebracht. Nach der Auflösung der gebundenen Wirtschaftsform steht der einzelne da ohne die Ketten, die ihn früher mit seiner Berufsgruppe verknüpften. Die freie Konkurrenz im Wirtschaftsleben und die bürgerliche Demokratie in der Politik waren die notwendigen Voraussetzungen für die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Der wirtschaftliche Liberalismus hat uns das zweifelhafte Geschenk der Handels- und Gewerbefreiheit gebracht und damit auch viele gute Seiten des Zunftwesens, vor allem die gründliche Berufsausbildung der Jugendlichen, beseitigt. Die Gewerbefreiheit überlässt es dem einzelnen, in welcher Weise er sich die notwendige Eignung für die Ausübung eines Berufes verschafft. Formell wird damit das Verhältnis der Jugend zum Beruf und vor allem die Berufsbildung von einer öffentlichrechtlichen Angelegenheit zu einer privatrechtlichen der direkt Interessierten.

Die Vorbereitung für einen Beruf, soweit es überhaupt noch einer solchen Vorbereitung bedarf, erhält ein völlig anderes Gesicht. Die Grenzen zwischen gelernten und ungelernten Arbeitskräften und damit auch der Unterschied zwischen Lehrling und jugendlichem Arbeiter beginnen sich zu verwischen, und der gelernte Handwerksgeselle kommt auf eine Stufe mit der übrigen Industriearbeiterschaft. Früher bot die Wirtschaft für den Berufsuchenden ein bedeutend günstigeres Bild, sie war relativ einfach und übersichtlich, und der Entschluss, diesen oder jenen Beruf zu ergreifen, war nicht mit grossen Schwierigkeiten verbunden. Heute sind diese Verhältnisse wesentlich ungünstiger, und die Berufswahl wird schon deshalb für den einzelnen zu einem Problem, weil der Berufsuchende dem Neuen in der Industrie und der ganzen Wirtschaft vielfach fremd gegenübersteht. Diese Erscheinungen führen uns das Vorhandensein eines Berufs- und Berufswahlproblems klar vor Augen. Mit der Berufskrisis ist in den letzten Jahrzehnten auch die Arbeit der Schule problematisch geworden. Die allgemeine

Volksbildungsarbeit, die wir seit Mitte des vorigen Jahrhunderts verfolgen können, ist zwar keine bewusste Folge dieser Erscheinungen, und wenn zahlreiche soziale Vereinigungen eifrig an der Bildungsarbeit beteiligt waren, so war ihnen doch kaum bewusst, aus welchen Ursachen sich die Notwendigkeit ihrer Bemühungen ergab. Starke Impulse empfing diese Tätigkeit namentlich aus der Anteilnahme von Gewerbeverbänden, Gewerkschaften, Genossenschaften und pädagogischen Vereinigungen um die Jahrhundertwende. Auch nach dem Kriege hat die Volksbildungsarbeit wieder einen starken Aufschwung genommen. Die auf Selbsterziehung gerichtete Bewegung innerhalb der Jugend hat parallel mit den übrigen Bestrebungen eine starke Wirkung auf die Volksausbildung ausgeübt, die viele Institutionen der Jugendfürsorge zwang, sich der Jugendbewegung anzupassen.

Man kann alle diese Massnahmen und Erscheinungen wohl nur als Symptome der durch das kapitalistische Wirtschaftssystem geschaffenen Berufskrisis betrachten, die verzweifelnd nach einer Lösung drängt und diese in der Volksbildung und Volkserziehung zu finden hofft. Auch der in den letzten Jahren angestrebte Ausbau der Berufsschulen stellt zum Teil einen Lösungsversuch auf diesem Gebiete dar, während die Berufsberatung, sofern sie nicht ausschliesslich pädagogisch, sondern auch volkswirtschaftlich und psychologisch orientiert ist, über den Rahmen der Bildungsbestrebungen hinausgeht und einen ersten Schritt in der Richtung planmässiger Berufspolitik und Berufsökonomik darstellt.

2. ZUR FRAGE DER FREIEN BERUFSWAHL

Auf der Grundlage freier Entfaltung der Wirtschaftskräfte glaubte man auch das Problem der Arbeitslosigkeit gelöst zu haben, da doch alle arbeitswilligen Hände Beschäftigung hätten und alle ihr « Recht auf Arbeit » verwirklichen könnten. Erst mochte es scheinen, dass diese Hoffnungen tatsächlich erfüllt würden. Die Entwicklung des Verkehrs und die Erfindungen boten zahlreiche neue und neuartige Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten.

Die Gewerbefreiheit zeigte aber bald auch ihre Schattenseiten. Man musste vor allem erkennen, dass die sogenannte freie Berufswahl etwas sehr Relatives geblieben war und dass vorwiegend die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse auf die Berufswahl

bestimmend wirkten. *Lotmar* hat wohl als erster auf diese charakteristische Seite der freien Berufswahl hingewiesen und festgestellt, dass die Wahl des Berufes auch unter dem Stempel der Freiheit meist aus zwingenden Gründen erfolge. [1])

Wenn sich auch die sozialen Verhältnisse, von denen Lotmar vor 30 Jahren ausging, inzwischen wesentlich geändert haben, so dürfen seine Hinweise auf die Bedeutung der freien Berufswahl für den einzelnen und die Gesellschaft selbst heute noch als zutreffend bezeichnet werden. Der Berufsuchende wird bei der Wahl seines Berufes in erster Linie nach der wirtschaftlichen Ergiebigkeit (Rentabilität des Berufes) oder nach der sozialen Stellung fragen. Auch die Art der Arbeit nach ihrem ästhetischen Charakter, die physische Inanspruchnahme, der gesundheitliche Einfluss können für die Wahl eines Berufes massgebend sein. Die sozialen Verhältnisse zwingen aber einen grossen Teil der Berufsanwärter, in solchen Berufen ihr Auskommen zu suchen, die ihnen rasche Verdienstmöglichkeit versprechen. Konventionelle Anschauungen über die Berufsaussichten wirken oft mitbestimmend auf die Berufswahl, selbst wenn die wirklichen Verhältnisse längst andere geworden sind. Lotmar kommt in seiner Studie zum Schluss, dass nur ein kleiner Bruchteil des Volkes jener Freiheit teilhaftig werde, während die Mehrheit ausserstande sei, nach Talent oder Neigung den Beruf zu wählen.

Auch *Bücher* ist dieser Ansicht, wenn er schreibt, dass die grossen Züge unserer sozialen Berufsgliederung sich geschichtlich aus der verschiedenen Verteilung des Eigentums entwickelt haben und fortgesetzt auf dieser Grundlage ruhen, die durch unsere heutige Wirtschaftsordnung immer mehr befestigt werde. [2]) Bücher erklärt dies aus folgenden Umständen:

« 1. Jeder Beruf wirft unter unserer Wirtschaftsorganisation ein Einkommen ab, und nur der Besitzende ist imstande, sich die bevorzugten Stellen des Einkommenerwerbs innerhalb der allgemeinen Arbeitsgliederung auszusuchen, während der Besitzlose mit den schlechtern Stellen vorliebnehmen muss;

2. der Besitz selbst liefert vermöge seiner kapitalistischen Natur auch ohne eigene Arbeit dem Besitzer ein Einkommen und überträgt sich erblich mit dieser Fähigkeit. Soweit unsere Besitz-

[1]) *Lotmar*, Die Freiheit der Berufswahl, Leipzig, 1898.
[2]) *Bücher*, Die Entstehung der Volkswirtschaft, Tübingen, 1919, Bd. I, S. 354.

klassen auch soziale Berufsstände sind, sind sie es nicht deshalb, weil der Beruf Besitz schafft, sondern vielmehr deshalb, weil der Besitz die Berufswahl bedingt und weil in der Regel das Einkommen, das der Beruf abwirft, sich in ähnlicher Weise abstuft, wie der Besitz, auf welchen der Beruf sich gründet.»

Bücher glaubt also, dass in der Regel dem Menschen nicht der spezielle Beruf, wohl aber die soziale Berufsklasse, der er anzugehören hat, durch die Vermögensausstattung des elterlichen Hauses zugewiesen werde.[3]) «Und wenn der Sohn des Fabrikanten wieder Fabrikant wird, der Sohn des Bauern wieder Bauer, so wissen wir, dass in vielen Fällen der diesem Berufe einmal angepasste Vermögensbestand den Beruf diktiert hat, ohne Rücksicht darauf, ob die aufgezwungene Rolle für das betreffende Individuum angemessen ist oder nicht.»[4])

Man wird bei der Betrachtung dieses Problems zu berücksichtigen haben, dass die Berufsentscheidung für einen Jugendlichen meist in eine Zeit fällt, in der man von einer Urteilsreife noch nicht sprechen kann. Der dem Kindesalter kaum entwachsene Jugendliche muss sich in der Regel im letzten Schuljahr für einen Beruf entscheiden, den er oft nur dem Namen nach kennt, von dessen Anforderungen er aber meist keine Kenntnis hat.

Fischer hat die sonst übliche Phaseneinteilung nach Kindheit, Schulalter und Reifejahre vom Standpunkt des beruflichen Werdeganges als Alter der *Berufsneutralität*, des *Berufsexperimentes* und der eigentlichen *Berufsreife* bezeichnet[5]). Die Entwicklung des Menschen ist nach ihm eine durchaus gesetzmässige Phasenfolge des organisch-psychologischen Wachstums von innen heraus. Im Alter der Berufsneutralität befindet sich der Mensch noch in den Spieljahren, obwohl bereits ein dunkler Drang vorhanden ist, etwas zu werden. Da der Mensch aber im Spielalter nicht mit begrifflicher Schärfe «Mensch» und «Beruf» zu trennen vermag, ist er weder berufswahlreif, noch viel weniger berufsreif; er ist in beruflicher Hinsicht neutral, was bedeuten soll, dass noch alle Möglichkeiten für die zukünftige berufliche Tätigkeit offenstehen. Selbst das, was er phantasiemässig antizipiert und was gelegentlich im «Berufsspielen» zutagetritt, bleibt Spiel und ändert mit den

[3]) *Bücher*, a. a. O., S. 355.
[4]) *Bücher*, a. a. O., S. 356.
[5]) *Fischer*, in «Jugend und Beruf», Jahrgang 1926, S. 2 ff.

äussern Umständen und Anregungen fortwährend. Als Phase des Berufsexperiments bezeichnet Fischer die Zeit des Ringens um Konkretisierung der Berufsvorstellungen. Auch die Berufswünsche, Berufsansätze und Berufsversuche dieser Uebergangsjahre seien durchaus Experimente.

Die volle Berufsreife erreiche der Mensch erst, wenn er nach Sein und Können, Wissen und Motivation eine Berufswahl treffen könne. Diese einzelnen Entwicklungsphasen können zwar nicht kalendermässig abgegrenzt werden. Fischer glaubt aber, dass die Berufsreife — und damit auch die Berufswahlreife — im allgemeinen nicht vor der geschlechtlichen Reife eintrete, dass sie für Mädchen nicht vor dem 17., für Männer nicht vor dem 19. Lebensjahr zu erwarten sei. [6])

Daraus wäre der Schluss zu ziehen, dass nur ein kleiner Teil der Jugendlichen aus der beruflichen Oberschicht den Beruf selbst wählen kann und dass die grosse Masse der Schulentlassenen, die in der Regel mit 15 Jahren ins Berufsleben tritt, nicht fähig ist, selbst den Beruf zu wählen, sondern dass erfahrene Ratgeber dies für sie tun müssen. Diese Forderung entspricht übrigens der praktischen Erfahrung. In den wenigsten Fällen sind die Berufswünsche der 15jährigen Jugendlichen eine wirkliche Wahl, bei der die Eignung und die Anforderungen der Volkswirtschaft mit der vermeintlichen Neigung übereinstimmen. Diese Uebereinstimmung kann ja vom nicht berufswahlfähigen Jugendlichen gar nicht berücksichtigt werden. Der grösste Teil der Menschen ist demnach gezwungen, ohne freie Wahl eine berufliche Tätigkeit zu erlernen oder später auszuüben. Diese Tatsache wird auch durch die Möglichkeit der freien Berufswahl nur verschleiert. [7])

Die Frage nach der Freiheit der Berufswahl wäre also nach

---

[6]) *Fischer*, a. a. O., S. 8.

[7]) Als Gründe der Berufswahl in Arbeiterkreisen gibt Bernays (zit. bei Ruttmann, Berufswahl, Begabung und Arbeitsleistung, Leipzig, 1920) folgendes an:

Eigener Wunsch	9,0 %
Wille der Eltern	5,1 %
Beruf des Vaters	12,7 %
Guter Verdienst	11,6 %
Not	12,7 %
Kein anderer Verdienst	1,8 %
Zufall	1,8 %
Verschiedene Gründe	7,3 %
Kein Grund	34,5 %

zwei Richtungen beantwortet. Während wir theoretisch der Freiheit der Persönlichkeit huldigen, die dem Tüchtigen freie Bahn schaffen und jeden Menschen an den rechten Platz stellen soll, besteht diese Freiheit in der Praxis weder auf dem Gebiete der Schule, noch der Berufswahl. Schul- und Berufsbildung sind in der Hauptsache eine Frage des wirtschaftlichen und sozialen Milieus, aus dem der Jugendliche hervorgeht. Sie sind aber auch eine Frage der Urteilsfähigkeit der Berater der Jugendlichen und ihrer Erzieher. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, in denen der Jugendliche im Zeitpunkt der Berufsentscheidung lebt und das heutige Wirtschafts- und Arbeitssystem schliessen in der überwiegenden Zahl der Fälle eine wirklich freie Berufswahl aus. Es kann sich höchstens um eine freie Wahl im Rahmen einer bestimmten sozialen Klasse handeln. Mit den gemachten Reserven kann man also nur insofern von einer Freiheit der Berufswahl sprechen, als bei der Berufsentscheidung auf die Interessen der Gesellschaft und die Bedürfnisse der Wirtschaft keine Rücksicht genommen werden muss.

Fragen wir uns, ob dieser Zustand sozial schädlich oder von Vorteil sei, so lässt sich darüber folgendes sagen. Solange die Berufswahl abhängig ist von den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, aus denen die Berufsanwärter hervorgehen, ist die grosse Gefahr vorhanden, dass zahlreiche junge Menschen in Berufe hineingedrängt werden, die weder ihrer Neigung, noch ihren Fähigkeiten entsprechen. Es gilt dies für den Sohn des armen Fabrikarbeiters, der wieder Fabrikarbeiter wird, um so rasch als möglich zu verdienen, wie für den Sohn des reichen Industriellen, der zu einem wissenschaftlichen Berufe gezwungen wird, weil seine soziale Stellung, bzw. seine Familie, dieses Studium fordert.

Daneben gibt es allerdings Fälle, bei denen dem noch nicht berufswahlreifen Jugendlichen die Entscheidung für einen Beruf nicht nur überlassen, sondern sogar aufgezwungen wird. Wir denken dabei an die häufige Erscheinung, dass die Eltern die Verantwortung für die Berufswahl ihrer Kinder ablehnen, um später keine Vorwürfe hören zu müssen.

Nach Liebenberg haben «Lust und Liebe» zu einem Berufe bei zirka 50 Prozent der Jugendlichen einen ausschlaggebenden Einfluss auf die Berufswahl, womit allerdings noch nicht gesagt ist, dass jeder Berufswunsch zu einer entsprechenden Berufswahl führt. Vielfach verbergen sich hinter dieser Motivierung des Berufswunsches ganz andere Gründe.

Die falsche Berufswahl ist somit sehr oft eine direkte Folge der « Freiheit », die für grosse Kreise unseres Volkes einen wirtschaftlichen und sozialen Zwang darstellt. Während schon an der Verschiedenheit häuslicher Herkunft und sozialer Verhältnisse der gute Wille zu einer zweckmässigen Berufswahl scheitert, könnte wenigstens im Rahmen der sozialen Klassen eine Berufswahl *nach der Eignung* getroffen werden. Aber auch in der Richtung der Auswahl der Befähigten stellen die liberalen Ansichten das grösste Hindernis dar. Verschiedene Versuche nach Einführung der sogenannten Eignungsprüfungen für einzelne Berufe und Berufsgruppen sind daran gescheitert, dass die Vertreter von Handel und Gewerbe darin einen Einbruch in die liberale Wirtschaftsauffassung erblicken. Wir brauchen wohl nicht besonders zu betonen, dass eine solche Stellungnahme weder den Arbeitgebern noch den Berufsanwärtern etwas nützt. Für unsere Volkswirtschaft und für die kulturelle Entwicklung der Gesellschaft bedeutet sie zweifellos einen grossen Schaden.

3. DIE BEDEUTUNG DER BERUFSWAHL FÜR DIE PRODUKTION

Für die Produktionspolitik eines Wirtschaftsgebietes und der einzelnen Produktionszweige ist vor allem das Vorhandensein der nötigen Zahl von Facharbeitern wichtig. Sinkt ihre Zahl unter den normalen Bedarf, so müssen zur Fortsetzung der Produktion entweder ausländische Facharbeiter oder ungelernte, oft auch ungeeignete Arbeitskräfte herangezogen werden. Kann der zwischenörtliche oder zwischenstaatliche Ausgleich der notwendigen Arbeitskräfte nicht erreicht werden, so wird nicht nur der Gang der Produktion verlangsamt, sondern die Qualität der Arbeit und des Produktes geht zurück. Erhöhte Bedeutung erlangt die Facharbeiterfrage für ein Land, das in der Hauptsache Qualitätsprodukte herstellt und solche Erzeugnisse der Industrie und des Gewerbes exportiert.

Seit Mitte des letzten Jahrhunderts hat sich die Schweiz vom Agrarstaat zum Industriestaat entwickelt; sie ist heute in hohem Masse ein Exportland. Die Erzeugnisse der schweizerischen Industrie und des Gewerbes haben sich auf dem Weltmarkt einen guten Ruf als Qualitätsprodukte erworben, den sie bis heute

bewahrt haben. Ob dieser gute Ruf bestehen bleibt, hängt aber weniger davon ab, dass die Qualität nicht zurückgeht, sondern ob sie noch weiter gefördert werden kann. Die Konkurrenten auf dem Weltmarkt, vor allem unser nördlicher Nachbarstaat, scheinen erkannt zu haben, dass der menschlichen Arbeitskraft, als dem wichtigsten Faktor einer Qualitätsproduktion, erhöhte Bedeutung zukommen muss. Wir erinnern hier an die Versammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie vom September 1927 in Frankfurt a. M., wo ein Mitglied des Reichswirtschaftsrates über den « Wettbewerb der Völker um die Qualitätsarbeit » sprach und neben den Bestrebungen für Rationalisierung, Normung und Typisierung ein stärkeres Hinarbeiten auf Qualitätsarbeit forderte: Deutschland müsse die Qualität gegen die Quantität setzen. Nur Qualitätsarbeit vermöge auf die Dauer hohe Zölle zu ertragen, weil sie durch die Zollansätze verhältnismässig gering belastet werde. Siege der Qualitätsgedanke auf dem Weltmarkt, dann werde die Qualitätsproduktion ebenso zur Massenproduktion, wie die billigen Stapelwaren, die jeder liefern könne. Wenn dieser Grundsatz durchgeführt und die deutsche Ware allgemein als Qualitätsware anerkannt werde, so werde dies die beste Propaganda sein. Ueber die Herstellbarkeit des Produktes zu einem angemessenen Preis entscheide in hohem Masse die Geschicklichkeit der Arbeiterschaft.[1])

Diese Auffassung über die künftige Ausgestaltung der deutschen Wirtschaft steht durchaus nicht vereinzelt da. Sie wird der deutschen Jugend von der Schule, der Berufsberatung und von Wirtschaftsführern seit Jahren in Wort und Schrift systematisch beigebracht. Dafür einige weitere Beispiele:

« Unter keinen Umständen darf unterschätzt werden, dass es für die zukünftige wirtschaftliche Bedeutung Deutschlands auf dem Weltmarkt gerade auf die Güte der Ware ankommt, um mit dem Auslande in regelmässiger Verbindung zu bleiben und ausländische Geschäfte abschliessen zu können. Darüber hinaus muss aber die Industrie besorgt sein, bei der Herstellung besonderer Ausfuhrartikel Höchstleistungen zu erzielen, die von dem ausländischen Wettbewerb nicht erreichbar sind.» [2])

---

[1]) « Frankfurter-Zeitung » vom 5./6. September 1927.
[2]) « Kölnische Volkszeitung » vom 15. Juli 1925.

« Was wir in unserer ausserordentlich schwierigen Lage brauchen, ist die Förderung unserer Verfeinerungsproduktion. Das Wort, das man 1918 ausgesprochen hat, die deutsche Zukunft liegt in der Erzeugung von Qualitätsprodukten, um den Auslandsmarkt zurückzuerlangen, ist wahr und ist nie wahrer gewesen, als augenblicklich. Wer unsern veränderten Export untersucht, der findet, dass gerade die Qualitätsindustrie imstande war, ihre Ausfuhr zu steigern.» — « Helfen kann uns die Berufsberatung durch überlegte Anweisung und Zuweisung von Arbeitskräften und zielbewusste Heranschulung der für die neuen Aufgaben benötigten Arbeitskräfte.» — « Was wir gebrauchen, ist, dass wir durch die Berufsberatung die Auswahl der uns zur Verfügung stehenden Arbeiter viel sorgfältiger durchführen, als es bisher geschehen ist.» [3])

« Die ausfuhrwirtschaftliche Entwicklung wird geradezu von der Herstellung erster Qualitäten abhängig sein. Mehrarbeit und Qualitätsarbeit sind aber nur zu leisten von einer hochwertigen Arbeiterschaft.» [4])

Wir können aus diesen Aeusserungen und aus der Art, wie Deutschland am Wiederaufbau seiner Wirtschaft arbeitet, vor allem das eine lernen, dass die Schweiz nicht länger vom Ruhme ihrer Vergangenheit zehren darf, sondern dass es gilt, die Grundlagen unserer Wirtschaft auszubauen. Wenn die Verhältnisse auch von denen des Auslandes verschieden sind, so haben wir doch keinen Grund, den wirtschaftlichen Bestrebungen anderer Staaten untätig zuzusehen. Gerade die ungünstigen Produktionsbedingungen (Rohstoffmangel, Binnenlage, Kohlenmangel usw.) zwingen die Schweiz zu vermehrter Pflege der Qualitätsarbeit. Dabei gilt es allerdings, gewisse Hindernisse zu überwinden. Je ungünstiger die Produktionsverhältnisse sind, um so höhere Durchschnittswerte müssen mit den teuern Stoffen gewonnen werden, und je grössere Anstrengungen die übrigen Industrieländer auf dem Gebiete der Qualitätsproduktion machen, desto mehr muss die Schweiz darauf bedacht sein, die Qualität ihrer Erzeugnisse zu steigern.

Die Erkenntnis, dass Qualitätsarbeit nur von hochwertigen Arbeitskräften geleistet werden kann, zwingt uns zunächst, unsere Blicke auf die Träger der Arbeitskraft, auf unser Volk, zu lenken.

---

[3]) Schriftenreihe « Arbeit und Beruf », Band 4, Berlin 1927. S. 92.
[4]) Wyenbergh, Schule und Berufsberatung, Paderborn 1927, S. 3.

Die Summe der persönlichen Produktionsfaktoren ist innerhalb einer Volkswirtschaft in quantitativer und qualitativer Hinsicht variabel. Mit der Vermehrung des Volkskörpers wächst in der Regel die Summe der verfügbaren Arbeitskräfte, während ein Bevölkerungsrückgang meist auch eine Abnahme bei den Arbeitskräften zur Folge hat.

Der Produktionsprozess, dessen Arbeitsmethoden vielen Wandlungen und Vervollkommnungen unterworfen sind, braucht vor allem viele junge Arbeitskräfte, die wegen ihrer bessern Anpassungsfähigkeit rasch mit allen Neuerungen vertraut gemacht werden können. Aeltere Arbeiter, die ein gewisses anpassungsfähiges Alter bereits überschritten haben, können sich oft nur schwer auf neue Arbeitsmethoden umstellen.

Deshalb ist es für die einzelnen Wirtschaftszweige von Wichtigkeit, dass stets der notwendige Nachwuchs an jugendlichen Arbeitern und an Lehrlingen zur Verfügung steht. Aus dem Nachwuchs muss der normale Abgang an Facharbeitern fortwährend ergänzt werden können. Die wirklichen Verhältnisse sind nun dieser Forderung nicht immer günstig. Die Vielgestaltigkeit des modernen Erwerbslebens bringt es mit sich, dass die Bedürfnisse der Wirtschaft von den Personen, die bei der Berufswahl der Jugendlichen entscheidend mitwirken, nicht mehr überblickt werden können. Deshalb sind Missgriffe bei der Berufswahl sehr häufig.

Die schweizerische Exportindustrie hat trotz der ausländischen Konkurrenz ihren Weltruf als Qualitätsindustrie bewahren können, allerdings nur mit äusserster Anspannung ihrer Kräfte, und es scheint fraglich, ob sie ihren Platz auf dem Weltmarkt dauernd wird behaupten können. Sulzer glaubt, dass dies unter zwei Voraussetzungen möglich sein werde:

1. wenn zu den Nachteilen der geographischen Lage unseres Landes nicht verhängnisvolle Eingriffe und Zustände sozial- und wirtschaftspolitischer Natur hinzukommen (überteuerte Lebenshaltung, hohe Frachten, weiteres Anwachsen der Steuern, schablonenhafte Anwendung der Arbeitszeitbestimmungen, ungünstige Entwicklung der Rohmaterialpreise infolge Syndizierung);

2. wenn das Bewusstsein der ausschlaggebenden Bedeutung der Qualität unserer Produkte und der gute Wille zu äusserster Kraft-

anstrengung zwecks ihrer Erhaltung alle Glieder des Organismus durchdringt.[5])

Wir glauben, dass die zweite Voraussetzung für die Erhaltung des guten Rufes unserer Industrie und für den siegreichen Kampf auf dem Weltmarkt die wichtigere ist. Sulzer scheint diese Auffassung zu teilen, wenn er im Anschluss sagt: « Mit der Qualität steht und fällt die schweizerische Maschinenindustrie; Qualität aber bedeutet hohe Kosten. »

Dies gilt nicht nur für unsere Maschinenindustrie, sondern für alle Exportindustrien unseres Landes, denn von keinem unserer Industriezweige kann gesagt werden, dass er eine internationale Monopolstellung einnehme.[6]) Wir werden vielmehr immer mit einer Möglichkeit der Konkurrenzierung auf dem Weltmarkt rechnen müssen und haben daher alles Interesse, dieser Konkurrenz mit den aussichtsreichsten Mitteln zu begegnen. Die Qualität unserer Produkte in einer Weise zu steigern, dass die Konkurrenz nicht mehr mitkommt, dürfte das aussichtsreichste Mittel in unserer Lage sein. Ist diese Möglichkeit vorhanden? Wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln, denn für eine Veredelungsindustrie ist und bleibt die menschliche Arbeitskraft der wichtigste Produktionsfaktor. An Menschen, und zwar an gutqualifizierten Arbeitskräften, sollte es in der Schweiz nicht fehlen.

Die Schulung, die Erhaltung und die zweckmässige Ergänzung des Facharbeiterbestandes treten damit gegenüber andern Möglichkeiten der Förderung der Qualitätsproduktion in den Vordergrund, denn aus der Heranbildung eines hochqualifizierten Arbeiterstandes erwächst automatisch eine Verbesserung der Qualität der Produkte und des Wirkungsgrades der Arbeit. Damit wird die Frage des Facharbeiternachwuchses nach Zahl und Qualität zu einem der ernstesten Probleme unserer Produktionspolitik.

---

[5]) « Der Bund », vom 1. Januar 1927 (Beilage).

[6]) Auch die schweizerische Uhrenindustrie nimmt heute auf dem Weltmarkt keine « absolute » Monopolstellung mehr ein. Jedenfalls ist der relative Anteil unserer Uhrenproduktion an der Welt-(Uhren)produktion im Rückgang begriffen. Trotz dieser Erscheinung dürfen wir damit rechnen, dass uns ein gewisses « Qualitätsarbeits »-Monopol bleibt, womit wir in den Stand gesetzt werden, unsere Uhrenproduktion auf dem heutigen Stande zu erhalten oder sogar zu steigern.

4. DIE BEDEUTUNG DER BERUFSWAHL FÜR DEN ARBEITSMARKT

Obwohl die Arbeitsmarktlage in allen Konjunktur-Statistiken als Symptom gewertet wird, ist man über die Rolle, die der Arbeitsmarkt in der Konjunkturbeobachtung spielt, durchaus verschiedener Auffassung. Viele Konjunkturstatistiker messen ihm eine so grosse Bedeutung bei, dass sie in den Schwankungen des Arbeitsmarktes eine Spiegelung der Wirtschaft sehen wollen. Für die Schweiz wäre diese Ansicht allerdings nur teilweise richtig, da unsere Konjunktur viel mehr als in andern Wirtschaftsgebieten von exogenen Faktoren abhängt.

Im Gegensatz zu den Konjunkturbeobachtungsmethoden, die sich auf Geldwesen, Preise, Produktion, Transport und Aussenhandel stützen, ist das Barometer des Arbeitsmarktes viel weniger empfindlich, da es nicht auf alle Gerüchte der Börse und der Politik reagiert. Der Arbeitsmarkt würde zwar die Grundströmung der Wirtschaft anzeigen können, wenn man verstünde, alle jene Faktoren auszuschalten, die nicht von der allgemeinen Wirtschaftslage beeinflusst werden. Arbeitslosigkeit oder Mangel an Arbeitskräften können allerdings ihren Grund darin haben, dass die Gesamtwirtschaft in einem gegebenen Zeitpunkt weniger oder mehr Arbeitskräfte benötigt, als es nach der normalen Entwicklung zu erwarten wäre. Diese Erscheinungen können aber auch auf andere Umstände zurückzuführen sein, die mit Depression oder Konjunkturaufschwung nichts zu tun haben.

Als Dauererscheinung ist die Arbeitslosigkeit zunächst ein soziales Problem, das in der Wirtschaftsstruktur begründet ist und vom einzelnen nicht beeinflusst werden kann. Die weltwirtschaftlichen Verschiebungen zuungunsten Europas, die mit der Industrialisierung anderer Kontinente und mit den Konzentrationsbestrebungen des Kapitals zusammenhängen, sind wahrscheinlich nicht ohne Einfluss auf diese europäische Arbeitslosigkeit. Zwar kennen wir die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen aus manchen Erscheinungen der Vorkriegszeit, zum Beispiel bei der Einführung neuer technischer Einrichtungen, bei Betriebsumstellungen, in Saison- und Modegewerben usw. Die Perioden der Arbeitslosigkeit, die wir früher kennen lernten, waren aber relativ kurz oder regional beschränkt. Ihre Ursachen hatten sie meist in einer

Krisenkonjunktur, einer Situationsschwierigkeit des Handels, der Arbeitsverhältnisse oder der Produktionstechnik. Die europäische Arbeitslosigkeit der Nachkriegsjahre lässt sich deshalb mit ihren konjunkturellen Vorläufern nur schwer vergleichen.

Eine nähere Betrachtung des schweizerischen Arbeitsmarktes zeigt uns, dass seine Struktur in mancher Beziehung von der allgemeinen europäischen verschieden ist. Allerdings werden auch wir, selbst bei günstiger Konjunktur, mit einer sogenannten Mindestarbeitslosigkeit rechnen müssen, wie sie seit Ende des 18. Jahrhunderts als Folge der Freizügigkeit und Gewerbefreiheit auftritt. Dr. Willeke schätzt diese konstante Mindestarbeitslosigkeit, die sich in der Hauptsache aus dem normalen Stellenwechsel erklärt, für Deutschland auf 100,000.[1]) Aehnliche wirtschaftliche Verhältnisse vorausgesetzt, müssten wir in der Schweiz mit einer konstanten Mindestarbeitslosigkeit von 7000 bis 8000 rechnen müssen. In Wirklichkeit ist die Arbeitslosigkeit in der Schweiz auch bei einem Konjunkturaufstieg eher grösser.[2]) Untersucht man die heutige Lage des schweizerischen Arbeitsmarktes, so ergibt sich, wenn man eine konjunkturelle Arbeitslosigkeit vollständig ausser acht lässt, eine Beeinflussung durch folgende Faktoren:

1. den « normalen » Stellenwechsel;
2. die Saisonschwankungen;
3. die Schwierigkeiten des zwischenörtlichen Ausgleichs von Angebot und Nachfrage an Arbeitskräften;
4. die Strukturveränderungen unserer Volkswirtschaft;
5. die quantitativ und qualitativ unwirtschaftliche Berufswahl unserer schulentlassenen Jugend (zum Teil in Verbindung mit Ziffern 3 und 4).[3])

Wir wollen an dieser Stelle auf den Einfluss der unter Ziffern 1 und 2 genannten Faktoren nicht näher eintreten und können auch Ziffern 3 und 4 nur nebenbei erwähnen. Dabei ist auch festzustellen, dass die Grenzen zwischen den einzelnen Ursachen-

---

[1]) *Reichsarbeitsblatt* Nr. 24, Jahrgang 1927.

[2]) Man darf sich durch die Statistik der öffentlichen Arbeitsämter über den wirklichen Grad der Arbeitslosigkeit nicht täuschen lassen, da diese aus begreiflichen Gründen nicht die Gesamtzahl der Arbeitslosen umfasst.

[3]) Vgl. auch Bartholdi, Die wirtschaftlichen Grundlagen der Berufsberatung, Flawil, 1927, S. 5.

gruppen fliessend sind und dass man ihren Einfluss nicht etwa rechnungsmässig feststellen kann.

Die Schwierigkeiten des zwischenörtlichen Ausgleichs, die darin bestehen, dass ein Teil der Arbeitslosen nicht in der Lage oder nicht gewillt ist, ausserhalb des Wohnkreises Arbeit anzunehmen, spielen nach den jüngsten Untersuchungen des Eidgenössischen Arbeitsamtes eine grössere Rolle, als bisher angenommen wurde. [4]) Diese Erscheinungen können aber nicht für sich gewertet werden, da sie in einem engen Zusammenhang mit der beruflichen Orientierung der Schulentlassenen stehen. Es geht dies schon daraus hervor, dass der Prozentsatz der « nichtversetzbaren » Stellensuchenden bei den ungelernten Arbeitskräften viel grösser ist, als bei den qualifizierten Arbeitern. Nach den Untersuchungen des Eidgenössischen Arbeitsamtes war der Grad der « Versetzbarkeit » im Jahre 1927 bei den gelernten und angelernten männlichen Stellensuchenden 2½mal grösser als bei den ungelernten. Dabei sind in der Textilindustrie 2 %, bei den Handlangern und Taglöhnern 6 %, in der Uhrenindustrie 8 % und im Baugewerbe 15 % der Stellensuchenden « versetzbar ». [5])

Der Faktor « Unwirtschaftliche Orientierung des beruflichen Nachwuchses » ist wohl in keinem Lande von derart einschneidender Bedeutung auf die Lage des Arbeitsmarktes wie in der Schweiz. Man wird nicht fehlgehen, wenn man etwa einen Drittel

---

[4]) Wirtschaftliche und sozialstatistische Mitteilungen, Heft 3, Jahrgang 1928.

[5]) In der Textil- und Uhrenindustrie mag offenbar der Umstand eine Rolle spielen, dass die Zahl der Heimarbeiter und der weiblichen Arbeitskräfte, die aus begreiflichen Gründen nur schwer versetzbar sind, sehr gross ist. Auffallend ist auch der geringe Grad der Versetzbarkeit der Handlanger und Taglöhner. Eine Unterscheidung der Versetzbarkeit nach Geschlecht und Qualifikation ergibt für das Jahr 1927 (Durchschnitt der Stichtagezählungen) folgendes Bild:

Von hundert Stellensuchenden waren versetzbar:

	Männer	Frauen	Total
Gelernte und angelernte . .	38	19	31
Ungelernte	14	20	15
Total	28	19	26

In anderer Beziehung ergibt die erwähnte Untersuchung, dass die überfüllten Berufe im allgemeinen einen hohen Grad der Versetzbarkeit aufweisen, zum Beispiel die Berufsgruppen freie und gelehrte Berufe 73 Prozent, Handel und Verwaltung 56 Prozent, Verkehrsdienst (hier vor allem Chauffeure) 44 Prozent. Der hohe Grad der Versetzbarkeit ist zum Teil eine Folge der besondern Berufsverhältnisse, zum Teil aber auch eine Folge der Ueberfüllung dieser Berufsgruppen.

unserer heutigen Arbeitslosigkeit dem Umstande zuschreibt, dass ein grosser Teil unserer schulentlassenen Jugend den «falschen Beruf» ergriffen hat. Um zu dieser Erkenntnis zu gelangen, ist es nur nötig, den Arbeitsmarkt der Jugendlichen näher zu betrachten. Wenn wir auch keine besondere Arbeitsmarktstatistik für die Jugendlichen führen, so gibt uns doch die Statistik des Eidgenössischen Arbeitsamtes, die eine Gliederung nach Berufen, nach Geschlecht und nach Altersgruppen periodisch veröffentlicht, wertvolle Einblicke in dieses Problem.

Eine nähere Untersuchung zeigt vor allem, dass in überfüllten Berufen die Arbeitslosigkeit der jüngeren Jahrgänge verhältnismässig am grössten ist, weil alljährlich eine übergrosse Zahl von Lehr- oder Studienentlassenen ins Erwerbsleben treten möchte. Da diese Arbeitskräfte sehr oft keine Beschäftigung finden, belasten sie vor allem die untern Altersklassen. Ein Teil davon wählt oft einen andern Beruf [6]) oder stösst zum grossen Heer der Ungelernten. Der Rest sucht das Heil in der Auswanderung. Wenn die arbeitslosen Ungelernten im Altersaufbau eine Ausnahme darstellen, so ist dies darauf zurückzuführen, dass auch in den mittlern und höhern Altersklassen stets ein Zuzug aus überfüllten Berufen und von schlecht qualifizierten Arbeitskräften aus allen Berufen vorhanden ist.

Wirtschaft und Gesellschaft haben das grösste Interesse an einer Senkung der Arbeitslosenziffer und damit der öffentlichen Lasten, die sich aus der unwirtschaftlichen Berufsorientierung unserer Jugend zwangsläufig ergeben. Dabei wollen wir uns auch darüber klar sein, dass sehr viele Stellensuchende nur deshalb arbeitslos geworden sind, weil sie den Anforderungen ihres Berufes nicht gewachsen waren oder weil die falsche Berufswahl bei ihnen keine rechte Arbeitsfreude aufkommen liess, die einen beruflichen Aufstieg ermöglicht hätte. Eine Statistik der Berufswechsel besitzen wir leider nicht. Sie würde jedenfalls sehr wertvolle Einblicke in das Berufswahl-Problem und seine Beziehungen zur Arbeitsmarktpolitik liefern. Es bedarf wohl keines weitern Beweises, dass das Problem der Arbeitslosigkeit zu einem grossen

[6]) So wächst zum Beispiel die Zahl der Handelsreisenden und Versicherungsagenten, die sich meist aus Kreisen der kaufmännischen und technischen Angestellten, oft auch aus Akademikerkreisen rekrutieren, von Jahr zu Jahr in erschreckender Weise.

Teil eine Frage der Qualität der Stellensuchenden ist. In einzelnen Erwerbszweigen ist sogar trotz Krisenverhältnissen immer ein latenter Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften vorhanden, ja sogar dort vorhanden, wo man bereits von einer Ueberfüllung des Berufes spricht.

Würde es gelingen, die schulentlassene Jugend dem Bedarf entsprechend ins Wirtschaftsleben einzugliedern, hätten wir ausserdem die Möglichkeit, bei der Berufswahl die persönlichen Qualitäten besser zu beachten, d. h. Berufserfordernisse und persönliche Leistungsfähigkeit miteinander in Einklang zu bringen, dann wäre eine der stärksten Wurzeln der Fürsorgebedürftigkeit ausgerottet. Hilfsbedürftige im Sinne der Fürsorgetätigkeit wird es wohl immer geben, ihre Zahl müsste aber bei einer zweckmässigen Berufs- und Arbeitsmarktpolitik wesentlich herabgesetzt werden können. Wirtschaft und Kulturfortschritt erfordern, dass wir uns bemühen, die Zahl der Hilfsbedürftigen auf jene zu beschränken, die tatsächlich erwerbsbeschränkt oder erwerbsunfähig sind.

5. DIE KULTURELLE UND POLITISCHE BEDEUTUNG DER BERUFLICHEN ORIENTIERUNG

« Freie Bahn dem Tüchtigen! » Mit diesem Grundsatz verteidigt der Liberalismus seine Theorie von der Verwirklichung des allgemeinen Glückes und vom Kulturaufstieg. Denn im freien Spiel der Kräfte werde jeder seiner Leistung und seiner Fähigkeit entsprechend entschädigt, womit die soziale Gerechtigkeit zwangsläufig hergestellt werde. Zur Stützung dieser Theorie hat man auch dem Darwinismus den Gedanken entnommen, dass im Kampf ums Dasein stets der Tüchtigste obenausschwingen werde und daher der Kampf selbst — auf wirtschaftlichem Gebiete die freie Konkurrenz — das Mittel sei, Tüchtigkeit zu erzeugen.

Der kulturelle Aufstieg der Gesellschaft braucht zweifellos strebsame und tüchtige Menschen; anderseits verlangt die soziale Gerechtigkeit, dass jeder einzelne den seiner Eignung entsprechenden Platz in der Gesellschaft und im Wirtschaftsleben einnehme. Die Forderung: « Der rechte Mann am rechten Platz » verdient daher entschieden den Vorzug vor dem oft missdeuteten Schlagwort vom Tüchtigen, für den freie Entfaltungsmöglichkeiten ge-

fordert werden, denn es ist nicht gesagt, dass der « Tüchtigste » immer der Geeignetste ist. Es ist zweifellos richtig, dass der Kulturfortschritt oft unter Hintansetzung vieler persönlicher Wünsche und gelegentlich auch ohne Rücksicht auf lebenswichtige Interessen grosser Bevölkerungsschichten seinen Weg ging. Das heisst aber nicht, dass der kulturelle Aufstieg überhaupt nur möglich wäre, wenn er auf der Vernichtung von bestehenden Kulturgütern aufgebaut ist.

Für die Mehrzahl der Menschen ist die Arbeit die wichtigste Grundlage ihrer Existenz. Der Mensch leistet Arbeit unter dem Zwange von Natur oder Gesellschaftsverhältnissen, als Pflicht oder als Opfer im Kampf um seine Existenz, das heisst als Mittel zum Erwerb. Die innere Durchdringung vom Wert des Menschen und vom Sachverhalt seiner Arbeit, die Verbindung von Wirtschaft und Kultur, alles das sind aber nicht nur Zusammenhänge wirtschaftlicher, sondern auch psychologischer, ethischer und kultureller Natur, die erst in ihrer Gesamtheit den Inhalt des Berufsproblems ausmachen. In der unmittelbaren äussern Erscheinung des Berufsproblems steht zwar das Wirtschaftliche im Vordergrund. Wenn wir unter dem Berufsproblem trotzdem etwas mehr verstehen wollen als das rein Wirtschaftliche, so muss der Sinn des Berufes zu einem grossen Teil auf einem andern Gebiete liegen, nämlich in den Zonen der Vergeistigung und Versittlichung der menschlichen Arbeit und des Wirtschaftslebens.

Der kulturelle Aufstieg der Menschheit schliesst mit Notwendigkeit das Streben in sich, einen Zustand der Gesellschaft zu erreichen, der dem einzelnen ein menschenwürdiges Dasein sichert. Im Rahmen der Gesellschaft bildet aber der sittliche Zustand des einzelnen die Grundlage für eine ethische Kultur. Demnach wird eine zielbewusste und nachhaltige Erziehung der Jugend zur Sittlichkeit und auch zur (wirtschaftlichen) Moral das geeignetste Mittel zu einem kulturellen Aufstieg sein.

Wenn die Kultur an sich als Vervollkommnung eines Bestehenden durch menschliche Tätigkeit erscheint, so wird man dabei zu bedenken haben, dass dieses Bestehende vor allem der Mensch selbst und seine sozialen Organisationen sind. Der jeweilige Kulturzustand eines Volkes ist somit stets der Ausdruck seiner sozialpädagogischen Bestrebungen. Umgekehrt kann gesagt werden,

dass Bildung und Erziehung nur innerhalb einer Gesellschaft mit gehobener Kultur denkbar sind.

Ein Gesellschaftskörper mit hochstehender Kultur wird sich die *Erziehung zur Berufswahl* zur besondern Aufgabe machen müssen, denn die berufliche Orientierung eines Volkes ist schliesslich das Resultat einer solchen Erziehung. Die erzieherische Beeinflussung der Fertigkeiten, z. B. in der Lehre oder in der Berufsschule, dürfen wir allerdings nicht zu diesen Aufgaben zählen. Diese gehört in das Gebiet der « reinen Bildung », deren Träger besondere Institutionen sind. Hier handelt es sich um eine Vorbildung — im Gegensatz zur Ausbildung —, die darin besteht, dass der Mensch als Glied der Gesellschaft für die Gesellschaft erzogen wird. Dazu gehören auch die Erziehung zur Berufswahl und die Berufsauslese.

Bekanntlich fehlt es in unserm Lande nicht an der Vermittlung der sogenannten Allgemeinbildung; die Schweiz gilt ja als das Land der besten Schulen. Dagegen legt man bei uns, im Gegensatz zu einigen Nachbarstaaten, noch sehr wenig Gewicht auf das Zurechtfinden unserer Schulentlassenen im Wirtschaftsleben. Für die meisten schulentlassenen Knaben und Mädchen vollzieht sich der Uebergang von der Schule zum Beruf sehr schroff, und es ist tatsächlich nur einem geringen Teil möglich, bei der Berufsergreifung nicht nur die wirtschaftlichen sondern auch die sozialethischen Gesichtspunkte hinreichend zu würdigen. Eine grosse Zahl verfehlter Existenzen, die der Allgemeinheit zur Last fallen, sowie zahlreiche moralische Schädigungen sind die bekannten Folgen dieser Erscheinungen.

Schliesslich ist auch die erhöhte Kriminalität in sehr vielen Fällen eine indirekte Folge der falschen Berufswahl. Wenn man nach den Ursachen der Kriminalität forscht, so sollte man nie vergessen, dass viele Rechtsbrecher durch die wirtschaftlichen Verhältnisse in einzelnen Berufen vom « Pfade der Tugend » abgedrängt wurden. Meist sind es Elemente, die wegen Unfähigkeit in einem Berufe versagt haben oder in einem überfüllten Berufe längere Zeit keine Arbeit fanden. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit an die starke Zunahme der Kriminalfälle bei den Provisionsreisenden, die gewöhnlich einen kaufmännischen oder technischen Beruf erlernt haben, infolge der Ueberfüllung dieser Berufe arbeitslos

geworden sind und als Provisionsreisende keine genügende Existenz finden konnten.

*

In einem Lande, dessen Erwerbszweige zum Teil auf die Einwanderung von Ausländern angewiesen sind, spielt das Ueberfremdungsproblem immer eine gewisse politische Rolle. Der starke wirtschaftliche Aufschwung, den die Schweiz um die Wende des letzten Jahrhunderts durchmachte, brachte in Gewerbe und Industrie reichliche Beschäftigungsmöglichkeiten. Neben den einheimischen Arbeitskräften benötigte unsere Wirtschaft viele Ausländer, teils weil die nötige Zahl einheimischer Arbeitskräfte nicht ausreichte, teils weil sich unsere Jugend andern Erwerbszweigen zugewendet hatte, die diesen Aufschwung nicht im gleichen Masse erlebten, oder die keinen weitern Nachwuchs benötigten.

Die Zahl der in der Schweiz wohnenden Ausländer stieg von 1888 bis 1910 um zirka 140 %. Von diesem Zuwachs von rund 320,000 Ausländern entfallen 260,000 auf den Einwanderungsüberschuss. Im gleichen Zeitraum haben wir einen Auswanderungsüberschuss von über 100,000 Schweizerbürgern. Wir müssen also die eigentümliche Tatsache feststellen, dass in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges, die mehr Arbeitsgelegenheiten brachte als einheimische Arbeitskräfte vorhanden waren, über 100,000 Schweizer ihrer Heimat den Rücken kehrten. Die Folge dieser Wanderbewegung ist eine Ueberfremdung, wie sie — ausgenommen Luxemburg — kein europäischer Staat aufweist. Im Jahre 1910 war die Ausländerquote auf 14,7 % gestiegen, d. h. rund ein Siebentel der schweizerischen Bevölkerung bestand aus Ausländern. Ihre Zahl ging während des Krieges allerdings stark zurück; in den letzten Jahren mehren sich aber die Anzeichen, die ein neues erhebliches Anwachsen der Ausländerquote erwarten lassen.

Die Ueberfremdung der Schweiz ist zum grossen Teil eine Folge der unwirtschaftlichen Berufsorientierung unserer Schulentlassenen, die vorwiegend in gewisse Modeberufe hineinströmen und andere Erwerbsmöglichkeiten den Ausländern überlassen. Vor dem Krieg gab es Berufe, in denen bis zu 50 % Ausländer beschäftigt wurden. Es hat bei uns nie an Stimmen gefehlt, die auf die politische Gefahr der Ueberfremdung unseres Landes

aufmerksam gemacht haben. Immerhin wäre es falsch, wenn wir konsequent alle Ausländer an der Einreise hindern wollten einzig deshalb, weil noch Schweizerbürger in der Heimat arbeitslos und zur Auswanderung gezwungen sind. Wir brauchen diese Ausländer zur Befruchtung unserer Volkswirtschaft, weil die einheimischen Arbeitskräfte und der berufliche Nachwuchs in einzelnen Berufen fehlen oder nicht in der notwendigen Qualität vorhanden sind. Das klingt zwar nicht gerade schmeichelhaft für unsere Jugend und unsere Bildungsinstitute. Die Schuld können wir nicht ohne weiteres dem beruflichen Nachwuchs zuschieben, denn oft sind Eltern und Erzieher, namentlich aber auch die Lehrherren die Schuldigen, die Jugendliche ohne Neigung und Eignung in Berufe drängen und sie darin ausbilden oder auch nur als billige Arbeitskräfte ausnutzen.

Mit Einreiseverboten und ähnlichen Massnahmen können wir die Ueberfremdung unseres Landes nicht bekämpfen, damit schaden wir unter den heutigen Verhältnissen unserer Volkswirtschaft mehr, als wir dem Lande nützen. Ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Ueberfremdung, bzw. ihrer Ursachen, wäre sicher eine den Bedürfnissen unserer Volkswirtschaft entsprechende Berufswahl.

II. KAPITEL

DIE BERUFLICHE ORIENTIERUNG IN DER SCHWEIZ

6. ÜBERFÜLLTE UND NACHWUCHSARME BERUFE *)

Die unwirtschaftliche Berufsorientierung unserer Schulentlassenen kommt im Wirtschaftsleben in mannigfacher Weise zum Ausdruck. Mit den populären Bezeichnungen « *Ueberfüllte Berufe* » und « *Mangel-Berufe* » wird nur eine Teilcharakteristik gegeben, die eine rein äussere Erscheinung kennzeichnen soll. Im erstern Falle (Ueberfüllung) wird darauf hingewiesen, dass mehr einheimische Arbeitskräfte in einem bestimmten Berufe vorhanden sind, als normalerweise beschäftigt werden können. Bei den Mangel-Berufen ist die Zahl der Berufsangehörigen ungenügend, d. h. es sind darin weniger einheimische Arbeitskräfte vorhanden, als in der eigenen Wirtschaft normalerweise Arbeit erhalten können. Damit ist aber nur der Zustand charakterisiert, wie er sich auf dem Arbeitsmarkt der Berufstätigen (Vollarbeiter) im *quantitativen Verhältnis* von Angebot und Nachfrage widerspiegelt. Alle übrigen Merkmale (besondere Erscheinungen auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wanderbewegung, auf dem Gebiete der Moral usw.) können erst durch eingehende Untersuchungen festgestellt werden.

Leider besitzen wir keine Berufsstatistik, die uns über die *Berufsbewegungen* dauernd orientieren könnte. Die anlässlich der Volkszählungen alle 10 Jahre durchgeführte Berufsstatistik ist für unsere Untersuchungen nur bedingt verwendbar; sie gibt wohl Aufschluss über die jeweilige Zahl der in den einzelnen *Erwerbszweigen* berufstätigen Personen, unterscheidet auch nach Alter und Geschlecht, ignoriert aber die wichtige Unterscheidung nach der Qualifikation der Berufstätigen (gelernte, angelernte), die Frage nach dem Berufswechsel und zum Teil auch die Frage nach dem persönlichen Beruf innerhalb eines bestimmten Erwerbszweiges. Für die Feststellung der Strukturveränderungen eines

---

*) Wir folgen hier in manchen Punkten den Veröffentlichungen des Eidg. Arbeitsamtes, das in den Sozialstatistischen Mitteilungen seit einiger Zeit wiederholt auf die unwirtschaftliche Berufsorientierung der schweizerischen Jugend hingewiesen hat (Jahrgänge 1925—1927).

Vgl. ausserdem *Bartholdi*, Die wirtschaftlichen Grundlagen der Berufsberatung, Vortrag, gehalten am kantonalen Berufsberatertag in St. Gallen am 17. September 1927, erschienen im « Schweizer Arbeiter » vom 27. Oktober bis 17. November 1927 und als Sonderdruck, Flawil 1927.

Die Tabellen sind teils der Berufsstatistik 1920, teils den Sozialstatistischen Mitteilungen 1925—1927 entnommen, teils sind sie aus obigen Publikationen zusammengestellt.

Berufes sind diese Fragen ebenso wichtig wie eine jährliche Feststellung der Zahl der neu eintretenden Lehrlinge und der Lehrentlassenen.[1])

Die zuverlässigsten Resultate auf dem Gebiet der beruflichen Strukturforschung liefert heute die Arbeitsmarktstatistik, obwohl auch hier viele Mängel bestehen. Der grösste Mangel, der sich auch bei der obligatorischen Meldepflicht nie ganz beseitigen liesse, besteht darin, dass die Arbeitsmarktstatistik nur einen Teil (zirka $\frac{2}{3}$ bis $\frac{3}{4}$) der Stellensuchenden und der Stellenangebote erfasst. Dabei ist der relative Anteil an der Erfassung der einzelnen Berufe durch die Arbeitsmarktstatistik sehr ungleich. Genaue Untersuchungen würden zeigen, dass der Grad der Erfassung mit steigender Qualifikation der Berufstätigen abnimmt, mit andern Worten: je qualifizierter ein Beruf ist, desto geringer ist die Möglichkeit der Erforschung seiner Arbeitsmarktlage.

Die Feststellungen, die sich aus der Betrachtung der Statistik der öffentlichen Arbeitsämter und der Facharbeitsnachweise ergeben, sind daher namentlich für die qualifizierten Berufe (Facharbeiter) mit Vorsicht aufzunehmen. Jedenfalls darf ohne Heranziehung anderer Grundlagen nicht auf die strukturellen Verhältnisse in solchen Berufen geschlossen werden.

Die *Statistik der Wanderungen*, die zum Teil sehr wertvolle Beiträge zur Erforschung der Verhältnisse in einzelnen Berufen liefert, gibt leider kein vollständiges Bild der internationalen Wanderbewegung. Wir sind deshalb auf die Angaben angewiesen, die uns die Statistiken über die *überseeische Auswanderung*, über die *militärpflichtigen Aus- und Rückwanderer* und über die Einreise *ausländischer Arbeitskräfte* vermitteln.

Endlich ist unsere *Moralstatistik* so mangelhaft, dass daraus keine allgemein gültigen Schlüsse gezogen werden dürfen. Erhebungen im Auslande haben ergeben, dass ein Einfluss der beruflichen Tätigkeit auf die Moral vorhanden ist und dass namentlich in überfüllten Berufen, in denen eine relativ grosse Arbeitslosigkeit

---

[1]) Das Eidg. Arbeitsamt versucht seit einiger Zeit, die Zahl der Lehrentlassenen in den einzelnen Berufen kantonsweise festzustellen, begegnet dabei aber verschiedenen Schwierigkeiten, von denen wir nur die Tatsache erwähnen möchten, dass einzelne Kantone überhaupt keine Lehrlingskontrolle führen. Andere besitzen zwar eine Lehrlingsstatistik, machen dabei aber ganz ungenügende Unterscheidungen nach Berufen.

herrscht, ein Rückgang der moralischen Verfassung der Berufsangehörigen besteht. Insbesondere ist dies der Fall bei den Jugendlichen, die keine Gelegenheit hatten, einen Beruf zu erlernen. Die Kriminalität der arbeitslosen jugendlichen Arbeiter (Ungelernte) ist jedenfalls erschrecklich gross.[2])

Wenn wir die « allgemeinen » Merkmale, die sich als Folge der Bevorzugung einzelner Berufe und eine der Eignung widersprechenden Berufswahl ergeben, zusammenfassen, so müssen wir dabei vollständig absehen von ihrer Anwendung auf die grosse Zahl der *Ungelernten* und auf die *landwirtschaftlichen Arbeiter*. Aus verschiedenen Gründen, auf die wir später noch eintreten, machen diese beiden Berufsgruppen eine Ausnahme.

Im allgemeinen kann man bei « *überfüllten Berufen* » folgende Merkmale feststellen:

1. Im Altersaufbau zeigt sich ein starkes Ueberwiegen der jüngern Arbeitskräfte.
2. Es besteht ferner ein relativ häufiger Berufswechsel in der Altersstufe 20—30 Jahre.
3. Auch die Arbeitslosen sind durchschnittlich jung; der grössere Teil der Arbeitslosen ist weniger als 30 Jahre alt.
4. Die Zahl der Stellensuchenden ist verhältnismässig gross und übersteigt die Zahl der offenen Stellen oft um ein Vielfaches.
5. Der Stellenwechsel ist gering.
6. Offene Stellen werden schnell besetzt.
7. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit ist lang.
8. Die Auswanderung ist verhältnismässig gross, die Rückwanderung und die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte dagegen gering.
9. Die Zahl der beschäftigten Ausländer ist verhältnismässig gering (unter Durchschnitt).

In den « *Mangel-Berufen* » sind die Verhältnisse gewöhnlich umgekehrt:

---

[2]) Nach Mitteilungen des Berufsamtes Berlin hat mit der verschärften Arbeitslosigkeit, die 1922 auf 1923 eintrat, die sittliche Verwahrlosung und Kriminalität der Jugendlichen stark zugenommen und liefert ein betrübliches Bild. Die Zahl der abgeurteilten Jugendgerichtsfälle in Berlin betrug 1922 = 2462, 1923 = 4297; Zunahme rund 75 Prozent. Namentlich soll sich auch die Zahl der schweren Delikte gegenüber früheren Jahren ganz beträchtlich vermehrt haben.

1. Im Altersaufbau zeigen die ältern Jahrgänge eine relativ starke Besetzung; oft sind in einer höhern Altersstufe mehr Berufstätige vorhanden, als in einer tiefern. (Mangel an Nachwuchs.)
2. Der Berufswechsel ist gewöhnlich gering.
3. Die Arbeitslosen sind überdurchschnittlich alt und meist unqualifiziert.
4. Die Zahl der Stellensuchenden ist verhältnismässig gering, die Zahl der offenen Stellen dagegen gross. Oft übersteigt die Zahl der offenen Stellen diejenige der Stellensuchenden.
5. Die Stellen werden häufiger gewechselt.
6. Sie bleiben überdurchschnittlich lange unbesetzt.
7. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit ist meist gering (oft nur wenige Tage).
8. Die Auswanderung ist nicht nennenswert, die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte dagegen gross.
9. Die Zahl der in einem Berufe tätigen Ausländer ist meist gross (über 20 %).

Die Alterskurven der einzelnen Berufe zeigen eine ausserordentlich grosse Mannigfaltigkeit und weichen oft sehr stark von der Kurve der Gesamtzahl der Berufstätigen ab. Die schweizerische Berufsstatistik von 1920 unterscheidet dabei *vier Typen:*

I. Mehr oder weniger symmetrische Kurven mit einer starken Anhäufung im Alter von 40—44 oder 35—39 Jahren.
II. Kurven, die im Alter von 15—19 auf über 15 % und oft auch über 20 % hinauf ansteigen, dafür aber um so rascher, meist ziemlich gleichmässig, fallen, mit gelegentlichen kleinen Steigungen in der Klasse 35—39 oder 40—44 Jahre.
III. Neben der stark asymmetrischen Kurve des Typus II finden sich solche, die einen sehr ähnlichen Verlauf haben wie dieser Typus, nur mit dem Unterschiede, dass das Maximum nicht bei 15—19, sondern bei 20—24 Jahren liegt.
IV. Einen weitern Typus repräsentieren die Kurven mit zwei Anhäufungen, von denen die erste fast ausnahmslos in der Altersklasse 15—19 liegt, und die zweite, meistens bedeutend weniger ausgeprägt, im Alter von 35—39 oder von 40—44 Jahren. [3])

[3]) Berufsstatistik 1920. S. 93.

Wir können uns mit dieser Einteilung nicht ganz befreunden, weil sie grundsätzlich verschiedene Ursachen der Strukturbildung zu wenig unterscheidet. Besser wäre offenbar eine Gruppierung nach den Ursachen des verschiedenartigen Altersaufbaues. Dabei möchten wir folgende Gruppen unterscheiden:

Gruppe A: Berufe mit normalem Bestand und normalem Nachwuchs (ähnlich wie sämtliche Berufstätige). Nach der Volkszählung von 1920 müsste man z. B. folgende Berufe hier einreihen: Uhrenfabrikarbeiter, Schokoladefabrikarbeiter, Buchdruckereiarbeiter usw.

Gruppe B: Berufe, die unter Modeeinflüssen und Konjunkturschwankungen leiden. Der Altersaufbau ist unregelmässig, meist mit zwei Anhäufungen bei den jugendlichen Arbeitern (15—19 Jahre) und in den obern Altersstufen. Hierzu hat man z. B. die Berufe der Textilindustrie zu zählen, auch die Fabrikarbeiter der Tabakindustrie.

Gruppe C: Nachwuchsarme Berufe zeichnen sich dadurch aus, dass in den Altersstufen unter 30 Jahren meist weniger Berufstätige vorhanden sind als in späteren Altersklassen. Zwei Gründe können dafür massgebend sein, einmal dass tatsächlich zu wenig Jugendliche diese Berufe ergreifen (z. B. die Berufe des Baugewerbes, die wegen ihrer Saisonmässigkeit und aus andern Gründen nicht mehr zugkräftig sind), oder dass die Berufe am Aussterben sind (Küfer, Kutscher).

Gruppe D: Berufe mit zu grossem Zudrang der Jugendlichen, wobei namentlich die Altersstufe 15—19 Jahre oft auch 20—24 Jahre (Bureauangestellte) weit über dem normalen Stande steht (überfüllte Berufe).

Gruppe E: In der letzten Gruppe erscheinen die Berufe, die von den Berufstätigen eine erhöhte Verantwortlichkeit und demnach eine längere Ausbildungszeit erfordern. In der untersten Altersstufe ist *scheinbar* zu wenig Nachwuchs vorhanden; die grösste Anhäufung finden wir bei den 25—35jährigen, z. B. bei Verkäufern, Verkehrspersonal, akademischen Berufen usw.

Daneben gibt es noch verschiedene andere Ursachen, die den Altersaufbau der einzelnen Berufe beeinflussen können. Würden

wir z. B. bei den nachwuchsarmen Berufen (Mangelberufe) auch die Nationalität der Berufstätigen berücksichtigen, so könnten wir feststellen, dass Anhäufungen in den höhern Altersstufen zu einem grossen Teil durch die Einwanderung ausländischer Berufsangehöriger im Alter von 25—40 Jahren verursacht sind.

Die nachstehenden Tabellen geben einen Einblick in den Altersaufbau einiger Berufe (1920), die als typisch überfüllt, bzw. nachwuchsarm gelten mussten und es in der Hauptsache auch heute (1928) noch sind.

Ueberfüllte Berufe.

Altersstufen	Schlosser	Mechaniker	Bäcker	Zuckerbäcker	Bank- und Versicherungs-Personal
unter 15	0,4	0,6	0,5	0,5	0,2
15—19	21,4	27,0	20,9	25,7	16,9
20—24	17,4	21,4	17,4	23,0	21,6
25—29	13,6	14,4	10,3	12,8	16,4
30—34	10,6	9,9	9,2	9,3	12,3
35—39	9,7	7,8	9,8	7,5	9,1
40—44	8,4	6,4	9,2	7,2	6,9
45—49	6,9	4,9	8,1	4,9	5,1
50—54	4,4	2,9	6,0	3,5	4,0
55—59	2,9	2,0	4,5	2,8	3,2
60—64	2,1	1,4	2,4	1,4	2,3
65—69	1,3	0,8	1,0	0,8	1,1
70 u. mehr	0,9	0,5	0,7	0,6	0,9

Mangel-Berufe.

Altersstufen	Gipser und Maler	Glaser *	Steinhauer	Zimmerleute *	Schneider
unter 15	0,4	0,1	0,4	0,1	0,4
15—19	9,7	7,9	5,5	6,6	9,9
20—24	10,5	9,5	7,6	7,4	9,5
25—29	11,8	8,1	8,0	9,0	8,2
30—34	12,2	8,6	10,3	9,7	9,2
35—39	14,0	11,8	12,3	11,9	10,0
40—44	13,8	14,4	16,0	14,9	12,6

*) Berufe, die vorwiegend aus innern Gründen (veränderte Produktionsweise) zurückgehen.

Mangel-Berufe.

Altersstufen	Gipser und Maler	Glaser	Steinhauer	Zimmerleute	Schneider
45—49	10,9	11,1	12,6	13,0	12,1
50—54	6,8	7,4	9,1	9,3	9,3
55—59	4,3	6,7	6,2	6,6	6,2
60—64	3,0	6,6	5,7	5,3	4,7
65—69	1,4	3,5	3,3	3,0	3,4
70 u. mehr	1,2	4,3	3,0	3,2	4,5

Untersuchungen über den Altersaufbau der *Arbeitslosen* in den einzelnen Berufen und Berufsgruppen ergeben ähnliche Bilder wie diejenigen über den Altersaufbau sämtlicher Berufstätigen, immerhin mit dem Unterschiede, dass die jüngern Altersklassen bei Arbeitslosen aus überfüllten Berufen noch stärker vertreten sind. Es zeigt sich, dass sich die jungen Arbeitslosen vor allem aus dauernd überfüllten Berufen rekrutieren, während die vermehrte Arbeitslosigkeit in den obern Altersklassen in vielen Berufen mit Mangel an Arbeitskräften auftritt. [4])

Für die hauptsächlichsten *überfüllten* Berufe und Berufsgruppen ergibt sich für das Jahr 1927 (1. Januar und 1. Juli) folgende Altersgliederung der Arbeitslosen.

Von 100 arbeitslosen Männern standen im Alter von:

Berufe	Unter 30 Jahren		30—39 Jahren		40 und mehr Jahren	
	1. Januar	1. Juli	1. Januar	1. Juli	1. Januar	1. Juli
Sämtl. Berufsgruppen	*43*	*45*	*19*	*19*	*38*	*36*
Handel und Verwaltung	57	56	19	19	24	25
Freie u. gelehrte Berufe	59	60	26	23	15	17
Bäcker	78	73	13	15	9	12
Schuhmacher	76	79	10	15	14	6
Mechaniker	64	63	15	20	21	17
Chauffeure	62	63	28	25	10	12

Wie aus obigem Vergleich hervorgeht, sind die Arbeitslosen in überfüllten Berufen im Durchschnitt bedeutend jünger als sämtliche Arbeitslosen, d. h. die erhöhte Arbeitslosigkeit in den

[4]) Sozialstatistische Mitteilungen, 1927, Heft 8, S. 223 ff. — Die Verschärfung der Arbeitslosigkeit in den höhern Altersklassen zeigt sich in erster Linie in denjenigen Erwerbszweigen, die eine lang andauernde Krisis durchmachten und die deshalb in der Regel einen starken Rückgang der Erwerbstätigen aufweisen.

untersten Altersgruppen ist in erster Linie auf einen weit über den Bedarf hinausgehenden Zudrang zu diesen Berufen zurückzuführen. In den höhern Altersstufen ist die Arbeitslosigkeit in den überfüllten Berufen durch das Abwandern in andere Berufe (Berufswechsel) wieder wesentlich geringer.

Auf die übrigen Erscheinungen, die sich aus der Arbeitsmarktstatistik ergeben, wollen wir an dieser Stelle nicht näher eintreten, sondern versuchen, aus der Wanderungsbilanz einige Schlüsse auf die beruflichen Verhältnisse zu ziehen. Dabei können wir uns keineswegs mit der oft vertretenen Auffassung befreunden, dass der generelle Mangel an Nahrungsspielraum zu einem überwiegenden Teil die Ursache unserer Auswanderung sei.[5]) Es mag dies in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts richtig gewesen sein, als die Krisis in der Landwirtschaft eine temporäre Uebervölkerung verursachte. Bis zum Weltkrieg übersteigt aber die Bevölkerungskapazität der schweizerischen Volkswirtschaft das Tempo ihres natürlichen Bevölkerungswachstums dauernd, d. h. wir hatten während dieser 25 Jahre einen Ueberschuss der Einwanderung über die Auswanderung. Trotz dieser Anziehungskraft unserer Volkswirtschaft sind zahlreiche Schweizer ausgewandert, wobei teils ein gewisser Drang zur Fremde, mehr aber noch die Abneigung gegen gewisse Berufe zu dieser Erscheinung geführt haben. Wyler gibt über die in der Schweiz niedergelassenen Ausländer folgende Zahlen.[6])

1888	229,650 =	7,9 %	der Bevölkerung
1900	383,424 =	11,6 %	« «
1910	512,011 =	14,7 %	« «

Wanderbilanz der Ausländer und Schweizer 1888—1910.

Wandergewinn der Ausländer	260,896
Wanderverlust der Schweizer	107,535
Wandergewinn der Schweiz	153,361

Daraus ergibt sich, dass in den Jahren 1888—1910 auf 2 ausgewanderte Schweizer 5 eingewanderte Ausländer kamen.

---

[5]) *Stein*, Das Uebervölkerungsproblem, Diss. Bern 1927.
[6]) *Wyler*, Die Demographie der Ausländer in der Schweiz, Bern, 1921.

Eine wesentliche Aenderung in der Wanderungsbewegung brachte der Weltkrieg. In dieser Zeit, in der die Kriegswirtschaft viele Arbeitskräfte benötigte und zahlreiche Ausländer unter die Waffen gerufen wurden [7]), ging die Auswanderung der Schweizer zwar stark zurück; der Auswanderungsüberschuss der Schweizer betrug aber von 1910—1920 immer noch zirka 20,000.

Von 1920—1927 sind annähernd 50,000 Personen, darunter zirka 30,000 Erwerbende, nach überseeischen Ländern ausgewandert; ausserdem zeigt die Wanderungsbilanz der militärpflichtigen Schweizer bis 1927 einen Auswanderungsüberschuss. Im gleichen Zeitraum wurde aber an über 50,000 unselbständig erwerbende Ausländer die Einreisebewilligung zu längerem (d. h. meist dauerndem) Aufenthalt erteilt. Dazu kommen noch mehrere tausend ausländische Dienstmädchen, die im Pauschalverfahren aus der eidgenössischen Fremdenkontrolle entlassen wurden.

Teils als Folge der bessern Wirtschaftslage der Schweiz, teils wegen der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage und der verschärften fremdenpolizeilichen Bestimmungen im Auslande hat die Auswanderung von 1926 auf 1927 etwas abgenommen, während die Einwanderung erheblich gestiegen ist.

Wenn auch von 1910 bis 1920 die Zahl der Ausländer in der Schweiz stark zurückging, so ist anderseits darauf hinzuweisen, dass diesem Rückgang der Ueberfremdung von 14,7 auf 10,4 % nur eine relative Bedeutung zukommt. Eine Betrachtung der einzelnen Berufsgruppen zeigt, dass das Baugewerbe, das 1920 einen sehr geringen Beschäftigungsgrad aufwies, vorwiegend von dieser Abnahme betroffen wurde. Im Baugewerbe waren z. B. folgende *Ausländer* beschäftigt:

Erwerbszweige	1910	1920
Architektur und Hochbau Maurerei für sich bestehend	31,504	15,620
Eisenbahnbau	10,879	499
Strassen- und Wasserbauten .	6,788	4,310
Flach- und Dekorationsmalerei	3,851	1,813
Gipserei und Stukkatur usw. .	2,577	1,147

Für die Entwicklung der Ueberfremdung sind die selbständigen und die in leitenden Stellungen beschäftigten Ausländer be-

[7]) *Wyler*, a. a. O. schätzt ihre Zahl auf über 100,000.

sonders bedeutungsvoll, da diese oft ausländische Arbeitskräfte bevorzugen. Die nachfolgende Tabelle zeigt, dass der Rückgang der *Ausländer* bei diesen Gruppen relativ gering ist.

	1910	1920
Selbständige	56,350	44,407
Leitende Beamte	4,752	4,349
Untere Beamte und Angestellte	26,049	24,416
Arbeiter und Hilfsarbeiter . .	184,469	115,606
Gewerbliche Lehrlinge . . .	7,569	7,970
Kaufm. und Bureaulehrlinge .	1,593	1,794

Demnach beträgt der Rückgang bei den Selbständigen rund 20 %, bei den leitenden Beamten sogar nur 10 %, während die Arbeiter um über 37 % zurückgingen.

Es ist eine in Arbeitgeberkreisen (nicht nur bei Ausländern) weitverbreitete Ansicht, dass der Arbeiter um so tüchtiger sei, je weiter her er komme. Berufsberater *Stocker* [8]) äussert sich darüber wie folgt: « Aus dieser Mentalität ist die merkwürdige Meinung vieler Arbeitgeber zu erklären, sie müssten womöglich ihre Leute von auswärts beziehen. In Basel machen wir die Beobachtung, dass es Meister gibt, die um jeden Preis Leute aus dem Elsass oder aus dem Badischen haben wollen, und die, wenn man sie zur Rede stellt, meinen, unsere ganze Jugend in der Stadt und Umgebung sei « verseucht ». Von daher wollen sie keinen Lehrling, wohl aber einen von draussen herein. Aus der gleichen Mentalität heraus kommt die Neigung, gelernte Leute aus dem Ausland zu beziehen. Man hat die fixe Idee, sie seien besser, wenn sie von weit her kommen, je weiter her, um so besser. »

Diese Einstellung der Arbeitgeber ist durchaus nicht so selten, wie man annehmen möchte. Sie ist teils ein Ueberbleibsel aus der Zeit des grossen wirtschaftlichen Aufschwunges und der raschen industriellen Entwicklung unseres Landes, als der Mangel an tüchtigen Facharbeitern tatsächlich oft sehr gross war, teils ist sie auf den in einzelnen Berufen heute noch bestehenden Mangel an Nachwuchs zurückzuführen, der die Arbeitgeber zwingt, fehlende Kräfte aus dem Auslande zu beziehen. Nicht selten stellen aber die Arbeitgeber an die Qualifikation der Arbeiter auch un-

[8]) *Stocker*, am schweizerischen Fortbildungskurs für Berufsberater in Solothurn, vom 14./15. September 1922.

vernünftige Forderungen, die selbst von den gewünschten Ausländern nicht erfüllt werden.

Für die Ueberfremdung unseres Landes wird vorwiegend die wirtschaftliche Entwicklung (Industrialisierung) verantwortlich gemacht. Da aber neben einer starken Einwanderung dauernd eine beträchtliche Auswanderung von Schweizern besteht, müssen andere Ursachen für diese Erscheinung gesucht werden. Als solche könnten z. B. in Frage kommen: [9])

1. ein Verdrängen der schweizerischen durch die eindringende ausländische Bevölkerung;
2. ein starker Auswanderungsdrang der Schweizer, der auch in Zeiten eines befriedigenden Beschäftigungsgrades in der Schweiz fortbesteht.

Würde nun aber die Verdrängung von Schweizern durch Ausländer in erheblichem Masse bestehen, so müsste die berufliche Gliederung der Ein- und Auswanderer ungefähr übereinstimmen. Das gleiche gilt für die an zweiter Stelle genannte Ursache (Auswanderungsdrang der Schweizer). Für die Ausgewanderten müsste eine entsprechend hohe Zahl von Ausländern *für die gleichen Berufe* als Ersatz einwandern. Das ist nun tatsächlich nicht der Fall; die Ein- und Auswanderungsziffern für die einzelnen Berufe weichen sehr stark voneinander ab und zeigen uns deutlich, in welchen Berufen ein Ueberfluss oder ein Mangel an Arbeitskräften besteht. Daraus ergibt sich, dass als hauptsächlichste Ursache für die Ueberfremdung in Frage kommt:

3. eine den Anforderungen unserer Wirtschaft nicht angepasste Berufsorientierung des Nachwuchses, der einerseits zu einer Ueberfüllung einzelner Berufe und damit zu Arbeitslosigkeit und Auswanderung führt, anderseits einen Mangel an Arbeitskräften in andern Berufen und die Einwanderung von ausländischen Arbeitskräften hervorruft.

Daneben sind wohl noch andere Ursachen denkbar und auch vorhanden, z. B. bessere Erwerbsaussichten im Auslande.

Die Statistik über die überseeische Auswanderung erfasst natürlich nur einen relativ geringen Teil der Auswanderer; sie

[9]) Sozialstatistische Mitteilungen, 1925, Heft 9, S. 247 f.

gibt aber insofern wertvolle Aufschlüsse, als sie gewisse Auswirkungen der beruflichen Orientierung nachweist. In gleicher Weise gibt uns die Statistik über die Aus- und Rückwanderung militärpflichtiger Schweizerbürger wertvolle Anhaltspunkte für die Beurteilung der Arbeitsmarktlage und der Beschäftigungsmöglichkeit in den einzelnen Berufen und Berufsgruppen. Diese Zahlen gewinnen dadurch an Bedeutung, dass die reinen Saisonschwankungen fast vollständig ausgeschaltet sind. Soweit es sich um die Einreise von Ausländern zwecks Annahme von Arbeit handelt, wird zwischen Einreisen zu längerem Aufenthalt, Einreisen von Saisonarbeitern und Dienstmädchen und Einreisen im kleinen Grenzverkehr unterschieden. Eine Ergänzung zur Statistik der militärpflichtigen Wanderer und der überseeischen Auswanderer gibt die Statistik der Eidgenössischen Fremdenpolizei über die Einreisen von Ausländern zu längerem (praktisch meist dauerndem) Aufenthalt. Alle Saisonwanderungen, sowie die Einreisen von Dienstmädchen für die Dauer von weniger als zwei Jahren, kommen auch hier in Wegfall. Im allgemeinen werden Einreisen von berufstätigen Ausländern zu längerem Aufenthalt nur dann bewilligt, wenn für dauernde Stellen auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt keine geeigneten einheimischen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen oder bekannt sind. Daraus ergibt sich, dass diese Einreisen in der Regel zur dauernden Niederlassung führen. Im Zusammenhang betrachtet, geben diese Statistiken, obwohl sie nicht alle Fälle von Ein- und Ausreisen erfassen, doch eine ziemlich zuverlässige Grundlage für die Beurteilung der beruflichen Orientierung der einheimischen Bevölkerung.[10])

Allgemein konnte man seit Jahrzehnten feststellen, dass die Berufe mit starker Auswanderung eine gedrückte Arbeitsmarktlage oder doch einen gewissen Ueberfluss an Arbeitskräften zeigten, während die Berufe mit auffallend grossem Einwanderungsüberschuss stark überfremdet waren und an einem Mangel an einheimischem Nachwuchs litten. Diese Erscheinungen sind heute durch die Statistik erhärtet. Die Statistik hat uns durch die Gliederung nach Berufen gleichzeitig die Ursachen der Wanderung aufgedeckt.

---

[10]) Sozialstatistische Mitteilungen: periodische Berichte über die berufliche Gliederung der Ein- und Auswanderer, insbesondere 1925, S. 246 f.; 1926, S. 170 ff.; 1927, S. 99 ff.

Berufliche Gliederung der männlichen Ein- und Auswanderer in den Jahren 1924—1926. [11])

	Von 100 Einreisebewilligungen zu dauerndem Aufenthalt an männliche Berufstätige entfallen			Von 100 Berufstätigen militärpflichtigen Auswanderern entfallen auf nebenstehende Berufsgruppen			Von 100 Berufstätigen männlichen überseeischen Auswanderern entfallen auf nebenstehende Berufsgruppen		
	1924	1925	1926	1924	1925	1926	1924	1925	1926
Bergbau	1,7	2,8	2,0	0,0	0,0	0,0	0,1	—	—
Landwirtschaft und Gärtnerei	8,2	10,2	12,3	19,2	18,6	13,7	33,7	43,1	43,5
Forstwirtschaft und Fischerei	0,7	0,8	0,6	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	—
Lebens- und Genussmittel	2,6	2,8	4,9	6,1	5,7	5,5	4,1	3,3	3,8
Bekleidung und Reinigung	8,0	9,4	11,9	1,1	1,1	1,5	0,8	0,8	1,0
Leder und Gummi	2,9	2,4	2,9	0,8	0,9	0,9	0,4	0,7	0,5
Baugewerbe	17,4	14,7	12,4	2,4	2,9	3,1	1,9	3,0	2,3
Holz und Glas	10,2	7,5	5,9	2,6	2,5	2,9	1,7	1,4	1,3
Textilindustrie	4,1	5,0	4,1	0,8	0,8	1,1	0,8	0,6	0,7
Graphisches Gewerbe	1,9	2,6	2,4	1,2	1,7	1,1	0,5	0,4	0,5
Papierindustrie	1,0	0,7	0,6	0,3	0,3	0,2	0,1	0,1	0,0
Chemische Industrie	0,9	0,8	0,9	0,1	0,1	0,0	—	0,1	—
Metall- u. Maschinenindustrie	13,1	13,8	10,9	18,0	15,4	18,0	9,2	8,3	8,1
Uhren und Bijouterie	3,4	2,8	1,5	2,1	2,1	2,5	1,2	1,0	1,9
Handel und Verwaltung	11,1	11,4	11,2	23,0	24,3	26,6	22,4	19,1	17,2
Hotel- und Gastwirtschaft	2,8	2,7	3,5	5,1	5,2	5,1	6,9	6,2	6,3
Verkehrsdienst	1,1	1,3	1,1	1,2	2,1	1,4	0,9	0,8	0,7
Freie und gelehrte Berufe	6,7	6,3	9,1	10,4	10,2	12,0	13,8	10,7	10,2
Haushalt	0,5	0,6	0,8	—	—	0,4	0,3	0,0	0,0
Uebrige Berufsarten	1,7	1,4	1,0	5,5	6,1	3,9	1,1	0,4	2,0
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Das Eidgenössische Arbeitsamt schreibt zu dieser Gegenüberstellung:

« Wie aus dieser Uebersicht hervorgeht, besteht in der *Landwirtschaft* sowohl eine bedeutende Einwanderung wie Auswanderung (Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern, Ueberfluss an selbständigen Landwirten); im *Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe* ist die Einwanderungsquote bedeutend grösser als die Auswanderungsquote (Mangel an Coiffeuren, Schneidern usw.); im *Baugewerbe* liegen die Verhältnisse ähnlich wie im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe (dauernder Mangel an Arbeitskräften, vor allem an Steinhauern, Maurern usw., auch in verwandten Berufen des *Bergbaues*, dort Mangel an Steinrichtern usw.); selbst in der *Textilindustrie* herrscht trotz der Krise in einzelnen Zweigen Mangel an männlichen Arbeitskräften, vor allem an Wirkern und Strickern; die Quote der Einwanderer beträgt denn hier auch 4,1 bis

[11]) Sozialstatistische Mitteilungen, 1927, Heft 3, S. 108.

5,0 Prozent, die Quote der Auswanderer nur 0,8—1,1 Prozent. In der *Metall- und Maschinenindustrie* herrscht Mangel und Ueberfluss (sowohl Einwanderung wie Auswanderung sind bedeutend): Mangel an Giessern und Formern, Schmieden, vor allem Kupferschmieden, Messerschmieden sowie an tüchtigen Spezialkräften, Ueberfluss an Mechanikern und Schlossern. Die Berufsgruppe *Handel und Verwaltung* stellt, entsprechend dem überstarken Zudrang von Arbeitskräften, rund ¼ der militärpflichtigen Auswanderer; die Einwanderer rekrutieren sich vor allem aus Personal mit Spezialkenntnissen. Auf die *freien und gelehrten Berufe* entfallen 10,2—12,0 Prozent der militärpflichtigen Auswanderer (vor allem Ingenieure, Techniker usw.), hingegen immerhin noch 6,3—9,1 Prozent der männlichen Einwanderer (vor allem Musiker, Artisten usw.).»

Aus allen diesen Erwägungen geht hervor, dass die Quelle der Ueberfremdung in uns selber liegt. «Die unrichtige Berufsorientierung des schweizerischen Berufsnachwuchses ist notorisch. Sie führt zu einer Ueberfüllung des Arbeitsmarktes mit ungelernten schweizerischen Arbeitskräften und mit Angehörigen gewisser gelernter und gelehrter Berufe einerseits, dann zu einem Vakuum hinsichtlich anderer gelernter Berufe anderseits. *Die Ueberfüllung treibt die Schweizer ins Ausland, das Vakuum saugt Ausländer herein.* Hier kann nur die dringend nötige Umgruppierung in der Berufsorientierung helfen.» [12])

Die Verteilung des Nachwuchses auf die einzelnen Berufe weicht aber nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht in starkem Masse vom Bedarf unserer Wirtschaft ab. Durch den übermässigen Zudrang des Nachwuchses in gewisse bevorzugte Berufe kommen viele Jugendliche, deren Eignung durchaus ungenügend ist, in diese Berufe hinein. Darunter leidet ganz allgemein die Qualität der betreffenden Berufe. Anderseits aber werden jenen Berufen, die bereits unter einem Mangel an Nachwuchs leiden, wertvolle Arbeitskräfte entzogen, die sich vorzüglich für diese Berufe eignen würden. Diese doppelte Wirkung hat zur Folge, dass wir in verschiedenen Berufen Ueberfluss an ungenügend qualifizierten Arbeitskräften, gleichzeitig aber Mangel an tüchtigen Facharbeitern in andern Berufen haben. Nicht selten sind auch Fälle, bei denen Ueberfluss und Mangel im gleichen Berufe vorkommen; dabei handelt es sich meist um einen Ueberfluss an unqualifizierten und einen Mangel an tüchtigen Arbeitskräften. So ergibt sich als Folge der unwirtschaftlichen Berufs-

[12]) *Delaquis*, im «Bund» vom 7. Mai 1928.

orientierung auch eine Senkung der durchschnittlichen Qualität der Berufstätigen.

Was zunächst die *überfüllten* Berufe und Berufsgruppen anbetrifft, darf über die Verhältnisse in unserm Lande folgendes gesagt werden:

1. Wir haben zu viele *ungelernte* Arbeitskräfte.
2. Die *kaufmännischen* und *Bureauberufe* sind seit Jahren überfüllt, weil der Zudrang der Jugendlichen den Nachwuchsbedarf dauernd übersteigt.
3. Aus dem gleichen Grunde haben wir zu viele Angehörige der *freien* und *gelehrten Berufe* (Akademiker und Techniker). Eine grosse Zahl ist zum Berufswechsel gezwungen oder muss Arbeiten verrichten, die weit unter ihrem Bildungsgrad stehen. (Ausnahmen bilden die Berufe der Musiker, Apotheker, Zahnärzte.)
4. Die Zahl der *selbständigen Landwirte* ist zu gross, weil zuviele Bauernsöhne wieder selbständig werden wollen. Da die Möglichkeiten dazu beschränkt sind, sind viele Söhne von Landwirten zur Auswanderung gezwungen. [13])
5. Schliesslich sind auch einzelne *industrielle* und *handwerkliche* Berufe seit Jahren überfüllt. Wir erwähnen davon die Mechaniker, Elektriker, Chauffeure, Bäcker und Konditoren.

Der *Mangel,* der durch diese Bevorzugung einzelner Berufe und Berufsgruppen entsteht, macht sich vor allem geltend:

1. in den meisten gelernten Berufen des Gewerbes und der Industrie;
2. bei den Landarbeitern;
3. in den hauswirtschaftlichen Berufen;
4. in vielen Berufen des Hotel- und Gastwirtschaftsgewerbes.

Ausserdem besteht ein gewisser Mangel an besonders qualifizierten kaufmännischen Arbeitskräften mit Spezialkenntnissen, an Musikern, Zahnärzten und Apothekern. [14])

---

[13]) Bei der überseeischen Auswanderung stellt die Landwirtschaft seit Jahren das grösste Kontingent.

[14]) *Bartholdi,* a. a. O., S. 16. — Wenn wir auch zu den oben geschilderten Verhältnissen hinsichtlich ihres dauernden Charakters alle Vorbehalte machen müssen, so ist doch zu sagen, dass sie die Wirtschaft unseres Landes seit Jahren beeinflussen und dass durch Zeiten des wirtschaftlichen Aufstieges wie der Depression ihre Grundzüge dieselben geblieben sind.

Dass die unter Ziffer 1 und 4 genannten Berufe schon seit Jahren unter einem ungenügenden einheimischen Nachwuchs leiden, geht aus der aussergewöhnlich hohen Ueberfremdung hervor.

Wir nennen hier einige Berufe, die anlässlich der Volkszählung von 1920 eine Ueberfremdungsquote von über 20 % aufwiesen:

Musiker	55 %
Steinhauer	43 %
Maurer und Bauhandlanger	37 %
Bierbrauer	32 %
Coiffeure	30 %
Gold- und Silberarbeiter	28 %
Schneider	27 %
Gipser und Maler	24 %
Glaser	24 %
Photographen	23 %
Zement- und Gipswarenarbeiter	23 %
Schuhmacher	22 %
Bau-, Möbel- und Modellschreiner	20 %

Die *Ursachen,* die zu dieser Unstimmigkeit (Ueberfluss und Mangel, Arbeitslosigkeit und Auswanderung einheimischer Arbeitskräfte und Einwanderung mit Ueberfremdung) führen, sind zahlreich. Eine der wichtigsten Ursachen liegt in der *Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse.* Der *Mangel und das Ueberangebot an Lehrstellen* ist in vielen Berufen nachweisbar. Viele Meister wollen keine Lehrlinge heranbilden, weil sie die damit verbundene Mühe scheuen, andern sind viele Lehrlinge willkommene billige Arbeitskräfte. In Berufen, in denen die Ueberfremdung schon zu stark vorgeschritten ist, (z. B. Coiffeure), hält es schwer, einheimische Lehrlinge unterzubringen, da der Ausländer wieder Landsleute bevorzugt, und zwar bei den ausgelernten Arbeitern und bei den Lehrlingen. Für die starke Bevorzugung der freien und gelehrten, der kaufmännischen und Bureauberufe gilt vor allem, dass die Eltern und Erzieher, sowie die Berufsanwärter selbst über die Arbeitsmarktlage, die Verdienstverhältnisse und die Anforderungen meist ungenügend orientiert sind. Sie lassen sich gewöhnlich durch Erfolge einiger weniger, die zu Ehren

gekommen sind, über die Schicksale zahlreicher gescheiterter Existenzen hinwegtäuschen. Diese Ansichten entspringen einer oft ganz irrigen Einschätzung der sozialen Stellung, an der vor allem die Frauen einen grossen Teil der Schuld tragen. Wer auf einem Bureau arbeitet, gilt gewöhnlich als etwas «Besseres», obwohl Verdienst und Aufstiegsmöglichkeiten oft geringer sind, als bei denjenigen, die oberflächlich betrachtet «nur als Arbeiter» gelten.[15])

Daneben gibt es eine Reihe von Berufen, in denen die *Anstellungs-, Arbeits- und Lohnverhältnisse* derart unbefriedigend sind oder bei denen *gesundheitsschädliche Verhältnisse* bestehen, dass die Ergreifung dieser Berufe nicht jedem zugemutet werden kann.

Auf eine Reihe von Ursachen irrationeller Berufswahl, wie Fragen der Berufseignung, der beruflichen Ausbildung, der Lehrlingsfürsorge usw. kommen wir in anderm Zusammenhange zurück.

7. DER ÜBERFLUSS AN UNGELERNTEN

Für die industrialisierte Wirtschaft wird immer eine gewisse Zahl von Arbeitskräften erforderlich sein, die für verschiedene Hilfsarbeiten verwendet werden und deshalb keine besondere berufliche Ausbildung nötig haben. Wie gross der Prozentsatz dieser Hilfsarbeiter in den einzelnen Berufen sein muss und wie gross er tatsächlich ist, kann nur schwer festgestellt werden. Wir wissen aber, dass es in unserm Lande zuviele Ungelernte gibt. Den Beweis liefert unsere Arbeitsmarktstatistik, liefern ferner die regelmässigen Berichte der Industrie über Ueberfluss und Mangel an Arbeitskräften und die Lohnstatistiken des Eidgenössischen Arbeitsamtes.

Da unsere Berufsstatistik auch in der Unterscheidung nach der Qualifikation der Berufstätigen aus naheliegenden Gründen ungenau ist, können wir die Zahl der ungelernten Arbeitskräfte nicht einwandfrei feststellen. Das Eidgenössische Arbeitsamt gibt in einer Publikation über die Zahl der Ungelernten folgende Angaben des Eidgenössischen Statistischen Bureaus bekannt:[1])

---

[15]) *Bartholdi*, a. a. O., S. 23.

[1]) Sozialstatistische Mitteilungen, Heft 9, 1926, S. 288.

Ungelernte Arbeitskräfte (ohne Landwirtschaft und Rebbau):

1910 =	149,688
1920 =	173,476
Zunahme	23,788

Ziehen wir von der Gesamtzahl der Berufstätigen diejenigen aus Landwirtschaft und Rebbau, sowie die Lehrlinge ab und vergleichen die übrigen mit den Ungelernten, so kommen wir für 1910 auf eine Quote von rund 13 % und für 1920 auf 14 % Ungelernte. Zu einem ähnlichen Resultat kommt man (wenigstens für die Männer), wenn man die Quote derjenigen festzustellen sucht, die als Jugendliche keinen Beruf erlernen. Dabei machen wir folgende Ueberlegungen:

Im Alter von 15—19 Jahren standen im Jahre 1920 rund 105,000 männliche und 90,000 weibliche Berufstätige[2]), d. h. auf einen Jahrgang kamen durchschnittlich 21,000 männliche und 18,000 weibliche Personen. Die Gesamtzahl der Lehrlinge betrug 52,809 männliche und 21,383 weibliche oder pro Jahrgang durchschnittlich zirka 17,600, bzw. 10,700.[3]) Von den männlichen Jugendlichen eines Jahrganges stehen demnach rund 84 %, von den weiblichen zirka 60 % in einer Berufslehre. Man darf also annehmen, dass 15—20 % der Berufstätigen keine eigentliche Berufslehre durchmachen und als jugendliche Arbeiter zu den Ungelernten gezählt werden müssen.

Der Anteil der Ungelernten an der Gesamtheit der Arbeiterschaft ist aber offenbar grösser, da der Prozentsatz der beruflich ausgebildeten Personen in den höher qualifizierten Berufen entsprechend höher ist und damit die Quote der Ungelernten bei den Arbeitern steigt.

Bernet schätzt die Zahl der ungelernten Hilfsarbeiter in der Metallindustrie auf zirka 30—40 % der gesamten Arbeiterschaft.[4]) Einige Anhaltspunkte über die Quote der Ungelernten gibt auch eine Statistik über die Lohnangaben verunfallter Arbeiter, obwohl diese nicht alle Arbeiter erfasst und der Anteil der Facharbeiter und der Ungelernten an der Unfallhäufigkeit wahrscheinlich nicht der gleiche ist.

[2]) Ohne Landwirtschaft und Viehzucht, Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei.
[3]) Bei den männlichen Lehrlingen rechnen wir durchschnittlich mit einer dreijährigen, bei den weiblichen mit einer zweijährigen Lehrzeit.
[4]) *Bernet*, Lehrlingsausbildung und Lehrlingsfürsorge, Zürich 1923, S. 25.

Gliederung der männlichen verunfallten Arbeiter in der Metallindustrie.[5])

	1913		1923	
Werkführer, Vorarbeiter	173 =	2,1 %	299 =	3,2 %
Gelernte Arbeiter . .	4758 =	58,7 %	4339 =	46,9 %
Angelernte Arbeiter . .	572 =	7,1 %	1060 =	11,5 %
Ungelernte Arbeiter . .	2601 =	32,1 %	3553 =	38,4 %
Total	8104 =	100,0 %	9251 =	100,0 %

Nach den Angaben des schweizerischen Metallarbeiterverbandes rekrutiert sich die Mitgliedschaft aus über 50 % Hilfsarbeitern (Angelernte inbegriffen). Auch wenn berücksichtigt wird, dass es sich bei der Gliederung der Arbeiterschaft in Gelernte, Angelernte und Ungelernte nur um Annäherungswerte handelt, so steht doch fest, dass die Zahl der Ungelernten grösser ist, als sie anlässlich der Volkszählungen festgestellt werden konnte. Der Unterschied mag zum Teil daher rühren, dass auch nach vollzogenem Berufswechsel vom gelernten zum ungelernten Beruf meist der erstere auf den Erhebungsformularen angegeben wurde. Offenbar aber erfolgt aus den überfüllten Berufen und aus Kreisen der Landwirtschaft (Landflucht) ein erheblicher Zuwachs bei den Ungelernten, der den Anteil entsprechend steigert. Es geht dies auch daraus hervor, dass im Altersaufbau der Ungelernten die jüngern Jahrgänge relativ schwach vertreten sind, während in den höhern Altersstufen teilweise noch ein Zuwachs erfolgt oder ihre Besetzung im Gegensatz zur normalen Absterbeordnung steht.

Altersaufbau der Tiefbauarbeiter und der männlichen Packer und Magaziner in Fabriken nach der Berufsstatistik (Volkszählung 1920):

Altersstufen	Tiefbauarbeiter		Packer und Magaziner	
	Absolut	%	Absolut	%
unter 15 Jahren	45	0,2	13	0,2
15—19	1984	8,9	564	8,4
20—24	2675	11,9	857	12,8
25—29	2178	9,8	819	12,3
30—34	2166	9,7	833	12,4

[5]) Sozialstatistische Mitteilungen, Heft 3, 1925, S. 97.

Altersstufen	Tiefbauarbeiter		Packer und Magaziner	
	Absolut	%	Absolut	%
35—39	2307	10,3	763	11,4
40—44	2343	10,5	773	11,5
45—49	2317	10,4	693	10,4
50—54	2074	9,3	535	8,0
55—59	1706	7,6	404	6,0
60—64	1242	5,6	250	3,7
65—69	735	3,3	125	1,9
70 und mehr	567	2,5	68	1,0
	22339	100,0	6697	100,0

Diese Zahlen sind charakteristisch für die *Entstehung* der ungelernten Berufe. In der Altersstufe, die für die Lehrzeit massgebend ist, sind gewöhnlich bedeutend weniger Berufstätige vorhanden, als dies nach dem normalen Altersaufbau der Fall sein müsste. In der Altersstufe 20—24 erhalten die ungelernten « Berufe » Zuwachs aus den Reihen der Lehrentlassenen überfüllter Berufe, später aus den Reihen der « Entgleisten » und aus Kreisen der landwirtschaftlichen Arbeiter im heiratsfähigen Alter. [6])

Die Kriegs- und Nachkriegsjahre haben den Ueberfluss an Ungelernten in unserm Lande insofern gefördert, als die Umstellung der Produktion auf die Kriegswirtschaft und der grosse Warenhunger Europas die vollständige Beschäftigung aller verfügbaren Arbeitskräfte ermöglichten. Dadurch ging der Anreiz zur Erlernung eines Berufes stark zurück. Zudem standen der Förderung der beruflichen Ausbildung der Schulentlassenen auch andere Schwierigkeiten im Wege. So mag zum Beispiel die Nivellierung der Löhne dazu beigetragen haben, dass viele Schulentlassene einer drei- bis vierjährigen Lehre aus dem Wege gingen. In der Hauptsache aber haben die strukturellen Veränderungen in unserer Wirtschaft und die Ueberfüllung einzelner Berufe in den Nachkriegsjahren eine starke Arbeitslosigkeit verursacht und damit den Berufswechsel von der gelernten zur ungelernten Arbeit gefördert.

[6]) Bei den Ungelernten zeigt sich auch eine Ausnahme von der Erscheinung, dass in überfüllten Berufen die Zahl der Arbeitslosen bei den jüngern Jahrgängen besonders gross ist. Die ungelernten Arbeitslosen sind durchschnittlich sogar etwas älter als das Total aller Arbeitslosen. Vor allem trifft dies für die Handlanger und Taglöhner zu. Diese Abweichung erklärt sich zum Teil aus dem Altersaufbau der Ungelernten.

Das Eidgenössische Arbeitsamt führt vierteljährlich Erhebungen durch über die Lage und den Beschäftigungsgrad der schweizerischen Industrien. Diese Industrieberichterstattung liefert auch Angaben über Mangel oder Ueberfluss an Arbeitskräften, und zwar getrennt nach den Gelernten und Ungelernten. Die nachstehende Tabelle zeigt für jedes Quartal der dreijährigen Berichtsperiode den Prozentsatz der Betriebe, die für das betreffende Quartal Mangel, bzw. Ueberfluss an gelernten oder ungelernten Arbeitern meldeten.

Mangel und Ueberfluss an Arbeitskräften.

Zeitpunkt		Von 100 erfassten Betrieben meldeten				Von 100 beschäftigten Arbeitern entfielen auf Betriebe mit			
		Mangel		Ueberfluss		Mangel		Ueberfluss	
		Gelernte	Ungelernte	Gelernte	Ungelernte	Gelernte	Ungelernte	Gelernte	Ungelernte
1925	1. Quartal	31,9	2,0	7,1	27,4	31,7	3,0	10,3	33,2
	2. „	25,1	1,2	9,6	25,8	22,4	1,6	12,3	32,8
	3. „	23,9	1,6	13,1	29,4	22,8	1,8	13,9	32,8
	4. „	24,9	0,8	15,8	38,2	18,0	0,8	13,1	36,4
1926	1. Quartal	24,4	1,3	13,7	33,5	20,3	1,5	12,9	34,1
	2. „	22,1	0,8	19,6	39,3	17,3	0,5	20,7	41,3
	3. „	22,6	0,6	17,1	35,4	19,0	0,5	16,6	34,7
	4. „	21,7	1,0	17,6	37,3	20,2	0,5	14,5	34,9
1927	1. Quartal	28,2	1,8	13,4	37,5	27,6	1,2	11,7	35,4
	2. „	26,4	1,3	11,2	31,3	25,3	1,4	12,8	33,0
	3. „	30,2	1,8	12,8	34,9	29,4	1,9	10,4	34,6
	4. „	30,6	1,5	14,1	35,2	30,6	1,2	12,8	35,1
1928	1. Quartal	34,8	2,3	9,7	32,5	30,7	1,9	9,9	32,8
	2. „	31,2	3,3	8,8	30,2	24,9	3,1	9,8	29,6

Es ist für unser Land mit seinem gut ausgebauten Unterrichtswesen eine betrübende Erscheinung, dass wir eine so grosse Zahl von ungelernten Arbeitskräften haben, während Industrie und Handwerk unter einem Facharbeitermangel leiden und auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sind.

Das kantonale Arbeitsamt in Bern hat im August 1927 eine Erhebung über die an den Bauten der Kraftwerke Oberhasli A.-G.

(Grimselwerke) beschäftigten Arbeitskräfte durchgeführt und dabei Beruf und Nationalität festgestellt. Wir haben die Resultate nach der Qualifikation zusammengestellt und erhalten folgendes Bild:

Berufe und Berufsgruppen	Schweizer absolut	Ausländer absolut	Schweizer in %	Ausländer in %
1. Ingenieure, Techniker, Bureauangestellte .	*17*	*2*	*89,5*	*10,5*
2. Qualifizierte Arbeiter (gel. und angel.) .	*310*	*513*	*37,7*	*62,3*
davon:				
a) Werkführer, Aufseher, Vorarbeiter .	10	16	42,8	57,2
b) Maurer, Mineure, Steinhauer . . .	174	467	27,0	73,0
c) Uebrige gelernte Arbeiter	126	30	80,8	19,2
3. Unqualifizierte Arbeiter (Handlanger) .	*835*	*164*	*83,6*	*16,4*
4. Uebrige (Magaziner, Fuhrleute, Krankenwärter, Wäscherinnen)	*3*	*5*	*37,5*	*62,5*

Von den qualifizierten Arbeitern waren also über 62 % Ausländer, von den Ungelernten dagegen annähernd 84 % Schweizer.

Es ist wohl unnötig, nach dem Gesagten auf die Ursachen des Ueberflusses an Ungelernten näher einzutreten. Wir wollen immerhin feststellen, dass dieser hauptsächlich auf drei Erscheinungen zurückzuführen ist. Einmal ist ein für unsere Verhältnisse (Qualitätsindustrie) zu grosser Prozentsatz von Schulentlassenen vorhanden, die überhaupt keinen Beruf erlernen. Dazu kommen zahlreiche Arbeitskräfte in die ungelernten Berufe hinein, weil sie einen Beruf erlernten, der überfüllt ist, also nur einem Teil der Lehrentlassenen Arbeitsgelegenheit bietet. Schliesslich erhalten die Ungelernten dauernd einen starken Zuwachs aus der Landwirtschaft und aus Kreisen der ungenügend qualifizierten Arbeitskräfte. Die unwirtschaftliche Berufswahl unserer schulentlassenen Jugend muss also in erster Linie dafür verantwortlich gemacht werden, dass ein Problem der Ungelernten in diesem Umfange besteht.

Obwohl wir die allgemeine wirtschaftliche und soziale Lage der Ungelernten als bekannt voraussetzen, möchten wir kurz auf die wichtigsten Erscheinungen hinweisen.

1. Die ungelernten Arbeiter beziehen einen Lohn, der im Durchschnitt um ein Viertel niedriger ist, als derjenige der gelernten Arbeiter:

Durchschnittliche Tagesverdienste verunfallter Arbeiter in Franken.[7])

	1913	1920	1922	1924	1926	1927
Werkführer, Vorarbeiter .	7.80	15.22	16.68	15.86	16.08	16.08
Gelernte und Angelernte	6.07	12.69	12.52	12.39	12.56	12.56
Ungelernte	4.79	11.05	9.83	9.89	9.89	9.91

Die Lohndifferenz würde genügen, um die Kosten der Lehre (Lehrgeld und Verdienstausfall) in verhältnismässig kurzer Zeit zu decken.

2. Die Ungelernten sind der Arbeitslosigkeit stärker ausgesetzt als die gelernten Arbeiter. Sie werden namentlich von der Saisonarbeitslosigkeit zuerst betroffen. Auch bei Betriebseinschränkungen und Betriebsumstellungen (Rationalisierungsmassnahmen) sind sie zuerst der Gefahr ausgesetzt, entlassen zu werden.

3. Die Lage der Ungelernten wird noch dadurch verschärft, dass die Gelegenheit, im Auslande eine günstigere Existenz zu finden, für sie sehr gering ist.

Gegen diese schwerwiegenden Nachteile stellt die sofortige Verdienstmöglichkeit der ungelernten Jugendlichen kein genügendes Aequivalent dar. Der dauernde Ueberfluss an Ungelernten, die in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht sehr ungünstige Lage dieser Arbeiterkategorien und der vermehrte Bedarf unserer Wirtschaft an Facharbeitern verlangen dringend nach Abhilfemassnahmen. Mit der allgemeinen Aufforderung an die schulentlassene Jugend: « Lernt einen Beruf! » ist nur ein erster Schritt in dieser Richtung getan. Wichtiger ist die Beantwortung der Frage nach dem rationellsten Beruf. Eine zweckmässige Berufswahl, die den Bedürfnissen unserer Wirtschaft und der Eignung der Berufsanwärter weitgehend Rechnung trägt, muss das erstrebenswerte Ziel sein. Wenn es auch nie gelingen wird, alle Uebelstände auf diesem Gebiete zu beseitigen, so scheint es doch möglich zu sein, durch geeignete Massnahmen (Berufsberatung, Berufsauslese, Berufsausbildung) eine wesentliche Milderung herbeizuführen. Die Bestrebungen zur Verminderung der Zahl der ungelernten und ungenügend qualifizierten Arbeitskräfte sind nicht nur im Inter-

[7]) Sozialstatistische Mitteilungen, 1927, S. 47 und 342.

esse der Sanierung des Arbeitsmarktes, der Bekämpfung der Ueberfremdung und der Förderung unserer Produktion bedeutungsvoll, sondern auch vom Standpunkt der Erhöhung des Volkseinkommens und der grössern Sesshaftigkeit der Arbeiterschaft. [8])

8. DIE LEUTENOT IN DER LANDWIRTSCHAFT

Die landwirtschaftliche Arbeiterfrage trägt ihren besondern Charakter. Der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften, insbesondere an Knechten, Taglöhnern und Dienstboten, bildet seit Jahrzehnten den Ausgangspunkt für umfangreiche Untersuchungen, die alle mehr oder weniger zum Schlusse kommen, dass die Leutenot in der Landwirtschaft auf die ungünstigen Anstellungs-, Arbeits- und Lohnverhältnisse zurückzuführen ist. [1])

Aus einer Erhebung des Schweizerischen Bauernsekretariates über den Arbeitermangel in der Landwirtschaft aus der Vorkriegszeit geht folgendes hervor: [2])

1. In 80 % der Gemeinden wurde ein Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften konstatiert.
2. Nur 25 % der Gemeinden melden, dass sie auch im Winter nicht genügend Arbeitskräfte erhalten können.
3. In 43 % der Gemeinden macht sich das Fehlen der Arbeitskräfte auch unter den eigenen Familiengliedern geltend.
4. Die Zahl der Gemeinden, in denen es an Dienstboten mangelt, beträgt 69 %, während 74 % nicht genügend Taglöhner haben.

---

[8]) Sozialstatistische Mitteilungen, Heft 9, 1926, S. 292.

[1]) Unter den zahlreichen Vorschlägen zur Lösung der Landarbeiterfrage erwähnen wir: Lohnerhöhung, Einführung von Akkordlöhnen, Prämienlöhnung, Verkürzung der Arbeitszeit, Beschränkung der Sonntagsarbeit, Versicherungsschutz, Verbesserung der Krankenpflege, bessere Behandlung durch den Arbeitgeber (in Wohnung, Nahrung, bei der Arbeit usw.), Gründung von Kinderbewahranstalten, Massnahmen für hauswirtschaftliche und berufliche Ausbildung, unterhaltende und gesellige Darbietungen, Sesshaftmachung durch Innenkolonisation und durch billigen Wohnungsbau, Organisation des ländlichen Arbeitsnachweises, Kontrolle der Stellenvermittlungsagenten, Heranziehung fremder Arbeitskräfte, Einschränkung der Freizügigkeit, Heranziehung von Gefängnis- und andern Anstaltsinsassen, Einführung der Halbtagsschule auf dem Lande, arbeitsparende Einrichtungen aller Art u. a. m.

[2]) Schweizerisches Bauernsekretariat, Die landwirtschaftliche Arbeiterfrage in der Schweiz, Brugg 1918.

5. Bei Dienstboten fehlt es mehr an weiblichem, als an männlichem Personal. Bei den Taglöhnern verhält es sich umgekehrt.

6. In rein agrikolen Gebieten tritt der Leutemangel etwas schwächer auf als in industriellen Gebieten. Aber auch in den erstgenannten fehlt es in sehr vielen Gemeinden an Arbeitskräften.

Diese Verhältnisse dürften sich seither nicht wesentlich geändert haben, denn nach wie vor klagt die schweizerische Landwirtschaft über Mangel an Knechten, Taglöhnern und Dienstboten.

In seinen Untersuchungen über die Ursachen dieser Erscheinung kommt das Schweizerische Bauernsekretariat zum Schluss, das Uebel des Arbeitermangels müsse neben den erwähnten Ursachen namentlich darin gesucht werden, dass der Bauer nicht die genügende Zahl seiner Nachkommen der Landwirtschaft zuführt, sondern sie für andere Berufsarten ausbildet. [3]) Dazu komme dann allerdings noch der spätere Berufswechsel der Landarbeiter.

Die Tatsache, dass ein Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft besteht, wird erhärtet durch die Arbeitsmarktstatistik, die allerdings kein getreues Bild vermittelt, da die Erfassung der Stellensuchenden und der offenen Stellen durch die Arbeitsämter unvollständig ist. Neben den Ziffern der Arbeitsmarktstatistik stehen dem Eidgenössischen Arbeitsamt noch die monatlichen Kommentare der Arbeitsämter sowie die Ergebnisse anderer Erhebungen (Wanderungsstatistik) zur Verfügung.

Die *Arbeitsmarktlage* in der Landwirtschaft ist seit einigen Jahren stabil, d. h. es bestehen keine Schwankungen zwischen den Ergebnissen der einzelnen Jahre. Dagegen sind die *Saisonschwankungen* sehr stark ausgeprägt. Im Durchschnitt beträgt die Differenz zwischen dem saisonmässigen Tiefstand und Höchststand annähernd 250 %, d. h. die Zahl der Stellensuchenden während des Sommers ist um mehr als die Hälfte geringer als in den Wintermonaten. Soweit man von einer Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft sprechen kann, ist zu erwähnen, dass diese ihren Höchststand gewöhnlich Ende Januar erreicht; der Tiefstand ist Ende Juni. Die Zahl der offenen Stellen ist im Frühjahr am grössten,

---

[3]) Schweizerisches Bauernsekretariat, a. a. O., II. Teil, S. 22.

im Spätherbst am niedrigsten. Im Frühjahr und Sommer übersteigt die Zahl der gleichzeitig angemeldeten offenen Stellen die Zahl der Stellensuchenden, während im Winter die Zahl der Stellensuchenden höher ist als die Zahl der Arbeitsgelegenheiten. Daraus ergibt sich, dass die Lage des landwirtschaftlichen Arbeitsmarktes vorwiegend saisonmässig bedingt ist. [4])

In der Landwirtschaft aber herrscht nicht nur ein starker *saisonmässiger* Bedarf, sondern auch ein gewisser *Dauerbedarf*, vor allem an Gutsmägden und tüchtigen Knechten. [5])

Bei der Beurteilung der Arbeitsmarktverhältnisse der Landwirtschaft wird diesen Faktoren meist zu wenig Beachtung geschenkt. Die gleichen Gründe, die unsere schulentlassene Jugend davon abhalten, sich für baugewerbliche und andere Saisonberufe zu entscheiden, sind vorwiegend auch bei den landwirtschaftlichen Berufen massgebend; in der Hauptsache aber ist die Leutenot auf spätere Abwanderung zurückzuführen. Wir können nämlich bei den landwirtschaftlichen Berufen die interessante Feststellung machen, dass der Nachwuchs vom Normalen nicht wesentlich abweicht und bei den männlichen Berufstätigen in den untern Altersstufen sogar *über dem Durchschnitt* steht. Dagegen ist die *Abwanderung* bei den 25—35jährigen ausserordentlich gross. Nach der Berufsstatistik von 1920 standen 68,497 Berufstätige der Berufsgruppe Land- und Forstwirtschaft im Alter von 15—19 Jahren; die Zahl der 30—34jährigen betrug aber nur 36,126 oder wenig mehr als die Hälfte des Anfangsbestandes. [6]) Es fehlt also durchaus nicht am berufswilligen Nachwuchs, sondern an der Treue zu dem einmal gewählten Beruf.

Dass der Nachwuchs in der Landwirtschaft — wenigstens bei den männlichen Berufstätigen — nicht zu gering ist, wie man oft irrtümlicherweise annimmt, geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

---

[4]) In den Sozialstatistischen Mitteilungen des Eidgenössischen Arbeitsamtes mehrfach erwähnt.

[5]) Aus der Arbeitsmarktstatistik geht der Dauerbedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften nicht ohne weiteres hervor. Wir stützen uns hier auf Berichte des Eidgenössischen Arbeitsamtes.

[6]) Unter Berücksichtigung einer normalen Sterblichkeit und eines nicht übermässigen Berufswechsels (Abwanderung) müssten in der Altersstufe 30—34 Jahre noch zirka 70 Prozent des Anfangsbestandes vorhanden sein.

Vergleich zwischen sämtlichen Berufstätigen nach Altersstufen und Geschlecht in Prozenten.

(Berufsstatistik 1920.)

Altersstufen	Männliche Berufstätige		Weibliche Berufstätige	
	im ganzen	in der Landwirtschaft	im ganzen	in der Landwirtschaft
unter 15	0,6	0,9	0,8	0,8
15—19	12,7	14,5	19,0	14,0
20—24	12,6	11,9	18,5	12,0
25—29	11,3	9,3	11,9	8,4
30—34	10,4	8,2	8,6	7,2
35—39	10,3	8,2	7,5	7,2
40—44	10,0	8,4	7,2	7,5
45—49	8,9	8,0	6,4	7,9
50—54	7,3	7,6	5,7	8,3
55—59	6,0	7,5	5,1	8,4
60—64	4,4	6,0	4,0	7,2
65—69	2,8	4,3	2,7	5,2
70 und mehr	2,7	5,2	2,6	5,9
	100,0	100,0	100,0	100,0

Neben den ungenügenden Anstellungs-, Arbeits- und Lohnverhältnissen, neben dem Mangel an Kontinuität des Beschäftigungsgrades (Saisonarbeiten), kommt namentlich noch ein Moment in Betracht, nämlich die Schwierigkeit, als unselbständig Erwerbender eine Familie zu gründen. Die starke Abwanderung bei den 25- bis 35jährigen ist wohl nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass es diesen landwirtschaftlichen Arbeitskräften nicht möglich ist, als Bauernknecht zu heiraten, weil der Arbeitgeber gewöhnlich nicht in der Lage ist, einem verheirateten Knechte Wohnung, dauernde Beschäftigung und den für die Erhaltung einer Familie nötigen Lohn zu geben. Die in unserm Lande vorherrschende Struktur des Grundbesitzes (Kleinbetriebe) und die damit verbundene Schwierigkeit der Ansiedelung unselbständig Erwerbender machen es dem landwirtschaftlichen Arbeiter unmöglich, beim Verbleiben in der Landwirtschaft einen eigenen Hausstand zu gründen.

Die Beobachtung, dass landwirtschaftliche Arbeiter im Alter von 25—35 Jahren der Landwirtschaft regelmässig den Rücken keh-

ren und in die Industrie abwandern, ist auch in andern Ländern (Deutschland, Oesterreich) gemacht worden. Unter den zahlreichen Sanierungsvorschlägen, die dort zur Lösung dieses komplizierten Problems gemacht wurden, nennen wir nur den Bau von Landarbeiterwohnungen. Eine zweckmässige Lösung der Siedelungsfrage scheint tatsächlich ein gangbares Mittel zu sein. Dabei ist allerdings die Frage, wer diese Wohnungen bauen soll, noch nicht beantwortet. Der Kleinbauer, dessen Knecht oder Magd heiraten will, kommt dafür nur ausnahmsweise in Betracht. Dass die jungen Familien selbst bauen und sich als freie Arbeiter irgendwo ansiedeln, ist ebensowenig denkbar. Aus diesen Erwägungen ist man vielfach dazu gekommen, die Ansiedelung von Landarbeiterfamilien durch Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaues auf dem Lande zu bewerkstelligen.

Würde es gelingen, die landwirtschaftlichen Arbeiten zeitlich besser zu verteilen, die Landarbeiter auch im Winter zu beschäftigen und Landarbeiterfamilien anzusiedeln, so würde die Abwanderung erheblich vermindert, und ein grosser Teil der Landarbeiter, die heute zum Berufswechsel förmlich gezwungen werden, könnten der Landwirtschaft dauernd erhalten bleiben. Wenn wir mit Nachdruck betonen, dass der *Nachwuchs der Landwirtschaft* den Bedarf völlig decken würde, dass aber die hier erwähnten Ursachen viele landwirtschaftliche Arbeitskräfte zum Berufswechsel und zur Auswanderung zwingen, so können wir uns auch auf die Wanderungsstatistik berufen. Im Jahre 1926 sind über 1400 Berufstätige aus der Gruppe « Landwirtschaft und Gärtnerei » in überseeische Länder ausgewandert, während die Zahl der zu dauerndem Aufenthalt eingereisten Ausländer nicht einmal 300 beträgt. Dagegen zählt die Berufsgruppe « Landwirtschaft und Gärtnerei » mehr als 5500 Einreisen zu Saisonarbeit und im kleinen Grenzverkehr. Der Anteil der männlichen überseeischen Auswanderer aus dieser Berufsgruppe beträgt nach der Auswanderungsstatistik zirka 40 %. [7])

Ueber die Wanderung der Berufstätigen in der Landwirtschaft geben folgende Zahlen Aufschluss:

---

[7]) Diese Auswanderungsquote (1925 = 43,1 Prozent, 1926 = 43,5 Prozent, 1927 = 44,8 Prozent) dürfte etwas zu hoch sein, da viele Auswanderer den Beruf angeben, den sie in überseeischen Ländern ausüben wollen, obwohl sie in der Schweiz oft einen andern Beruf hatten.

Auf die Berufsgruppe Landwirtschaft und Gärtnerei entfielen:

	Von 100 Einreisebewilligungen zu dauerndem Aufenthalt an männliche Berufstätige	Von 100 Berufstätigen militärpflichtigen Auswanderern	Von 100 Berufstätigen männlichen überseeischen Auswanderern
1924	8,2	19,2	33,7
1925	10,2	18,6	43,1
1926	12,3	13,7	43,5
1927	9,9	15,3	44,8

Von 100 militärpflichtigen Auswanderern dieser Berufsgruppe standen 1926 und 1927 im Alter von

	1926	1927
unter 25 Jahren	62	56
25—29 «	22	25
30—34 «	9	10
35—40 «	5	6
über 40 «	2	3

In absoluten Zahlen betrug die Ein- und Auswanderung:

Berufstätige Auswanderer	Total 1926	1927
Ueberseeische Auswanderer	1418	1579
Militärpflichtige Auswanderer	1104	1091
Einreisebewilligungen		
Zu dauerndem Aufenthalt	274	238
Zu Saisonarbeit	5181	5208
Im kleinen Grenzverkehr	360	262

Es unterliegt keinem Zweifel, dass in der Landwirtschaft ein dauernder Mangel an unselbständigen Arbeitskräften besteht; dieser Mangel ist aber nicht identisch mit dem Mangel an Nachwuchs, wie wir ihn in einzelnen Berufen und Berufsgruppen festgestellt haben. Der qualifizierte Nachwuchs ist vielmehr vorhanden, was aus der Statistik der überseeischen und der militärpflichtigen Auswanderer hervorgeht. Von den berufstätigen militärpflichtigen Auswanderern entfielen 1924/25 annähernd 20 %, von den berufstätigen männlichen überseeischen Auswanderern zirka 40 % auf die Berufsgruppen Landwirtschaft und Gärtnerei. Dabei handelt es sich vorwiegend um *selbständige Landwirte*. Gleichzeitig betrug der Anteil der männlichen, zu dauerndem Aufenthalt einreisenden

berufstätigen Ausländer für die Landwirtschaft zirka 10 %. Daraus geht hervor, dass die Landwirtschaft einen Ueberfluss an selbständigen Landwirten und einen Mangel an Hilfskräften hat.

Die Vorschläge des Schweizerischen Bauernsekretariates für die Lösung der landwirtschaftlichen Arbeiterfrage können zusammengefasst werden in der Forderung nach Einschränkung des Bedarfs an landwirtschaftlichen Arbeitskräften. Das Ziel soll erreicht werden durch Massnahmen der Gutseinrichtung (Meliorationen und arbeitsparende Bauten), Massnahmen der Betriebseinrichtung (Ersatz der menschlichen Arbeit durch motorische Kraft, Verwendung arbeitsparender Maschinen und Geräte, Anwendung arbeitsparender Bodennutzungssysteme) und Massnahmen der Betriebsleitung (Einführung des Akkord- und Prämienlohnsystems und andere Mittel zur Steigerung der Leistungsintensität, gleichmässige Verteilung des Arbeitsaufwandes). Wenn das schweizerische Bauernsekretariat am Schlusse seiner beachtenswerten Studie über die landwirtschaftliche Arbeiterfrage [8]) erwähnt, dass die Sorge für eine gleichmässige Verteilung des Arbeitsaufwandes zu den wichtigsten Massnahmen der Betriebsleitung gehört, so trifft sie unseres Erachtens einen der Kernpunkte des ganzen Problems.

Die Nachwuchsfrage in der Landwirtschaft ist sicher auch eine Organisationsfrage der Betriebsführung. Es geht dies mit aller Deutlichkeit aus der Erhebung des Bauernsekretariates über das Betriebspersonal hervor. Danach weisen die spezialisierten landwirtschaftlichen Betriebe die stärksten Schwankungen im Personalbestand auf, unter andern die Waldbaubetriebe, die Weinbaubetriebe und die Streuebetriebe über 100 %. « Je stärker der Ackerbau in einem Betriebe vertreten ist, umso weniger schwankt der Personalbestand. Von den eigentlichen landwirtschaftlichen Bodennutzungssystemen haben die reinen Graswirtschaften das ungünstigste Ergebnis, d. h. die grössten Personalschwankungen. Am kleinsten ist der Unterschied zwischen Mindest- und Höchstbestand in den Ackerbaubetrieben mit stärkerem Getreidebau. » [9])

Neben diesen Erwägungen und als Voraussetzung für die Verwirklichung der Sanierungsvorschläge spielt die Ausbildungsfrage eine grosse Rolle. Trotzdem wir in der Schweiz zahlreiche land-

[8]) Anmerkung 2, Seite 60.
[9]) Schweizerisches Bauernsekretariat, a. a. O., S. 176.

wirtschaftliche Lehranstalten besitzen, ist nur ein relativ geringer Teil des landwirtschaftlichen Nachwuchses in der Lage, eine gründliche praktische und theoretische Berufsschulung zu erhalten. Auch die rein praktische Ausbildung — die unseres Erachtens allein nicht genügt — liegt sehr im argen; eine landwirtschaftliche praktische Berufslehre, die sich auf einen Lehrvertrag stützt, gilt noch als etwas Aussergewöhnliches. Ueber den Stand der Ausbildung in Fachschulen schreibt Senn[10]): «Der ländliche Arbeitermangel, pekuniäre Schwierigkeiten, ja sogar noch elterliche Vorurteile machen es vielen Bauernsöhnen unmöglich, sich in ihren Jugendjahren durch Besuch einer Fachschule theoretische Kenntnisse anzueignen. Nicht zu reden von den Knechten und Taglöhnern, denen die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse eine Weiterbildung überhaupt nicht gestatten.»

Es ist daher nicht zu wenig verlangt, wenn Senn in seinen Betrachtungen zur Frage des landwirtschaftlichen Bildungswesens den Grundsatz aufstellt, dass der Landwirt sowohl theoretisch wie praktisch auf der Höhe sein müsse und sich ausserdem über organisatorische Fähigkeiten auszuweisen habe. Der landwirtschaftliche Betrieb kann nur dann den Anforderungen der Wirtschaftlichkeit entsprechen, wenn er den natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen einer Gegend angepasst ist. Wie soll aber der Landwirt wissen, welche Art der Bodenbewirtschaftung, welche Betriebsform usw. die rationellste ist, wenn seine berufliche Ausbildung vernachlässigt wurde? Die Massnahmen zur rationellen Bewirtschaftung in der Landwirtschaft liegen unseres Erachtens weniger auf dem Gebiete der Intensivierung des Ertrages durch Spezialisierung, sondern vielmehr in der zweckmässigen Arbeitsverteilung auf die Jahreszeiten. Damit sichert der Landwirt sich, seinen Angehörigen und seinem Personal eine dauernde Beschäftigung, mit andern Worten, er fördert damit die Sesshaftigkeit des landwirtschaftlichen Hilfspersonals und verhindert eine allzustarke Abwanderung in andere Berufe.

Schon vor dem Kriege verlangte die schweizerische Landwirtschaft eine systematische Versorgung mit Arbeitskräften slavischer Herkunft, um den Arbeiterbedarf zu decken, wobei allerdings gleichzeitig Bedenken in sittlicher, hygienischer und nationaler Hinsicht

[10]) *Senn*, Das landwirtschaftliche Bildungswesen in der Schweiz. Z. f. V. S., Heft 16, 1924, S. 110.

geäussert wurden. Diese Bedenken suchte man wiederum zu zerstreuen, indem man auf das « böse Beispiel » derjenigen hinwies, « die selbst keine Bedenken haben, den Vorteil für Industrie und Gewerbe auszunützen. »[11])

Das schweizerische Bauernsekretariat schreibt dazu: « Wenn dies auch an und für sich die Landwirtschaft nicht abzuhalten braucht, das zu tun, was sie im Interesse der Erhaltung einer intensiven Bewirtschaftung des vaterländischen Bodens als notwendig hält, so dürfte sie zur Zeit besser tun, sich dieser Kritik nicht auszusetzen. »[12])

Auch wir glauben, dass es im Interesse unserer Volkswirtschaft liegt, wenn zunächst andere gangbare Wege gesucht werden, die zu einer Lösung der landwirtschaftlichen Arbeiterfrage führen könnten.

[11]) Schweizerisches Bauernsekretariat, a. a. O., S. 145.
[12]) a. a. O., S. 45.

III. KAPITEL

DER BERUFLICHE NACHWUCHS

9. DER GEBURTENRÜCKGANG UND SEINE AUSWIRKUNGEN

a) Die quantitative Seite.

Die berufliche Struktur eines Volkes ist nicht nur abhängig von seiner ökonomischen Gliederung, sondern auch von seinem Altersaufbau. Dieser richtet sich vorwiegend nach Geburten und Sterbefällen. Bis zum Jahre 1914 hatten die europäischen Staaten einen namhaften Geburtenüberschuss, das heisst die Zahl der Geburten war dauernd grösser als die Zahl der Sterbefälle. Aus dieser Erscheinung erklärt sich zunächst in Verbindung mit den Wanderungsergebnissen die in fast allen europäischen Staaten beobachtete Bevölkerungszunahme.

Der Geburtenrückgang ist eine internationale Kulturerscheinung. Seine ersten Anzeichen machten sich bereits in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts bemerkbar, obgleich vorerst nur ein relativer Rückgang einsetzte. Nachdem die Zahl der Lebendgeborenen in der Schweiz bis zum Jahre 1901 auf 97,000 gestiegen war, begann zuerst langsam, dann immer stärker der absolute Rückgang. Die Zahl der Lebendgeborenen hatte während 16 Jahren (1897—1912) ununterbrochen über 90,000 gestanden und erreichte im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts einen Durchschnitt von zirka 95,000.

Schon vor dem Kriege gewann das Problem des Geburtenrückgangs steigende Bedeutung. Statistiker, Nationalökonomen und Mathematiker (vorwiegend in Deutschland und Frankreich) nahmen sich des Problems an. In Deutschland wurde zu Anfang des Krieges eine « Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungspolitik » gegründet, die aus nationalpolitischen und weltanschaulichen Erwägungen für eine Steigerung der Geburtenzahl eintrat. Aber auch in andern Ländern verfolgte man mit Interesse und wachsender Besorgnis diese rückläufige Entwicklung.

Das stete Bevölkerungswachstum Europas in den letzten Vorkriegsjahren, in denen bei zunehmender wirtschaftlicher Blüte die Alterspyramide sich fortwährend verbreiterte, hat durch den Krieg einen plötzlichen Unterbruch erfahren. Nicht nur die unmittelbaren Verluste, sondern viel mehr noch die mittelbaren Wirkungen des Geburtenausfalles haben die Alterskurve der gesamten Bevölkerung stark beeinflusst. Vor dem Kriege entsprach jedem neuen

Jahrgang, der ins erwerbsfähige Alter einrückte, ein wesentlich stärker besetzter Jahrgang von Neugeborenen. Dieses Bild hat sich in allen Ländern, die am Kriege teilgenommen haben, aber zum Teil auch in den neutralen Staaten, im Sinne eines starken Ausfalles an Geburten verschoben.

Der Krieg hat nicht nur Millionen von Opfern auf dem Schlachtfeld gefordert, er hat nicht nur grosse Lücken in die Facharbeiterschaft gerissen und auch Tausende von Menschenleben gekostet, die am Kriege nicht aktiv beteiligt waren, aber infolge Not und Krankheit umgekommen sind; er hat vor allem bewirkt, dass die Zahl der Geburten in erschreckender Weise zurückgegangen ist. Der Geburtenrückgang dürfte wohl die nachhaltigste Wirkung des Krieges bleiben, da er sich noch auf viele Jahrzehnte hinaus bemerkbar machen wird. Dieser Umstand fällt bei der Beurteilung der künftigen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt viel schwerer ins Gewicht, als alle übrigen direkten und indirekten Kriegsverluste an Menschenleben. In den kriegführenden Staaten Mittel- und Westeuropas (inklusive Grossbritannien und Irland) beträgt der Ausfall an Lebendgeborenen für die Jahre 1915—1918 verglichen mit 1913 rund 11 Millionen oder zirka 40 %, und wenn wir das Jahr 1919 dazu rechnen über 12 Millionen.

Die Zahl der Lebendgeborenen in unsern Nachbarstaaten betrug (in Tausend) [1]):

	1913	1915	1916	1917	1918
Deutschland (inklusive Elsass-Lothringen)	1838,8	1382,5	1029,5	931,8	946,7
Deutschösterreich	153,5	118,9	94,2	87,6	87,6
Frankreich	604,5	387,0	313,0	342,5	399,5
Italien	1122,5	1109,2	881,6	713,7	648,5
In Prozenten, wenn 1913 = 100:					
Deutschland	100	75,2	56,0	50,7	51,5
Deutschösterreich	100	77,5	61,4	57,1	57,1
Frankreich	100	64,0	51,8	56,7	66,1
Italien	100	98,8	78,5	63,6	57,8

Verglichen mit dem Jahresdurchschnitt 1902—1905 erhalten wir für die Zeit, da der Krieg auf die Zahl der Geburten einen

[1]) Hdwb. d. St. W., Art. « Bevölkerungswesen » (Geschichte der Bevölkerungsbewegung) von Ludwig Elster.

direkten Einfluss hatte, folgende Verhältniszahlen für die Lebendgeborenen:

	1902—05 Jahresdurchschnitt	Mai 1915 bis Juli 1919 Jahresdurchschnitt	Geburtenausfall
Deutschland	100	49,8	50,2
Deutschösterreich	100	44,6	55,4
Frankreich	100	50,7	49,3
Italien*)	100	69,6	30,4

*) Für Italien, das später in den Krieg eintrat, ist der Jahresdurchschnitt aus 42 Kriegsmonaten berechnet, für die übrigen Staaten aus 51.

Bemerkenswert ist, dass der Verlust an Lebendgeborenen in Deutschland fast doppelt so gross ist, als die eigentlichen Kriegsverluste (3,3 Millionen Geburtenausfall gegen 1,7 Millionen Kriegsverluste). Das Reichsarbeitsamt berechnet daraus den Ausfall an beruflichem Nachwuchs bis zum Jahr 1933 auf rund 2 Millionen, die auf dem Arbeitsmarkt der Jugendlichen fehlen werden. [2])

Für die neutralen Staaten Europas geben die nachfolgenden Zahlen einen Ueberblick über die Geburtenentwicklung während des Krieges:

	Jahresdurchschnitt 1902—05	Jahresdurchschnitt 1915—18	Geburtenausfall in %
Dänemark	73,000	71,000	2,8
Finnland	88,000	81,000	8,0
Niederlande	170,000	170,000	—
Norwegen	64,000	63,000	1,6
Schweden	135,000	121,000	10,4
Schweiz	95,000	73,000	23,2
Spanien	668,000	632,000	8,7

In keinem neutralen Lande ist der Geburtenausfall so stark wie in der Schweiz.

Während aber in den meisten übrigen Staaten der Geburtenausfall in seinen Nachwirkungen auf den Arbeitsmarkt einigermassen ausgeglichen wird durch die sehr stark besetzten Geburtsjahrgänge der letzten Vorkriegsjahre, kann die Schweiz nicht im selben Masse mit diesem Ausgleich rechnen.

---

[2]) Reichsarbeitsblatt 5, 44, 716 F., Art. « Geburtenausfall und Arbeitsmarkt » und verschiedene Publikationen in « Arbeit und Beruf », « Jugend und Beruf » usw.

Im Jahre 1901 hatte die absolute Zahl der Lebendgeborenen in der Schweiz ein Maximum von 97,000 erreicht und ging von da an langsam zurück. Trotzdem stieg die Bevölkerung von 1900 bis 1910 um 437,000 Personen. Daran ist der Geburtenüberschuss mit rund 360,000 beteiligt. Dieser Ueberschuss bei jährlich abnehmender Geburtenziffer erklärt sich nur so, dass die Zahl der Sterbefälle noch stärker zurückging, als die der Geburten.

	Mittlere Wohnbevölkerung		Bevölkerungsentwicklung		
			Zunahme	Ueberschuss der Geburten	Ueberschuss der Wanderungen
1900	3,299,939				
		1900/10	435,110	358,608	+ 79,242
1910	3,735,049				
		1910/20	141,873	244,551	— 117,524
1920	3,876,922				
		1920/25	59,408	136,036	— 76,628
1925	3,936,330				

Die Folge dieser doppelten Entwicklung (Rückgang der Geburten und der Sterbefälle) ist natürlich ein höheres Durchschnittsalter der Bevölkerung.

Von tausend Einwohnern standen im Alter von:

	0—14 Jahren	15—39 Jahren	40—59 Jahren	60 und mehr Jahren
1910	313	406	193	88
1920	279	408	220	93

Wie erklärt sich dieser starke Geburtenrückgang von über 20 % in einem Lande, das am Kriege nicht direkt beteiligt war? Es lassen sich dafür zwei wichtige Gründe angeben. Einmal musste die Ueberfremdung unseres Landes zu einer entsprechend grossen Abwanderung der mobilisierten Ausländer führen, während der andere Hauptgrund darin liegt, dass infolge der Mobilisation der schweizerischen wehrpflichtigen Bevölkerung die Zahl der Eheschliessungen stark zurückging. Schliesslich darf man aber auch annehmen, dass die ungünstigen und unsichern wirtschaftlichen Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit zu einer bewussten Einschränkung der Geburten geführt haben.

Die Gliederung der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht gibt mancherlei interessante Aufschlüsse über die natürliche Bevölkerungsbewegung und die Wanderungen. [3]) So fällt zum Beispiel im Altersaufbau des Jahres 1910 eine Ausbuchtung der Alters-

[3]) Vergleiche hierzu die graphische Darstellung über den Altersaufbau der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (16—60 Jahre), S. 86.

kurve bei den 30- bis 40jährigen auf, die von einer Geburtenzunahme zwischen 1870 und 1880 herrührte. Die Zahl der Geburten stieg damals von 78,000 (1871) auf 90,000 (1876) und ging im Jahre 1880 wieder auf 84,000 zurück. Schon diese kleine Zunahme bewirkte eine Ausbuchtung in der Alterspyramide der Bevölkerung, die wir heute noch feststellen können. Im Altersaufbau des Jahres 1920 erscheint die gleiche Ausbuchtung bei den 40- bis 50jährigen, und man wird sie neuerdings im Jahre 1930 (nächste Volkszählung) bei den 50- bis 60jährigen feststellen können. Weiter ist eine starke Einbuchtung bei den 20- bis 40jährigen Männern im Altersaufbau des Jahres 1920 bemerkenswert, die von der starken Rückwanderung der wehrfähigen Ausländer (1914—1918) und von den Grippesterbefällen des Jahres 1918 herrührt.

Um die Bedeutung des Geburtenrückganges in seinem ganzen Umfange zu ermessen, wird es nötig sein, auf die einzelnen Erscheinungen näher einzutreten. Zunächst gibt die nachfolgende Tabelle Aufschluss über die Zahl der Geburten der einzelnen Jahrgänge und über den Ausfall gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1900/09.

Lebendgeborene in der Schweiz.)*

Geburtsjahr	Knaben	Mädchen	Total	Ausfall gegen Durchschnitt 1900/09
1900/09**)	48,615	46,547	95,162	—
1910	47,921	45,593	93,514	1,648
1911	46,558	44,762	91,320	3,842
1912	47,331	44,865	92,196	2,966
1913	46,005	43.752	89,757	5,405
1914	44,958	42,372	87,330	7,832
1915	38,567	36,978	75,545	19,617
1916	37,857	35,803	73,660	21,502
1917	36,796	35,269	72,065	23,097
1918	37,304	35,354	72,658	22,504
1919	36,846	35,279	72,125	23,037

*) Die Zahlen für die Lebendgeborenen sind dem «Statistischen Jahrbuch der Schweiz 1927» entnommen.

**) Jahresdurchschnitt.

Geburtsjahr	Knaben	Mädchen	Total	Ausfall gegen Durchschnitt 1900/ 9
1920	41,868	39,322	81,190	13,972
1921	41,352	39,456	80,808	14,354
1922	39,122	37,168	76,290	18,872
1923	38,777	36,774	75,551	19,611
1924	37,406	36,102	73,508	21,654
1925	37,120	35,450	72,570	22,592
1926	36,849	35,269	72,118	23,044
1927	35,839	33,694	69,533	25,629

Ausfall gegenüber dem Durchschnitt 1900/09.

Geburtsjahr	Jahr der Schulentlassung	Total	Durchschnittlich pro Jahr
1910—1914	1926—1930	21,693	4,339
1915—1919	1931—1935	109,757	21,971
1920—1924	1936—1940	88,463	17,693

Diese Zusammenstellung zeigt allein in den Jahren 1915—1919 einen Geburtenausfall von rund 110,000, ein ansehnlicher Verlust, wenn man bedenkt, dass die Gesamtzahl der Lebendgeborenen immer weiter zurückgeht und im Jahre 1927 nur noch etwa 69,500 beträgt.

Zunächst musste sich dieser Ausfall bei den Schülerzahlen der Primarschulen geltend machen. Diese weisen zum Beispiel in Kanton und Stadt Bern folgende Entwicklung auf:

		Kanton Bern [4]	Stadt Bern [5]
1915/19	Jahresdurchschnitt	112,041	10,184
1920	31. März	108,467	10,469
1921	«	107,218	10,161
1922	«	106,047	9,824
1923	«	103,597	9,580
1924	«	101,580	9,261
1925	«	98,847	9,066
1926	«	97,140	8,877
1927	«	95,492	8,936

Der Rückgang ist bei den Mädchen etwas stärker als bei den Knaben. Er betrug im Kanton Bern von 1915/19 (Jahresdurch-

[4]) Berichte über die Staatsverwaltung des Kantons Bern, Abschnitt: Direktion des Unterrichtswesens.

[5]) Statistisches Handbuch der Stadt Bern, 1925, und Angaben der Schuldirektion.

schnitt) bis 1927 bei den Mädchen 17,5 %, bei den Knaben nur 13,8 %. Diese Erscheinung ist aber nicht auf eine stärkere Abnahme der Geburten, sondern auf einen vermehrten Zudrang der Mädchen zum Sekundar- und Mittelschulunterricht zurückzuführen. Der Schülerbestand der Sekundar- und Mittelschulen betrug im Kanton Bern:

	Knaben	Mädchen	Total	Auf 100 Knaben entfallen Mädchen
1920	8,173	6,830	15,003	83,6
1921	8,535	7,018	15,553	82,2
1922	9,146	7,570	16,716	82,8
1923	9,093	7,813	16,906	85,9
1924	8,936	7,874	16,810	88,1
1925	8,829	7,894	16,723	89,4
1926	8,795	7,871	16,666	89,7
1927	8,545	7,827	16,372	91,6

Der starke Geburtenrückgang während des Krieges macht sich bei den Primarschülern vom Jahre 1921 an, bei den Sekundar- und Mittelschülern erst einige Jahre später bemerkbar, je nach dem Alter des Schuleintrittes. Interessant ist die Erscheinung, dass die Zahl der Mädchen in den Sekundar- und Mittelschulen überall gestiegen ist, während die Zahl der Knaben seit 1922 wesentlich zurückging. Wir sehen darin nicht zuletzt eine Folge der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, die immer mehr weibliche Jugendliche zwingt, sich durch zweckmässige Schulbildung für einen Lebensberuf vorzubereiten.

Wie sich der Geburtenrückgang während des Krieges durch die Besetzung der einzelnen Schulklassen auswirkt, zeigt folgende Zusammenstellung über die Schülerzahl der untern sechs Primarschulklassen im Kanton Zürich (Bestand 1926).[6])

Geburtsjahr	Schulklasse	Knaben	Mädchen	Total
1914/15	6.	4531	4436	8967
1915/16	5.	3895	3871	7766
1916/17	4.	3986	3997	7983
1917/18	3.	3744	3612	7356
1918/19	2.	3699	3635	7334
1919/20	1.	4108	3995	8103

[6]) «Jugendhilfe im Kanton Zürich», 1926.

Diese Tabelle zeigt uns den starken Rückgang von der sechsten zur fünften Primarschulklasse (Geburtsjahrgang 1914/15 auf 1915/16). Man wird hier beachten müssen, dass der Kanton Zürich als Industriekanton stets eine stärkere Zunahme der Bevölkerung von der Wanderungsseite erhält als andere Gebiete der Schweiz. Während die Schweiz von 1910—1920 einen Auswanderungsüberschuss von rund 120,000 Personen verzeichnet, hat der Kanton Zürich im gleichen Zeitraum einen Einwanderungsüberschuss von rund 10,000.

Aehnliche Verhältnisse zeigt eine Untersuchung des Statistischen Amtes der Stadt Bern über die Schuleintritte (inklusive Privatschulen).[7])

Geburtsjahr	Schuleintrittsjahr	Schuleintritte	
		absolut	1917 = 100
1910	1917	2002	100,0
1911	1918	1888	94,3
1912	1919	1785	89,2
1913	1920	1764	88,1
1914	1921	1582	79,0
1915	1922	1387	69,3
1916	1923	1466	73,3
1917	1924	1395	69,7
1918	1925	1359	67,9
1919	1926	1413	70,6
1920	1927	1650	82,4

Es muss hier allerdings bemerkt werden, dass der Rückgang bei den Schuleintritten nicht ausschliesslich auf den Geburtenrückgang, sondern zum Teil auf einen vermehrten Wegzug an Familien zurückzuführen ist. Immerhin stellen wir fest, dass für die Geburtsjahre 1915/19 (Schuleintrittsjahre 1922/26) ein Rückgang von durchschnittlich 30 % eingetreten ist, der zu einem überwiegenden Teil auf das Konto Geburtenrückgang fällt.

Die Entwicklung der Schülerzahlen, wie wir sie heute schon beobachten können, gibt uns bereits einen Begriff über die Besetzung der einzelnen Jahrgänge bei der *Schulentlassung*. Von 1930/31 hinweg werden die schwach besetzten Jahrgänge 1915 bis 1919 die Schule verlassen und zu einem grossen Teil ins Erwerbs-

[7]) Vierteljahresberichte des Statistischen Amtes der Stadt Bern, 1927, 3. Heft, S. 122 (Beilage).

leben übertreten. Der Rückgang bei den Schulentlassenen wird allerdings nicht im gleichen Ausmasse eintreten, wie man nach der Statistik der Lebendgeborenen annehmen könnte, da der Rückgang der Säuglings- und Kindersterblichkeit einigermassen korrigierend wirkt.

Die Säuglingssterblichkeit in der Schweiz ist in den letzten 20 Jahren wesentlich zurückgegangen. Nach einer Veröffentlichung des Statistischen Amtes der Stadt Bern starben von je 100 Lebendgeborenen im ersten Lebensjahre: [8])

	Schweiz	Kanton Bern	Stadt Zürich	Stadt Basel	Stadt Genf	Stadt Bern
1901/10	12,5	11,1	12,0	12,2	10,6	10,9
1911/20	9,2	7,7	7,6	7,0	7,9	7,3
1921	7,4	6,2	5,6	5,4	6,8	4,9
1922	7,0	5,9	5,9	6,6	5,8	5,2
1923	6,1	4,9	4,4	3,9	5,4	3,5
1924	6,2	5,2	4,7	4,9	4,8	4,6
1925	5,8	5,1	4,3	5,2	5,8	4,2
1926	5,7	4,8	3,5	4,8	5,5	3,0
1927	5,7	4,8	3,8	5,6	3,8	4,0

Nach dem statistischen Jahrbuch der Schweiz betrug die einjährige Sterbewahrscheinlichkeit in der Schweiz in Prozenten:

Alter	Knaben			Mädchen		
	1901/10	1910/11	1920/21	1901/10	1910/11	1920/21
0	13,8	12,8	9,1	11,3	10,4	7,0
1	2,2	2,0	1,6	2,2	2,0	1,5
2	1,0	0,8	0,7	0,9	0,8	0,7
3	0,7	0,6	0,5	0,6	0,5	0,5
4	0,5	0,5	0,4	0,5	0,5	0,4
5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4

Dieser Rückgang der Säuglings- und Kindersterblichkeit bildet zwar ein gewisses Korrektiv, er kann aber den Geburtenrückgang bei weitem nicht ausgleichen.

[8]) Beiträge zur Statistik der Stadt Bern, Heft 7, IV. 1926: «Geburtenrückgang und Säuglingssterblichkeit in der Stadt Bern», ergänzt durch Angaben aus dem Statistischen Jahrbuch der Schweiz.

Leider besitzen wir keine Statistik über die Schulentlassenen; ebenso fehlen uns Angaben über die Besetzung der einzelnen Schulklassen für die ganze Schweiz, wie sie zum Beispiel für den Kanton Zürich vorhanden sind. Um eine Uebersicht über den mutmasslichen Ausfall an Nachwuchs zu erhalten, war es notwendig, auf Grund der Absterbeordnung zu berechnen, wieviele Kinder, die seit 1910 geboren wurden, wahrscheinlich ein Alter von 15 Jahren erreichen werden. Unsere Jugendlichen, die zum grössten Teil in diesem Alter die Schule verlassen, treten dann entweder in eine Berufslehre oder als ungelernte Arbeitskräfte ins Erwerbsleben. Aus der nachfolgenden Zusammenstellung ergibt sich die mutmassliche Zahl der Jugendlichen, die künftig 15 Jahre alt werden.

Mutmassliche Zahl der 15jährigen.

	Knaben	Mädchen	Total
1920	38,800	39,300	78,100
1921	39,000	38,900	77,900
1922	38,800	38,400	77,200
1923	39,700	39,500	79,200
1924	38,200	38,300	76,500
1925	38,800	38,300	77,100
1926	36,700	36,600	73,300
1927	37,900	37,100	75,000
1928	36,500	35,800	72,300
1929	36,600	36,000	72,600
1930	32,300	31,900	64,200
1931	32,200	31,500	63,700
1932	31,000	30,500	61,500
1933	31,600	31,000	62,600
1934	31,500	30,900	62,400
1935	35,800	34,500	70,300
1936	35,400	34,500	69,900
1937	33,500	32,500	66,000
1938	33,200	32,300	65,500
1939	32,000	31,700	63,700

Zusammenzug.

	Knaben	Mädchen	Total	Ausfall gegen 1920/24
1920/24	194,500	194,400	388,900	—
1925/29	186,500	183,800	370,300	18,600
1930/34	158,600	155,800	314,400	74,500
1935/39	169,900	165,500	335,400	53,500

Durchschnittlich pro Jahr.

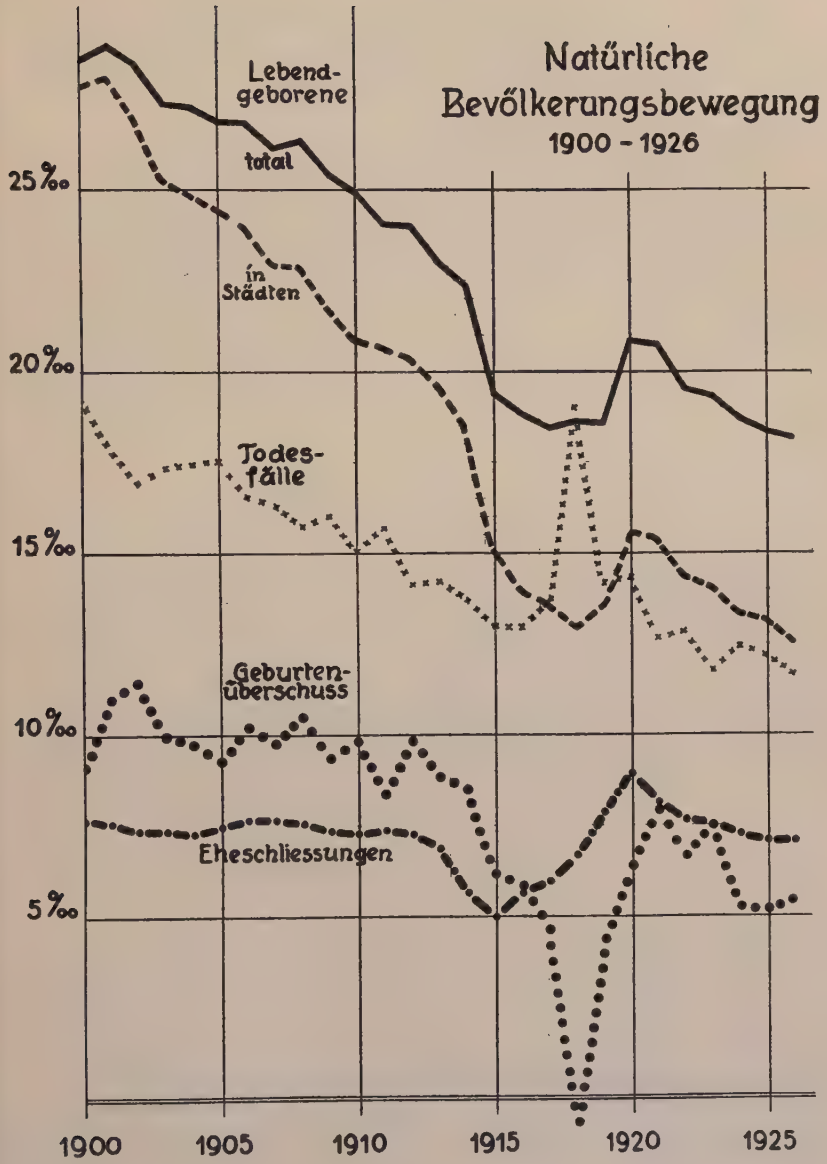
1920/24	38,900	38,900	77,800	—
1925/29	37,300	36,800	74,100	3,700
1930/34	31,700	31,200	62,900	14,900
1935/39	34,000	33,100	67,100	10,700

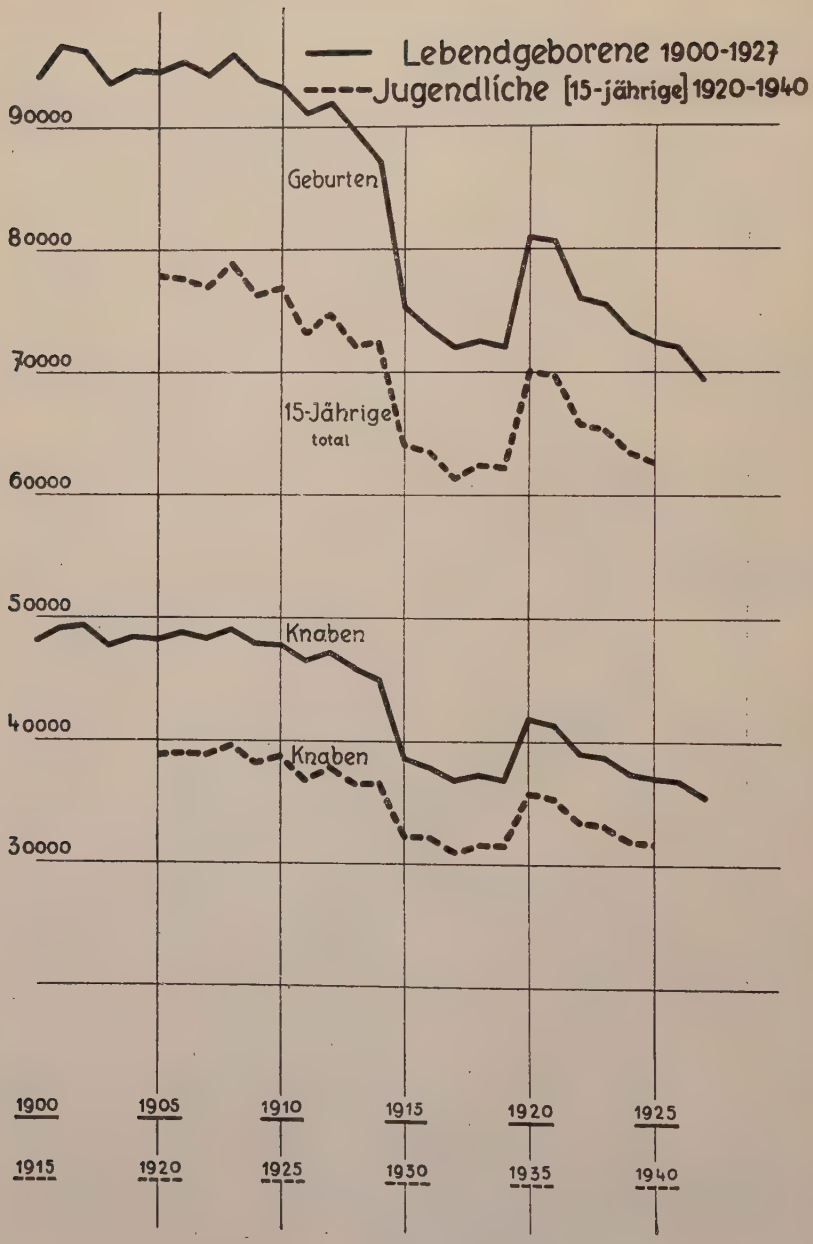
Die Wirkungen des Geburtenausfalles auf die Lage des Arbeitsmarktes können zwar nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden. Möglicherweise werden die Rationalisierung oder andere wirtschaftliche Massnahmen, oder politische Ereignisse den Ausfall an jugendlichen Arbeitern teilweise wieder ausgleichen. Wahrscheinlicher aber ist, dass ein weiterer Konjunkturaufstieg den fehlenden Zuwachs an Arbeitskräften in einzelnen Berufen und Berufsgruppen noch stärker fühlbar machen wird. Auf alle Fälle müssen wir in der Schweiz damit rechnen, dass von 1930/31 hinweg für einige Jahre rund 20 % weniger Lehrlinge und jugendliche Arbeiter vorhanden sein werden und dass sich dieser Mangel an Nachwuchs von der Mitte des nächsten Jahrzehnts an auch bei den Vollarbeitern auswirken wird. Diese Tatsachen können nicht ohne Einfluss auf die Gestaltung unseres Wirtschaftslebens bleiben.

In denjenigen Erwerbszweigen und Berufen, die schon bei normaler Arbeitsmarktlage von den Jugendlichen gemieden werden, vor allem im Baugewerbe, in der Hauswirtschaft, zum Teil auch in der Landwirtschaft, wird sich zunächst ein noch stärkerer Mangel an Arbeitskräften zeigen. Katastrophal muss sich dieser Mangel an Nachwuchs auf die Lage des Arbeitsmarktes für qualifizierte Facharbeiter auswirken, die in Industrie und Gewerbe heute schon zu den gesuchten Arbeitskräften gehören. Bis vor kurzem war es nicht sehr schwer, für die Mangelberufe in der Schweiz die notwendige Zahl ausländischer Facharbeiter kommen zu lassen. Man wird aber für die Zukunft vergeblich auf eine Ent-

lastung durch ausländische Arbeitskräfte rechnen, da die meisten europäischen Industriestaaten, und vor allem unsere Nachbarländer, unter noch stärkeren Ausfällen an jugendlichem Nachwuchs leiden. Dazu kommt ein weiterer Umstand, der bei dieser Sachlage eine Rolle spielt. In unsern Nachbarstaaten werden sich die Auswirkungen des Geburtenrückganges auf den Arbeitsmarkt durchschnittlich ein Jahr früher bemerkbar machen, da die Schulpflicht im Auslande nur 7 bis 8 Jahre dauert, gegen 8 bis 9 Jahre in der Schweiz. In Deutschland verlangt man zum Beispiel als Mindestalter für den Lehrantritt das zurückgelegte 14. Altersjahr, während in der Schweiz die Lehrlinge meist 15jährig oder noch älter sind. Diese Verhältnisse werden in doppeltem Sinne nachteilig auf die künftige Besetzung unserer Facharbeiterbestände wirken. Einmal wird die Ergänzung der in unserm Lande fehlenden Facharbeiter durch ausländische Arbeitskräfte deshalb Schwierigkeiten bereiten, weil die ausländischen Unternehmungen diese Arbeiter selbst benötigen, und zwar um so nötiger haben, als der Mangel entsprechend früher und stärker fühlbar wird. Die heutige Arbeitslosigkeit im Auslande kann kein Anlass sein, diese Entwicklung zu leugnen, denn die Arbeitslosigkeit macht sich auch im Auslande weniger unter den Facharbeitern, als unter den Ungelernten (zum Teil auch in den überfüllten Berufen, vorwiegend beim Bureaupersonal) bemerkbar. Wir werden uns also für die Zukunft, und wahrscheinlich schon vom Beginn des nächsten Jahrzehnts an, mit der Tatsache abfinden müssen, dass das Ausland seine Facharbeiter in der eigenen Wirtschaft braucht und unter Umständen sogar Massnahmen gegen die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte treffen wird. Weiter besteht aber die Möglichkeit, dass dieses frühere Fehlen des Nachwuchses die schweizerischen Arbeiter veranlassen könnte, im Ausland angebotene Arbeitsgelegenheiten anzunehmen, sofern dort günstigere Anstellungs-, Arbeits- und Lohnverhältnisse angeboten werden. Es wird übrigens die zwangsläufige Folge eines geringern Angebotes an Arbeitskräften sein, dass die Löhne gesteigert werden, um die nötige Anzahl von Facharbeitern zu gewinnen.

Es besteht aber auch die Wahrscheinlichkeit, dass dann für die ungelernten Arbeitskräfte überall gutbezahlte Beschäftigungsmöglichkeiten geboten werden, und dass infolgedessen der Wunsch, einen Beruf zu erlernen, noch mehr zurückgedrängt wird.

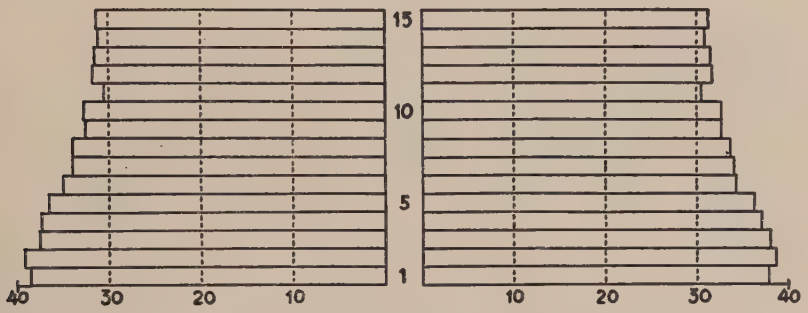

Natürliche
Bevölkerungsbewegung
1900 - 1926
Lebend-
geborene
total
in
Städten
Todes-
fälle
Geburten-
überschuss
Eheschliessungen
25‰
20‰
15‰
10‰
5‰
1900
1905
1910
1915
1920
1925


Lebendgeborene 1900-1927
Jugendliche [15-jährige] 1920-1940
90000
80000
70000
60000
50000
40000
30000
Geburten
15-Jährige
total
Knaben
Knaben
1900
1905
1910
1915
1920
1925
1915
1920
1925
1930
1935
1940

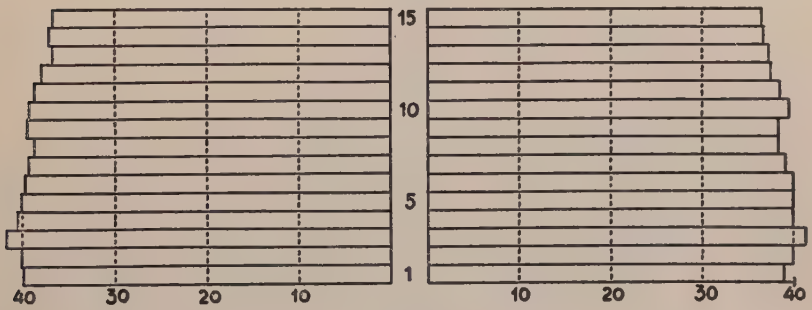
Altersaufbau der Jugendlichen
[0-15-jährige]

männlich — in Tausend — weiblich

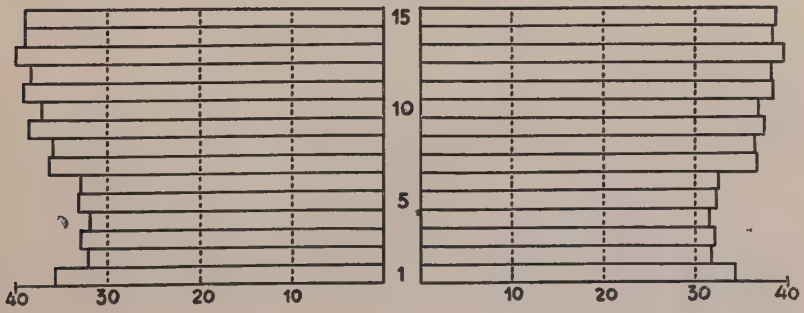
1900



1910



1920



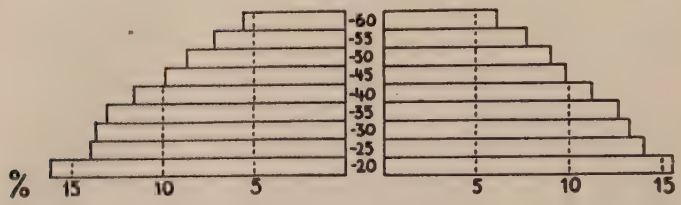
Altersaufbau der Bevölkerung

im erwerbsfähigen Alter [15-60]

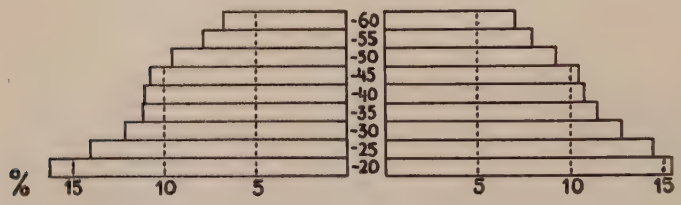
in %

männlich weiblich

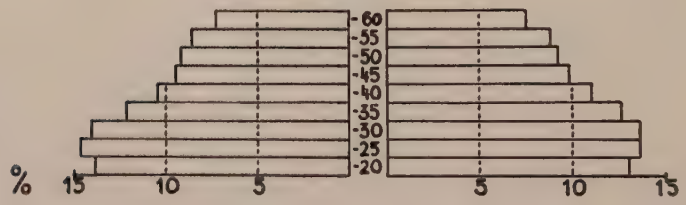
1910



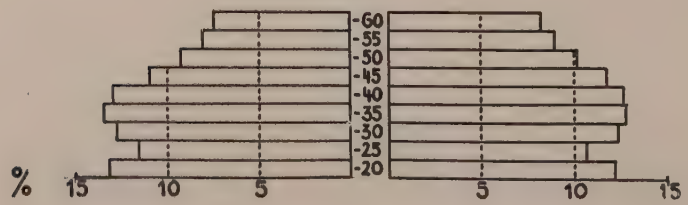
1920



1931



1941



Sehen wir aber einmal ganz davon ab, dass die einheimischen Facharbeiter den Lockungen des Auslandes folgen werden, oder dass die Zahl der Ungelernten noch weiter ansteigt, so genügt es, den jährlichen Ausfall von rund einem Fünftel und dazu die Unmöglichkeit eines Ersatzes durch Ausländer in Kauf nehmen zu müssen.

Für eine nahe Zukunft, auf die sich schon heute die Berufs- und Arbeitsmarktpolitik wird einstellen müssen, bleibt vor allem bedeutsam, dass der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtzahl der Berufstätigen stark zurückgehen wird, und dass auch nach dem Eintritt der ersten Nachkriegs-Geburtsjahrgänge der Stand der Vorkriegszeit bei weitem nicht mehr erreicht wird. Um so notwendiger wird es sein, den quantitativ verringerten Nachwuchs qualitativ zu heben, bzw. jedem Jugendlichen denjenigen Platz im Wirtschaftsleben auszusuchen, für den er sich am besten eignet. Auch die Berufsausbildung muss derart gefördert werden, dass die berufliche Arbeit eines kleinern Teils der Berufstätigen einen höhern persönlichen und volkswirtschaftlichen Ertrag verspricht.

b) Die qualitative Seite.

Im Zeitalter der Rationalisierung gewinnt die Bewertung menschlicher Eigenschaften in dem Masse an Bedeutung, als die Ueberwindung der Mechanisierung zur sozialen Notwendigkeit wird. Soll dieser Entwicklungsprozess die Arbeiterklasse nicht quantitativ und qualitativ erschöpfen, so ist es notwendig, dass ein Volkskörper sich in organischem Auf- und Absteigen der vorhandenen Kräfte fortwährend erneuert. Andernfalls kommen wir wieder zur Stände- und Kastenbildung mit den unvermeidlichen Erscheinungen körperlicher und geistiger Degeneration.

Dieser Ausgleich der Kräfte, die Durchblutung des gesamten Gesellschaftskörpers, wird umsoweniger möglich sein, je grösser der Einfluss der sozialen Herkunft auf die Berufsentschlüsse des einzelnen wirken.

Tatsächlich ist dieser Ausgleich bis zu einem gewissen Grade immer vorhanden. Die auftriebsfähigen Kräfte mit guter Erbanlage streben nach einem sozialen Aufstieg, während andere Kreise in die soziale Abhängigkeit sinken. Die allgemeine Tendenz ist aber im sozialen Abstieg zu suchen, der sich aus einer absoluten und relativen Abnahme der Selbständigerwerbenden und einer fort-

während Zunahme der Lohnempfänger ergibt. Immer mehr bröckeln Teile des selbständigen Mittelstandes ab und gehen damit der Proletarisierung entgegen. Das Gros der Lohnempfänger wächst dadurch in doppeltem Sinne, einmal durch diese fortwährende Angliederung der ehemals Selbständigerwerbenden (Niedergang des Handwerks) und sodann durch die eigene natürliche Zunahme. Wie wir gesehen haben, droht dieser natürliche Zuwachs aber langsam zu versiegen.

Als Schranke gegen die absolute und relative Uebervölkerung eines Wirtschaftsgebietes weist der Geburtenrückgang (quantitativ betrachtet) weit mehr Vorteile als Nachteile auf; um so gewichtigere Bedenken müssen erwachen, wenn man die qualitative Seite prüft, d. h. wenn man untersucht, *welche* Bevölkerungsschichten davon in erster Linie betroffen werden. Die « obern Zehntausend », d. h. die oberste soziale Klasse wird aus zwei Gründen nicht als Hauptträger der rückläufigen Bewegung in Frage kommen, einmal weil diese Kreise von jeher eine geringe Geburtenfrequenz aufwiesen und zweitens, weil sie zahlenmässig kaum ins Gewicht fallen. Das Hauptgewicht liegt demnach auf der grossen Masse des Volkes, d. h. dem gewerblichen und bäuerlichen Mittelstande und den Unselbständigerwerbenden.

Als noch kein Problem der Uebervölkerung bestand, sorgten die natürlichen Kräfte der Auslese in der Hauptsache dafür, dass im Einzel- wie im Völkerleben die Tüchtigsten schliesslich doch überlebten und ihr Erbgut der nachfolgenden Generation übergeben konnten. Das letzte Jahrhundert hat diese Sicherungen gründlich niedergerissen, zunächst dadurch, dass Mittel gefunden wurden, die Befriedigung des Geschlechtstriebes von seinem arterhaltenden Zwecke unabhängig zu machen; im fernern hat der Kulturfortschritt manche Erleichterung des Lebenskampfes, als Errungenschaften der Heilkunde und der Fürsorge gebracht, die wir nicht missen können und nicht missen wollen, die aber doch bedenkliche, rassenbiologische Wirkungen gezeitigt haben.

Aus allen Untersuchungen der jüngsten Zeit ergibt sich, dass die Fruchtbarkeitsbeschränkung in gewissen Mittelschichten (von den obersten Schichten wollen wir ganz absehen) sich stärker ausprägt als in andern sozialen Klassen. Im allgemeinen kann man sagen, dass sich die Grösse des « Opfers » nach der sozialen Auftriebsstärke richtet, d. h. dem Grade, in dem die Eltern die ihnen

vorschwebenden Kulturgüter höher einschätzen als die Opfer, die sie bei einer Einschränkung der Fortpflanzung zu bringen haben. In diesen Kreisen ist jener soziale Ehrgeiz geradezu typisch geworden, der mit kleinster Familie ein hochgestecktes Lebensziel zu verwirklichen strebt. Schon Francis *Galton* [1]) hat die in dieser Entwicklung liegende Gefahr folgendermassen gekennzeichnet: « Infolge .... verschiedener Ursachen ist in einer alten Zivilisation die Fruchtbarkeit der befähigten Klassen beständigen Hemmungen ausgesetzt, während die Unbedachtsamen und Nichtehrgeizigen am meisten Nachkommenschaft aufziehen. So verschlechtert sich die Rasse allmählich, wird in jeder folgenden Generation für eine hohe Zivilisation weniger tauglich, obgleich sie deren äussern Anschein behält, bis die Zeit kommt, wo der ganze soziale und politische Bau einstürzt und ein grösserer oder geringerer Rückfall in die Barbarei stattfindet, während welcher Zeit die Rasse vielleicht fähig ist, ihre Spannkraft wieder zu gewinnen. » Heute zeigt sich die Tendenz zur Einschränkung der Fruchtbarkeit in den « befähigten Klassen » noch viel deutlicher, als vor 20 Jahren. Namentlich in den Städten und industriellen Gegenden, wo eine intelligente und aufgeklärte Arbeiterschaft besteht, lässt sich diese Tatsache rein zahlenmässig feststellen.

Der Unterschied zwischen Stadt und Land geht deutlich aus den nachfolgenden Zahlen hervor: [2])

Auf 1000 Einwohner entfallen Lebendgeborene:

	Ganze Schweiz		Orte mit über 10,000 Einwohnern	
	Lebendgeborene	Geburtenüberschuss	Lebendgeborene	Geburtenüberschuss
	‰	‰	‰	‰
1900	28,6	9,3	27,9	10,5
1905	26,9	9,3	24,5	8,6
1910	25,0	9,9	20,9	8,2
1915	19,5	6,2	15,2	3,7
1920	20,9	6,5	15,6	3,1
1925	18,4	6,2	13,2	2,3
1926	18,2	6,5	12,7	2,0
1927	17,4	5,1	12,2	0,9

[1]) *Galton*, Genie und Vererbung, Leipzig 1910, S. 383, zit. bei Müller, Arbeiterbewegung und Bevölkerungsfrage, Jena, 1927, S. 89.
[2]) Statistisches Jahrbuch der Schweiz.

Die sinkende Tendenz ist also auf dem Lande viel weniger ausgeprägt als in den Städten, offenbar deshalb, weil die Mittel der Geburtenbeschränkung als regulierender Faktor weniger bekannt sind oder infolge anderer Einflüsse abgelehnt werden. Die Gegenüberstellung von Stadt und Land zeigt dies aber nur ungenügend. Je nachdem ein Gebiet vorwiegend industriell-gewerblichen Charakter trägt, ob die Bevölkerung protestantisch oder katholisch, oder von verschiedenen Rassen bewohnt ist, zeigen sich wieder deutlich Unterschiede in der Geburtenfrequenz und in der Tendenz zur Geburtenbeschränkung.

In der Schweiz sind auf 100 verheiratete Frauen im Alter der Gebärfähigkeit (15—49 Jahre) folgende Geburtenziffern festgestellt: [3])

	1891—1900	1901—1910	1911—1920
Schweizerischer Durchschnitt	*23,5*	*20,9*	*15,9*
Vorwiegend gewerbliche und industrielle Gebiete	22,1	19,1	14,6
Gemischte Gebiete	24,8	23,5	20,4
Vorwiegend landwirtschaftliche Gebiete	26,6	26,5	25,5
Gebiete mit überwiegend protestantischer Bevölkerung	22,6	19,1	14,3
Gebiete mit überwiegend katholischer Bevölkerung	25,4	24,1	19,0
Deutschsprachige Gebiete	23,7	21,1	16,3
Französischsprachige Gebiete	22,7	19,6	14,3
Italienischsprachige Gebiete	24,6	23,5	17,9
Romanischsprachige Gebiete	23,0	25,0	23,5

Es ergibt sich daraus, dass vorwiegend gewerbliche und industrielle Gebiete, Gegenden mit überwiegend protestantischer Bevölkerung und die französischsprechende Bevölkerung eine unter dem Durchschnitt stehende Geburtenfrequenz, aber auch einen stärkern Rückgang der Geburten aufweisen als die übrigen Teile unserer Bevölkerung.

Kann aus dieser Tatsache allein auf die Qualität des Nachwuchses geschlossen werden? Sicher nicht. Noch heute wird sogar « das Land » vielfach als der « Jungbrunnen » der Bevölkerung ge-

[3]) Statistisches Jahrbuch der Schweiz.

priesen, wohl deshalb, weil die Städte ihren Bevölkerungszuwachs weniger dem eigenen Geburtenüberschuss, als der Wanderungsbewegung zuzuschreiben haben. Es ist sicher nicht zu leugnen, dass in vielen Gegenden ein kerniger, intelligenter Bauernschlag vorhanden ist, der den aufstrebenden Industriestädten eine wertvolle Arbeiterschaft abzugeben in der Lage ist. Anderseits kann aber auch argumentiert werden, dass, wenn diese tüchtigen und intelligenten Bauernsöhne in die Städte abwandern, damit das Land zugunsten der Stadt dieses Menschenschlages beraubt wird und *eine qualitativ tieferstehende Landbevölkerung zurückbleibt.* Diese Entwicklung, durch mehrere Generationen fortgesetzt, müsste schliesslich zu einer deutlichen qualitativen Ueberlegenheit der Stadtbevölkerung führen.

Tatsächlich dauert dieser Binnenwanderungsprozess seit Jahrhunderten in unverminderter Stärke an. Wenn aber in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts und seither die Landbevölkerung grosse Kontingente ihres natürlichen Nachwuchses an die Städte und industriellen Gebieten abgegeben hat, so war es neben einer Reihe von asozial veranlagten Elementen doch eine weit grössere Zahl von auftriebsfähigen Menschen, welche die Gebundenheit des Landlebens verliess, um in der städtischen Umwelt einen sozialen Aufstieg zu versuchen. *Springer* [4]) hat mit ziemlicher Gründlichkeit gezeigt, dass auch die Städtebildung im Mittelalter nicht etwa auf die Landflucht der minderwertigen Elemente zurückzuführen ist, sondern dass gerade aus der besten Qualität der Landbevölkerung der spätere Handwerkerstand hervorgegangen ist. Aehnlich *Müller* [5]): « Demnach wären die ehemaligen Handwerker der Städte und die Erben ihres Blutes, die heute schon weit mehr in der organisierten Arbeiterschaft, als in dem zusammenschrumpfenden Mittelstand zu suchen sind, gegenüber der Landbevölkerung von mindestens ebenbürtiger Rassetüchtigkeit, Träger eines sozial sehr wertvollen, auftriebsfähigen Blutes, einer höchst erfreulichen Erbmasse.» Müller drückt sich damit weit vorsichtiger aus in der Beurteilung der qualitativen Bedeutung der Landflucht als andere Autoren, die feststellen, dass der prozentuale Anteil bei den Geisteskranken, Epileptikern, Psychopathen, Taubstummen usw. auf dem Lande viel grösser ist als in den Städten. Auch die-

[4]) *Springer*, Volk, Stand, Rasse, Dresden 1926.
[5]) *Müller*, Arbeiterbewegung und Bevölkerungsfrage, Jena 1927.

jenigen, die behaupten, dass die Säuglingssterblichkeit eine Auslese darstelle und in der überwiegenden Mehrzahl konstitutionelle Minderwertigkeiten betreffe, würden damit kein schmeichelhaftes Urteil über den « wetterharten, kernigen Bauernschlag » fällen. Auf 100 Lebendgeborene in der Schweiz starben nämlich im ersten Lebensjahr : [6])

	1920	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927
Schweiz total	8,4	7,4	7,0	6,0	6,2	5,8	5,7	5,7
Orte mit über 10,000 Einwohnern	7,0	6,2	5,8	4,9	5,1	5,0	4,4	4,8

Wir wollen damit noch kein Werturteil über die Qualität der Landbevölkerung abgeben, glauben aber doch, dass von einem Jungbrunnen, aus dem die industriellen Gebiete immer wieder (qualitativ gesprochen) neue Lebenskraft schöpfen müssen, heute wohl keine Rede mehr sein kann.

Der Teil unseres Volkes, der sich mit der Urproduktion befasst, geht relativ zurück, indem er Kräfte für den industriellen Aufbau liefert, die aber im Durchschnitt die bereits vorhandene gewerbliche und industrielle Bevölkerung nicht überragen. Für das Land aber bedeutet diese Wanderung nach den Industriezentren einen qualitativen Verlust, weil es logischerweise die auftriebsfähigen und -freudigen Elemente sind, die sich einen neuen Wirkungskreis suchen, in der Hoffnung auf einen sozialen Aufstieg. Um die heimatliche Scholle zu verlassen, braucht es in der Regel ein überdurchschnittliches Mass von Energie, das (von den sog. Landstreichern und andern asozialen Elementen abgesehen) gewöhnlich nur die Befähigteren besitzen. Damit gehen dem Lande die besten Erbanlagen verloren.

Nun ist es aber gerade die ländliche Bevölkerung, die im Ausmass und in der Tendenz der Geburtenziffern andere Wege geht als die städtische mit durchschnittlich besserer Erbanlage ihrer Bevölkerung. Die Geburtenfrequenz auf dem Lande ist gegenwärtig um ein Drittel bis zur Hälfte grösser als diejenige der Städte. Wenn man nun bedenkt, dass unter der Bevölkerung (wie wir später noch sehen werden) die Familien mit den ungünstigsten Erbanlagen am meisten Kinder besitzen, muss man logisch zum Schlusse kommen, dass die durchschnittliche Qualität des Be-

[6]) Statistisches Jahrbuch der Schweiz.

völkerungsnachwuchses sinkt und in der Folge noch mehr zurückgehen wird.

Wir haben bereits erwähnt, dass in den Städten und vorwiegend industriellen Gebieten unseres Landes der Rückgang der Geburten verhältnismässig grösser ist als auf dem Lande. Es ist nun sehr interessant, zu zeigen, welche sozialen Klassen daran den grössten Anteil haben.

Wie sich die Familien verschiedener sozialer Schichten hinsichtlich ihrer Kinderzahl verteilten, zeigt folgende Zusammenstellung nach der Zürcher Familienstatistik vom Jahre 1911.[7])

Beruf	Von je 100 Ehen hatten . . . Kinder			
	keine	1 bis 3	4 bis 5	6 und mehr
a) Fabrikanten, Grosskaufleute, akademische Berufe	10,2	48,4	22,0	19,4
b) Beamte, Lehrer, Privatangest.	7,3	40,6	25,7	26,4
c) Kleinere Geschäftsleute, Handwerksmeister	7,1	35,6	26,6	30,7
d) Gelernte Arbeiter u. Unterbeamte	7,0	31,3	23,5	38,2
e) Ungelernte Arbeiter	5,7	32,4	21,7	40,2

Aehnliche Verhältnisse ergeben die Untersuchungen von Dresel und Fries über die Kinderhäufigkeit von 900 Heidelberger Familien: [8])

Beruf	Geburten pro Familie
1. Akademiker	2,7
2. Freie Berufe	3,0
3. Beamte und Lehrer	3,3
4. Kaufleute	3,4
5. Handwerker	3,8
6. Angestellte	4,4
7. Arbeiter	6,0

Stoll[9]) schreibt darüber:

« Die Geburtenverhütung hat in den obern Ständen begonnen und sich allmählich nach unten verbreitet. Das wird sehr deutlich durch die Gegenüberstellung der Geburtenzahlen von Grossberlin

[7]) Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich, 1910 und 1911, S. 47 ff.
[8]) Zeitschrift für öffentliche Gesundheitspflege, 1922, S. 289, zit. Beiträge zur Statistik der Stadt Bern, Heft 7, IV, 1926, S. 77.
[9]) *Stoll,* Aufgaben der Bevölkerungspolitik, Jena 1927, S. 4 f.

im Jahre 1911 und 1925 gezeigt. Im Jahre 1911 kamen nach meinen Feststellungen auf 1000 Einwohner:

in Adlershof-Niederschöneweide . .	28	Geburten
in Friedenau	17	»
in Grunewald	9	»

Damals wimmelten also die engen Wohnungen der Arbeiter noch von Kindern. In den guten Stuben des Mittelstandes und der Beamtenschaft war die Kinderzahl bereits unterdurchschnittlich. In den eleganten Villen der Reichen aber wurden weniger Kinder geboren als jährlich Menschen starben. Heute haben die Arbeiterstadt im Osten, die Mittelstandsstadt im Süden und die Villenstadt im Westen nahezu die gleiche Geburtenzahl, nämlich 9,4 $^0/_{00}$.

Die Arbeiterschaft hat also von den höhern Ständen gelernt. Die Geburtenbeschränkung hat sich nach unten soweit durchgesetzt, dass man sagen kann: *eine völlig ungehemmte Kindererzeugung findet heute nur noch bei den ganz Primitiven, den Schwachsinnigen, den Trinkern und bei denen statt, die durch eine bestimmte Weltanschauung vom Gebrauch der Vorbeugungsmittel zurückgehalten werden.* »

Nach einer preussischen Statistik (1912) wurden folgende Zahlen ehelicher Geburten auf je eine Eheschliessung berechnet [10]):

technische und kaufmännische Angestellte . .	2,5
gelernte Arbeiter	2,9
ungelernte Fabrikarbeiter	4,1
Landarbeiter, Taglöhner	5,2

Eine englische Kommission zum Studium der Geburtenfrage stellte 1913 fest, dass auf 100 verheiratete Männer unter 55 Jahren folgende Geburtenzahlen kamen [11]):

in der Oberschicht und im obern Mittelstand .	11,9
im untern Mittelstand	13,2
bei den gelernten Arbeitern	15,3
bei den ungelernten Arbeitern	21,3

[10]) *Müller*, a. a. O. S. 123.
[11]) *Müller*, a. a. O. S. 124.

Sind nun die Kinder aus grossen Familien im allgemeinen weniger begabt, als diejenigen mit wenig Geschwistern? Sicher stecken auch unter den Ungelernten, den Handlangern und Taglöhnern, viele tüchtige und durchaus vollwertige, unter Umständen sogar geniale Menschen; im grossen Durchschnitt aber wird die Erbanlage bei den gelernten Arbeitern und den Angestellten doch eine bessere sein. Diese Annahme wird durch eine Fülle sozialbiologischen Materials belegt. Eine sozial*ökonomisch* nicht zu erklärende tiefe seelische Kluft zwischen gelernten Arbeitern und ungelernten Taglöhnern hat sich zum Beispiel bei amerikanischen Prüfungen (mental tests) und bei den grossen, 1,7 Millionen Menschen umfassenden Heeresuntersuchungen gezeigt.[12])

Bedeutsam ist ferner eine Untersuchung an Münchener Fortbildungsschülern, die auf Anregung von Professor *Lenz* durchgeführt wurde; man verglich dabei die Durchschnittsnoten der Schüler mit ihren Geschwisterzahlen. Danach entfielen auf Schüler mit

Durchschnittsnote	II	= 2,32	Geschwister
«	III	= 2,89	«
«	IV	= 3,41	«
«	V	= 5,93	«

Recht gut passt hierzu die weitere Mitteilung, dass bei Rostocker *Hilfs*schulen 6,4 Kinder auf eine Mutter entfallen, das ist das Doppelte des Rostocker Durchschnittes. *Lenz* bemerkt dazu: « Schon in einer einzigen Generation verdoppelt sich also der Anteil der Hilfsschülerfamilien an der Bevölkerung; und wenn das so weitergeht, wird in verhältnismässig wenigen Generationen ein unerhörter geistiger Tiefstand eintreten. »[13])

Solche Feststellungen sind doch klare Beweise für die *durchschnittliche* Minderwertigkeit dieser untersten proletarischen Klasse, womit noch kein Werturteil über *den* ungelernten Arbeiter ausgesprochen sei. Viele dieser Menschen sind gegen ihren Willen, aus Mangel an andern Existenzmöglichkeiten, auf dieses tiefe soziale Niveau hinabgedrängt worden. Die Tatsache aber, dass die meisten Ungelernten sehr schwer organisierbar sind, beweist doch

---

[12]) *Müller*, a. a. O. S. 123.
[13]) *Lenz*, Biologie und Erziehung, München 1925, S. 35.

auch wieder einen gewissen Mangel an *durchschnittlicher* Begabung.

Es kann nicht bestritten werden, dass auch bei den ungelernten Arbeitern (wenigstens in den Städten) die Tendenz zur Einschränkung der Geburten besteht. Zum grössten Teil mag dies zurückzuführen sein auf die aufklärende Tätigkeit der Gewerkschaften, die damit unbewusst im Interesse der Rassebiologie tätig sind. In der Hauptsache aber haben doch die gelernten Arbeiter und der Mittelstand, also die rassebiologisch wertvollsten Teile unserer Bevölkerung, dem Zwange der sich aus einer gewissen Knappheit des Lebensraumes ihrer Klasse ergibt, früher und nachhaltiger Folge geleistet, als die auf tiefstem sozialem Niveau stehenden Bevölkerungskreise.

Daraus ergibt sich, dass der beste Kern unseres Volkes, die sozialbiologisch auftriebsfähigsten Kreise, am Bevölkerungswachstum in zunehmend geringerm Masse beteiligt sind. Die sozial ehrgeizigsten und strebsamsten Schichten der Arbeiterschaft waren es, die sich die geburtenregelnde Methode der « Neomalthusianer » zuerst zunutze machten; der klassische Beweis dafür ist durch die Schriften der « Wohlstandstheoretiker » geliefert worden.

Es würde auch stets der Nachweis gelingen, dass die *zuletzt* proletarisierten Schichten der Bevölkerung im allgemeinen die geringste Geburtenfrequenz haben, während dieses Bestreben nach unten zu an Deutlichkeit verliert und bei den untersten sozialen Schichten, sowie bei den Schwachsinnigen, den Psychopathen usw. schliesslich ganz aufhört.

Die Konsequenz aus dieser Erscheinung ist aber eine zunehmende durchschnittliche *Minderwertigkeit des Nachwuchses.* Wenn auf der einen Seite das wertvolle Nachwuchselement nach und nach (in letzter Zeit verhältnismässig rasch) versiegt, die sozialbiologisch minderwertigen Bevölkerungskreise mit unvorteilhafteren Erbanlagen aber einen stets wachsenden Anteil an der Deckung des Nachwuchsbedarfes nehmen, so kann angenommen werden, dass auch der durchschnittliche Wert des Nachwuchses abnimmt.

Man begegnet gewöhnlich dem Einwand, dass die Geburtenbeschränkung sich in einer Qualitätsverbesserung des Nachwuchses auswirken müsse, da eine geringere Kinderzahl eine bessere Pflege und Ausbildung der Geborenen ermögliche. Und weil sich der Geburtenrückgang doch bei allen Klassen bemerkbar mache, müsse

der durchschnittliche Wert des Nachwuchses eher steigen. Auf den ersten Blick hat diese Ueberlegung sicher etwas Bestechendes; sie hat sogar etwas Richtiges, wenn man jede soziale Klasse für sich betrachtet. Sie ist ebenso falsch in der Betrachtung der Gesamtbewegung. [14])

Gewöhnlich wird insofern falsch gerechnet, als man aus einer möglichen Verbesserung der Existenzbedingungen, Lebenshaltung, Pflege und Erziehung auch auf eine Qualitätsverbesserung in individual- und sozial-biologischem Sinne schliesst. Man argumentiert zum Beispiel mit dem starken Rückgang der Säuglings- und Kindersterblichkeit, vergisst aber offenbar, dass dieser Rückgang doch zu einem grossen Teil auf bessere hygienische Massnahmen zurückgeführt werden muss und dass heute zahlreiche Kinder von verminderter Lebensfähigkeit mit den Künsten der Medizin am Leben erhalten werden, die früher durch das « natürliche Ausleseverfahren » ausgemerzt worden wären. Viele davon fallen später der öffentlichen Fürsorge zur Last, füllen die Pflege- und Versorgungsanstalten und scheiden damit aus dem Kreise der produktiven Bevölkerung aus. Wenn auch in den letzten Jahren lokale Erhebungen gezeigt haben, dass sich der allgemeine Gesundheitszustand der Bevölkerung infolge besserer hygienischer Einrichtungen und Lebensweise gehoben hat, so tragen diese Ergebnisse doch nur phänotypischen Charakter. Der Genotypus braucht sich darum noch nicht verbessert zu haben. Wir können uns hier nicht näher mit diesen biologischen Problemen befassen, möchten aber doch davor warnen, aus den Symptomen, die sich auf Grund solcher Statistiken ergeben, auf eine allgemeine Verbesserung der Qualität unseres Nachwuchses zu schliessen.

Soweit die Degenerierten dem Irrenhaus, der Strafanstalt, dem Vagabundentum und dem Selbstmord verfallen, scheiden sie in der

[14]) Interessant sind auch die Leitsätze der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene, die — im Oktober 1922 in der Hauptversammlung in München angenommen — den Ausdruck der herrschenden Anschauungen wiedergeben. Wir greifen folgende zwei Thesen (17 und 18) heraus:

« Eine auf Abnahme der Geburten gerichtete Bevölkerungspolitik im Sinne des Neumalthusianismus schädigt die Auslese, da erfahrungsgemäss die Geburtenabnahme vorzugsweise bei den wertvollen Familien eintreten würde. »

« Aber auch eine rein quantitative Bevölkerungspolitik, welche, ohne auf die Unterschiede der erblichen Veranlagung Rücksicht zu nehmen, die Zahl der Geburten zu erhöhen strebt, trägt zur Abnahme der Rassentüchtigkeit bei, da alle solchen Massnahmen vorzugsweise die Fortpflanzung der minder Leistungsfähigen fördern. »

Regel von der Fortpflanzung aus. Daneben gibt es aber eine weit grössere Zahl von leichteren Formen der Degenerationsveranlagung, die sich gewöhnlich viel rascher vermehren, als der wertvollere Teil der Bevölkerung. Aus diesen Gründen mehren sich die Stimmen, die in der Fürsorgetätigkeit für geistig und körperlich Gebrechliche, für Trinker und Verbrecher usw. Massnahmen von sehr zweifelhaftem Wert erblicken, die sogar nach Vorkehren rufen, um eine weitere Fortpflanzung der Degenerierten zu verhindern. So sagt zum Beispiel *Grotjahn:* « Erst wenn wir den Lungenkranken die Möglichkeit abschneiden, ihre körperliche Minderwertigkeit auf dem Wege der Vererbung weiterzugeben, dürfen wir ihnen Massnahmen ärztlicher, pflegerischer, sozialhygienischer und wirtschaftlicher Art angedeihen lassen, ohne fürchten zu müssen, damit der Gesamtheit mehr Schaden als Nutzen zu stiften. » [15])

Schon vor 25 Jahren schrieb Prof. *v. Speyr,* dass viele Geisteskranke, die früher durch Selbstmord, Erschöpfung usw. zugrundegegangen wären, durch bessere Pflege vor dem Untergang bewahrt bleiben und soweit sie nicht interniert werden, sich an der Fortpflanzung beteiligen können. « Indem ferner Kranke oder krankhaft Veranlagte am Leben bleiben, wird manchem wieder die Möglichkeit geboten, eine belastete Nachkommenschaft zu erzeugen. » [16])

Von grösster Wichtigkeit ist dieses Problem vor allem für die *Volkswirtschaft.* Für geistig, körperlich und moralisch Minderwertige haben Staat und Gemeinden alljährlich viele Millionen zu leisten. Die aus erblicher Anlage Minderwertigen bevölkern weitaus zum grössten Teil die Irrenhäuser, Besserungsanstalten, Gefängnisse, ferner viele Sanatorien, für die ein ganzes Heer von Aerzten, Wärtern, Aufsehern, Polizisten und Richtern zu besolden ist. Die mittelbaren Lasten, die solche unglückliche Kreaturen sich und ihren Nebenmenschen verursachen, sind wohl kaum geringer zu veranschlagen. So dient ein grosser und stets wachsender Teil der sozialen Last der Erhaltung eines hoffnungslos minderwertigen Menschenschlages, der für den Bestand und die Kräftigung unseres beruflichen Nachwuchses kein geringes Hindernis bilden dürfte.

---

[15]) *Grotjahn,* Die Hygiene der menschlichen Fortpflanzung, Berlin 1926, zit. bei Stoll a. a. O., S. 7.

[16]) Hdwb. der Schweiz. Volkswirtschaft, Art. Irrenwesen, II. Bd., S. 688.

Der Rückgang der Quantität der Geburten scheint demnach auch zu einem Qualitätsproblem zu werden, dessen Lösung nicht sehr leicht sein dürfte. Zwei Wege sind dafür vorgeschlagen worden, einmal gesetzliche Massnahmen zur Verhinderung der Fortpflanzung minderwertiger Personen (Internierung, Sterilisierung und Eheverbote für Alkoholiker, Verbrecher, Psychopathen und erblich belastete Kranke) und zweitens Massnahmen zur Förderung der qualitativ guten Geburten (Kinderbeihilfe, Haushaltzulagen, Heimstättenbeschaffung, Boden- und Steuerreform). Es dürfte relativ leichter sein, die Minderwertigen von der Fortpflanzung abzuhalten, als die eugenisch Tüchtigen für eine Erhöhung der Geburtenzahl zu gewinnen, schon deshalb, weil ersteres keine finanziellen Belastungen für die Oeffentlichkeit darstellt. Infolge einer für die Förderung der Geburten ungünstigen Sozial- und Wirtschaftsordnung wird daneben weiterhin ein wertvolles Erbgut brachliegen. Zu einer Entartung der Menschheit, wie sich die Selektionisten die künftige Entwicklung vorstellen, braucht es deshalb noch nicht zu kommen; dagegen ist es nicht unwahrscheinlich, dass nach und nach eine relative Verarmung an wertvollen Rasseelementen eintreten wird.

An der bisherigen Entwicklung gemessen scheint es zwar fraglich zu sein, ob die Befürchtungen der Rassehygieniker eintreffen werden. Man könnte auch geltend machen, dass die obern sozialen Schichten von jeher eine geringere Fruchtbarkeit aufwiesen, als die proletarischen Klassen. Trotzdem hat sich die Bevölkerung nicht verschlechtert. Wenigstens ist es bis jetzt noch nicht gelungen, für eine allgemeine qualitative Verschlechterung der Bevölkerung den Nachweis zu erbringen. Der allgemeine Kulturaufstieg, der Rückgang der Sterblichkeit usw. könnten eher als Beweise für das Gegenteil gelten. Allerdings ist es bis heute auch noch nicht gelungen, dafür den Nachweis zu liefern, dass eine Abnahme der Geburten zu einer Qualitätsverbesserung führt.

Wir glauben indessen, dass diese grossen Erörterungen im Rahmen des Nachwuchsproblems überhaupt nicht die Rolle spielen, die man ihnen oft beimisst. Die Bestrebungen der Rassehygieniker haben zwar insofern ihre Berechtigung, als geeignete Massnahmen zur Einschränkung der Uebertragung ungünstiger Erbanlagen auf die Nachkommenschaft der Oeffentlichkeit schwere Lasten abnehmen könnten. Dass aber infolge einer *angenommenen*

Qualitätsverschlechterung des Nachwuchses der Wirtschaft ein direkter Schaden entstehen könnte, ist kaum zu erwarten.

Wirtschaft und Gesellschaft fordern schon aus technischen Gründen eine Stufenfolge von Ueber- und Unterordnung.[17]) Unter der Voraussetzung, dass jeder Mensch genau seiner persönlichen Qualifikation entsprechend in den Gesellschaftsaufbau eingegliedert werden müsste, würde sich sofort zeigen, dass dies nicht durchführbar wäre, weil stets mehr Menschen zu übergeordneten Stellen befähigt sind, als es solche Stellungen gibt. Unter 1000 Arbeitern einer Fabrik wären sicher viele zu finden, die ebensogut oder noch besser befähigt sind, in der Fabrikleitung zu sitzen, als die tatsächlichen Leiter.[18])

Schon diese kurze Ueberlegung zeigt uns, dass der qualitativen Seite des Problems im Rahmen der beruflichen Nachwuchsfragen nicht die Bedeutung zukommt, die man ihr oft zulegt. Wir waren indessen gezwungen, auf die Frage näher einzutreten, weil es weite Kreise gibt, die aus einer möglichen Kombination von Geburtenrückgang mit Verminderung der durchschnittlichen Qualität des Nachwuchses ungünstige Folgen für die Wirtschaft ableiten wollen.

Am nötigen Rüstzeug fehlt es unserm Nachwuchs im allgemeinen nicht, denn wir haben für die sogenannten höhern Berufe immer zuviele Anwärter, so dass es auch bei gesteigerten Anforderungen der Wirtschaft nicht möglich sein wird, alle ihren Fähigkeiten und Kenntnissen im Wirtschaftsprozess entsprechend zu verwenden. Leider gibt es aber auch zu viele Unfähige auf verantwortungsvollen Posten, die den Besserqualifizierten den Aufstieg verunmöglichen.

10. DIE FRAGE DES NACHWUCHSBEDARFES

Die Berufsstatistik von 1920 hat festgestellt, wie sich die schaffenden Kräfte unseres Volkes auf die einzelnen Wirtschaftszweige und Berufe verteilen. Sie hat uns aber auch Anhaltspunkte gegeben für die strukturellen Veränderungen im vorausgegangenen Jahrzehnt, denn die Bilder, die wir mit solchen Querschnitten durch Volk und Wirtschaft gewinnen, geben uns neben dem Einblick in

[17]) Nicht zu verwechseln mit Gesellschaftsklassen.

[18]) Voraussetzung wäre die entsprechende Ausbildung. Wenn wir von *Fähigkeiten* sprechen, so sind darunter die auf Erbanlage gegründeten persönlichen Qualitäten verstanden.

die jeweilige Zusammensetzung auch gewisse Möglichkeiten einer Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Dynamik. Man wird die Ergebnisse der verschiedenen Berufszählungen zwar stets mit einer gewissen Vorsicht miteinander vergleichen müssen. Neben methodologischen Erwägungen spielt der Umstand eine Rolle, dass die Berufszählungen im Winter, also zur Zeit einer saisonmässigen Beeinflussung der Arbeitsmarktlage vieler Berufe (Baugewerbe, Landwirtschaft, Gastwirtsgewerbe usw.), durchgeführt werden. Ferner wird man berücksichtigen müssen, dass bei Stichtagserhebungen, die in längern Intervallen erfolgen, zufällige Konjunkturschwankungen viel schärfer hervortreten, als bei einer fortlaufenden Beobachtung. Die Berufszählungen geben daher selten ein « reines » Bild der Dynamik der Wirtschaft; jedenfalls können sie für eine Beurteilung der Entwicklungstendenzen nur bedingt in Betracht fallen.

Für die Beantwortung der Frage nach dem Nachwuchsbedarf der einzelnen Berufe liefert uns die Berufsstatistik hauptsächlich zwei Grundlagen in der Feststellung des *Altersaufbaues* der berufstätigen Bevölkerung und durch die Zählung der *berufstätigen Ausländer*. Wir haben bereits erwähnt, dass Berufe mit einer relativ kleinen Quote von jugendlichen Berufstätigen und einer hohen Ueberfremdungsziffer gewöhnlich nachwuchsarm sind und einen verstärkten Zuzug an einheimischen Jugendlichen vertragen könnten, während Berufe mit einem höhern Prozentsatz an Jugendlichen und relativ wenig ausländischen Arbeitskräften meist als überfüllt gelten müssen. Diese Feststellungen ermöglichen aber noch keineswegs eine Lösung des Nachwuchsproblems. Auch die Erkenntnis, dass wir für die erste Hälfte des nächsten Jahrzehnts mit einem starken Ausfall an Schulentlassenen zu rechnen haben, kann uns nicht genügen. Erst aus einer eingehenden jährlichen oder sogar vierteljährlichen Beobachtung der gesamten Berufsbewegung würde sich ein wertvolles Material für die Beurteilung des Nachwuchsbedarfes ergeben. Vor allem ist die Feststellung der Zahl der Lehrlinge (nach Berufen und nach Lehrjahren) ein unbedingtes Erfordernis. Auf allen diesen Gebieten sind vom Eidgenössischen Arbeitsamt bereits bedeutungsvolle Versuche gemacht worden, die allerdings noch einen grossen Mangel aufweisen, nämlich den, dass sie kein Gesamtbild der Entwicklung, sondern nur einen Ausschnitt darstellen. Arbeitsmarkt-, Wanderungs- und Lehrlingsstatistik er-

fassen nur einen Teil der in Betracht fallenden Personen, und was unsere Konjunkturstatistik oder gar die Produktionsstatistik bis heute zur Darstellung gebracht hat, ist keineswegs geeignet, zuverlässige Anhaltspunkte für eine Beurteilung der jeweiligen Lage und der nähern oder weitern Zukunft zu bieten. So ist das Material, das sich aus Tatsachen gewinnen liesse, äusserst dürftig und bedarf im Interesse einer bessern Erkenntnis der Strukturwandlungen unserer Wirtschaft und der Berufsdynamik dringend der Ergänzung und vor allem eines Ausbaues nach einheitlichen Grundsätzen.

Bevor wir auf einzelne Berechnungsmethoden eintreten, möchten wir einige grundsätzliche Bemerkungen vorausschicken.

1. Berechnungen über den Facharbeiter-Nachwuchs und den Nachwuchsbedarf sollten sich nicht auf Voraussetzungen aufbauen, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen. Solche Fiktionen sind zum Beispiel alle Annahmen, die sich auf lokale Verhältnisse stützen und damit die Einflüsse der Wanderbewegung ignorieren.
2. Das zur Verfügung stehende Zahlenmaterial aus dem Jahre 1920 (letzte Berufsstatistik) muss als veraltet angesehen werden und kann für eine Nachwuchsberechnung nur als Erläuterungsmaterial dienen.
3. Alles Zahlenmaterial, es mag noch so gründlich durchgearbeitet sein, darf nie zur Vernachlässigung anderer Momente verleiten, denn die meist unberechenbaren, exogenen Faktoren (Konjunkturverlauf, Wanderungen usw.) erschweren eine exakte Untersuchung und Klärung in hohem Masse.
4. Die Frage des Berufswechsels, über die keinerlei statistische Unterlagen vorhanden sind, wird für viele Berufe eine bedeutende Rolle spielen: sie kann aber nur als Erklärungsmoment berücksichtigt werden.
5. Wir kennen die Zahl der gelernten, angelernten und ungelernten Arbeitskräfte in den einzelnen Berufen ebensowenig wie die Berufssterblichkeit; wir wissen nur, dass in verschiedenen Berufen stark voneinander abweichende Verhältnisse vorliegen.
6. Auch die Anfangsbestände der einzelnen Berufe, d. h. die Zahl der Personen, die jedes Jahr von der Schule kommen und

einen Beruf ergreifen, sind unbekannt. Selbst alljährlich durchgeführte Lehrlingsstatistiken oder Lehrlingskontrollen der Kantone müssen wir unter den heutigen Umständen als ungenügend betrachten. Sie können höchstens eine Entwicklungslinie darstellen, keineswegs aber den vollen Nachwuchsbestand feststellen.[1])

Mangels ausreichender, empirisch gewonnener Unterlagen sind wir vorläufig gezwungen, auf theoretischem und hypothetischem Wege eine Lösung zu suchen.

Im Vordergrund steht offenbar die Frage, ob der Geburtenrückgang und der Rückgang an erwerbsfähigem Nachwuchs in der ersten Hälfte des nächsten Jahrzehnts zu einem generellen Arbeitermangel führen wird. Geht man davon aus, dass im Jahre 1929, der letzte einigermassen vollbesetzte Jahrgang (1914) ins Erwerbsleben eintritt, so ergibt sich unter Zugrundelegung der heutigen Absterbeordnung für die Jahre 1930—1934 ein Gesamtausfall von zirka 75,000 Jugendlichen gegenüber 1920—24 und von zirka 55,000 gegenüber 1926—30.[2]) Der Geburtenrückgang der Vorkriegszeit macht sich also heute schon bemerkbar, wenn auch nicht in sehr fühlbarer Weise.[3])

Die fünf letzten Vorkriegsjahrgänge an Lebendgeborenen (1910 bis 1914) bringen uns jedenfalls keinen verstärkten Zuwachs an Erwerbstätigen, so dass der spätere Ausfall um so empfindlicher wird. Rechnet man hinzu, dass der Zustrom vom Ausland wahrscheinlich nach und nach zurückgehen wird und dass wir heute schon in einzelnen Berufen einen empfindlichen Facharbeitermangel haben, so wird man bei gleichbleibender Wirtschaftslage nicht nur mit einem Lehrlingsmangel, sondern allgemein mit einem Mangel

---

[1]) Nach der *Berufsstatistik* vom 1. Dezember 1920 gab es zum Beispiel im Kanton Bern 11,973 Lehrlinge (9623 gewerbliche und 2350 kaufmännische).

Die *Direktion des Innern* (Handels- und Gewerbekammer) führte Ende 1920 nur über 7206 Lehrverhältnisse (6046 gewerbliche und 1160 kaufmännische) eine Kontrolle; es wurden also 4767 oder 40 Prozent der Lehrverhältnisse *nicht kontrolliert.*

[2]) Tabellen S. 80/81 und 84.

[3]) Es ist zum Beispiel auffallend, dass die Zahl der neu abgeschlossenen kontrollierten Lehrverhältnisse im Kanton Bern von 1926 auf 1927 um rund 300 oder 6 Prozent zurückgegangen ist. Als weiteres Symptom könnte man auch die zahlreichen Lehrstellenangebote im Inseratenteil der Zeitungen betrachten. Teilweise wird diese Erscheinung zwar mit der Besserung der Wirtschaftslage zusammenhängen.

an jugendlichen Arbeitern rechnen müssen, d. h. unsere Wirtschaft braucht für die nächsten Jahre wahrscheinlich mehr Arbeitskräfte, als tatsächlich zur Verfügung stehen werden.

Die Lage des Lehrstellenmarktes und des Arbeitsmarktes für Jugendliche wird sich also, vom Standpunkt der Stellensuchenden, in nächster Zeit günstig gestalten. Damit wird möglicherweise auch eine verhältnismässig grössere Zahl von Jugendlichen Gelegenheit erhalten, einen Beruf ordnungsmässig zu erlernen. Ob dies tatsächlich geschieht, ist zum Teil eine Frage der Erziehung zur Berufswahl.

Gelingt es, durch geeignete Massnahmen den zahlenmässig verringerten Nachwuchs dem Bedarf entsprechend ins Wirtschaftsleben einzugliedern, dann können die Auswirkungen des Geburtenrückganges jedenfalls wesentlich gemildert werden. Andernfalls werden wir gewärtigen müssen, dass bereits überfüllte Berufe nach wie vor einen starken Zustrom an Jugendlichen erhalten, während der Nachwuchs für die gemiedenen Berufe noch stärker zurückgeht.

Aus dieser Erkenntnis ergibt sich zwangsläufig die Frage nach dem Nachwuchsbedarf, den man vor allem für die Facharbeiterberufe feststellen möchte. Vorläufig ist man in Fachkreisen noch zu keiner einheitlichen Methode der Berechnung des Nachwuchsbedarfes gekommen, obwohl man sich namentlich in Deutschland aus naheliegenden Gründen eifrig mit diesem Problem abgibt. Zahlreiche Lösungsversuche zeugen vom Interesse und oft von sehr originellen Auffassungen über die Möglichkeit der Berechnung des Nachwuchsbedarfes.

Man könnte zum Beispiel versucht sein, den Nachwuchsbedarf auf Grund des Altersaufbaues sämtlicher Berufstätigen unseres Landes zu berechnen, indem man die Besetzung der untersten Altersstufen als ausreichend für den gesamten Nachwuchsbedarf betrachtet. Da nach der Berufsstatistik von 1920 in der Altersstufe 15—19 Jahre 12,7 % männliche und 19,0 % weibliche Berufstätige vorhanden waren, müsste ein jährlicher Nachwuchs von rund 2,5 % bzw. 4 % zur Deckung des Nachwuchsbedarfes genügen. Diese Rechnung weist aber verschiedene Mängel auf, da sie die internationale Wanderung und die Struktur der einzelnen Berufe nicht berücksichtigt. Man wird ausserdem in Betracht ziehen müssen, dass viele Berufe (akademische Berufe, Erzieherberufe, Beamte usw.) eine längere Ausbildungszeit erfordern, und dass dieser Nachwuchs bei

den 15—19jährigen noch gar nicht in Rechnung gestellt ist. Auch waren z. B. im Jahre 1920 bei sämtlichen männlichen Berufstätigen nur 12,7 % in dieser Altersstufe, bei den männlichen Berufstätigen in Fabriken aber 16,4 %, in Werkstätten 15,3 %. Man käme also hier schon auf eine jährliche Nachwuchsquote von über 3 %. Ferner ist in Betracht zu ziehen, dass selbst bei einer richtigen Verteilung der Berufstätigen auf die einzelnen Berufe, der einheimische Nachwuchs nicht ausreichen würde, um den Bedarf zu decken, da in der Schweiz (normale Entwicklung vorausgesetzt) viele Berufe einen Zustrom vom Auslande her nötig haben.

Greifen wir die Metallindustrie heraus, so sehen wir, dass im Jahre 1920 in der Altersstufe 15—19 Jahre nicht weniger als 17,5 % der Berufstätigen dieser Berufsgruppe zu finden sind, d. h. in der einjährigen Altersstufe durchschnittlich 3,5 %.

Im Jahre 1920 betrug nach dieser Berechnung der Prozentsatz des vorhandenen Nachwuchses bei den Schlossern (bis heute allerdings ein überfüllter Beruf) 4,3, bei den Schmieden 2,9 %. Bei den Chauffeuren, bekanntlich ein Beruf, der erhöhte Verantwortlichkeit und infolgedessen ein reiferes Alter erfordert, der aber später viel Zuzug erhält, haben wir in der Altersstufe 15—19 im Jahresdurchschnitt weniger als 1 % Berufstätige.

Es wäre offenbar irreführend, wollte man bei der Berechnung des Nachwuchsbedarfes von einer Grundlage ausgehen, bei der die besondern Verhältnisse der einzelnen Berufe und Berufsgruppen, namentlich das äusserst wichtige Moment des Berufswechsels zwischen verwandten Berufen (z. B. Mechaniker-Chauffeure), nicht berücksichtigt ist.

Ferner wäre es sehr interessant, zu wissen, welche Betriebe ihren beruflichen Nachwuchs selbst heranbilden. Man darf wohl annehmen, dass diese Heranbildung in den industriellen Betrieben nur für die eigentlichen Facharbeiterberufe geschieht, während die meisten Betriebshandwerker aus den Handwerksgewerben stammen. Das Handwerk hat also im allgemeinen nicht nur für die Heranbildung des eigenen Nachwuchses zu sorgen, sondern auch für den Nachwuchs an Betriebshandwerkern für die Industrie.

Für die Beurteilung des Nachwuchsbedarfes und der Lehrlingshaltung scheint es jedenfalls nicht unwesentlich, ob der zu erlernende Beruf vorwiegend im eigenen Wirtschaftszweig ausgeübt werden kann, oder ob es sich um einen Beruf handelt, der in ver-

schiedenen Wirtschaftszweigen benötigt wird. Im erstern Falle sind die Aussichten, die der Beruf bietet, von der Lage dieses einen Wirtschaftszweiges abhängig, während im andern Falle, auch bei strukturellen Krisen und Depressionen, immer Beschäftigungsmöglichkeiten in andern Wirtschaftszweigen vorhanden sind. Man wird diese Verhältnisse bei der Berufswahl und bei der Berechnung des Nachwuchsbedarfs immer in Betracht ziehen müssen. Im Jahre 1920 waren zum Beispiel 15 % sämtlicher Handwerker nicht im eigenen Handwerk tätig. Von den Schlossern waren nur zirka $\frac{1}{3}$ in der Bau- und Kunstschlosserei, die übrigen $\frac{2}{3}$ in allen möglichen Erwerbszweigen beschäftigt. Es ist klar, dass in solchen aussergewöhnlichen Fällen die *Nachwuchsquote*, d. h. die Zahl der jugendlichen Arbeiter, im Verhältnis zur Zahl der im gleichen Erwerbszweig beschäftigten Arbeiter entsprechend grösser sein muss, um den Nachwuchsbedarf eines Berufes zu decken.

Normalerweise wird man mit einem jährlichen Nachwuchs von 3,5—4 % des jeweiligen Bestandes an männlichen Berufstätigen rechnen dürfen. Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt man auf folgende Weise: Nach der Absterbeordnung von 1920/21 wären von 100 männlichen Jugendlichen im Alter von 15 Jahren nach weitern 50 Jahren (angenommenes arbeitsfähiges Grenzalter) noch etwas mehr als die Hälfte (53,7 %) am Leben, d. h. bei einem Anfangsbestand von 186 wären im 65. Altersjahr noch zirka 100 « arbeitsfähig ». Um die Gesamtzahl der Arbeiter eines Berufes dauernd auf gleicher Höhe zu halten, müssten demnach durchschnittlich nicht ganz 4 % Jugendliche pro Jahr neu in den Beruf eintreten. Bei dreijähriger Lehrzeit müssten also 11—12 %, bei vierjähriger Lehrzeit 14—16 % Lehrlinge auf den jeweiligen Bestand an gelernten Arbeitern kommen.

Unter der Voraussetzung, dass alle Jugendlichen, die in einen Beruf eintreten, eine Lehre durchmachen müssten, dass ferner der betreffende Beruf nicht später Zuzug erhält oder Verluste erleidet durch Auswanderung, und dass der Abgang durch Tod oder Invalidität überall ungefähr gleich gross ist, liesse sich also rechnungsmässig feststellen, wie gross der jährliche Nachwuchs sein müsste, um den Arbeiterbestand fortwährend auf gleicher Höhe zu halten.

Diese Voraussetzungen treffen aber nur in den seltensten Fällen zu und können deshalb höchstens als grober Massstab zur Anwendung gelangen.

Eine andere Methode hat Prof. *Toussaint* [4]) versucht, indem er für die Berliner Metallindustrie den notwendigen Nachwuchs berechnete. Er stellte für 12 verschiedene Berufe der Metallbranche ein Durchschnittsalter von 47,5 Jahren fest, zog davon die Zahl der Lebensjahre bis zum Lehrantritt (14 Jahre) ab und setzte die Lehrzeit zum durchschnittlichen Berufsalter (Lebensjahre minus 14 Jahre) ins Prozentverhältnis.

Durch Untersuchungen über die Zahl der Facharbeiter, des Durchschnittsalters und unter Hinzufügung eines Sicherheitskoeffizienten für Berufswechsel wird nach der Methode Toussaint der Sollbestand an Lehrlingen auf je 100 Facharbeiter eines Berufes berechnet. Der Sollbestand wird dann dem Istbestand gegenübergestellt, wobei man durch Ermittlung der Differenz zur Forderung nach Vermehrung oder Verminderung der Zahl der Lehrlinge kommt.

Die Formel müsste dann lauten:

$$L = \frac{Z \cdot 100}{A - A^1} + Bx$$

wobei
- L = Lehrlings-Sollbestand (gesucht)
- Z = Lehrzeit
- A = durchschnittliches Lebensalter
- A^1 = Erziehungsalter (meist 15 Jahre)
- Bx = Berufswechsel-Koeffizient

oder, wenn wir ein konkretes Beispiel nehmen (Mechaniker)

$$L = \frac{4 \cdot 100}{47 - 15} + 20\,\% = 15$$

Ein Betrieb mit 100 Mechanikern, die alle eine vierjährige Lehre durchmachen, müsste also einen durchschnittlichen Bestand von 15 Mechaniker-Lehrlingen haben, damit er den notwendigen Nachwuchs selbst heranbilden kann.

Solche Berechnungen sind aber immer an Grundlagen geknüpft, die sich nur in den seltensten Fällen feststellen lassen. Grosse Schwierigkeiten wird z. B. die Festsetzung des Durchschnittsalters

[4]) *Toussaint*, Der Facharbeiternachwuchs in der Metallindustrie, Zeitschrift Maschinenbau, 1922/23, Heft 17.

eines Berufes verursachen. Niemals wird dies nur für die Arbeiter eines einzigen Betriebes oder nur lokal erfolgen dürfen. Ausserdem wird die Erfassung der gelernten Facharbeiter eines Berufes und der zugehörigen Lehrlinge nur in wenigen Berufen gelingen, in denen zwischen gelernter, angelernter und ungelernter Arbeit genau unterschieden werden kann. In der überwiegenden Zahl der Fälle wird eine solche Unterscheidung kaum durchführbar sein, da die Grenzen zwischen gelernten Arbeitern und Hilfsarbeitern mit der wachsenden Spezialisierung der Berufe immer mehr verschwinden.

Solange wir keine zuverlässige Statistik über die Berufswechsel haben, sind die Grundlagen für die Festsetzung eines Berufswechsel-Koeffizienten offenbar ganz ungenügend; jedenfalls wird man diese Frage noch genauer prüfen müssen. Ein überfüllter Beruf hat zum Beispiel einen stärkern Berufswechsel als ein Mangelberuf. Wird nun aber diese erhöhte Berufsabwanderung durch eine vermehrte Lehrlingshaltung wieder kompensiert, was bei *Hinzurechnung* eines höhern Koeffizienten der Fall wäre, so scheint der Wert der Berufsbedarfsberechnung gering zu sein, und die bezüglichen Massnahmen wären überhaupt illusorisch.

Geht man aber davon aus, dass normalerweise ein jährlicher Nachwuchs von 3,5—4 % für die Deckung des Nachwuchsbedarfs genügen sollte, so wird man zunächst die Abweichungen von dieser Normal-Nachwuchsquote feststellen und durch eine Vermehrung oder Verminderung der Lehrlingshaltung die nötigen Korrekturen anbringen müssen.

Wenn wir sagten, dass der normale *jährliche* Nachwuchs zirka 4 % des jeweiligen Bestandes betragen müsse, so gilt dies in gewissem Sinne auch für die im Anlernverfahren auszubildenden Arbeitskräfte, d. h. bei sechsmonatiger Anlernzeit benötigt der betreffende Beruf 2 %, bei dreimonatiger Anlernzeit nur 1 % Anzulernende auf je 100 Arbeiter der gleichen Kategorie.

Diese Quote gilt natürlich nur für den Nachwuchs an männlichen Arbeitern. Für weibliche Berufstätige kann der Nachwuchs bedeutend stärker sein, da die Frauen durchschnittlich früher aus dem Berufsleben ausscheiden. Von 100 berufstätigen Frauen im Alter von 15 bis 19 Jahren sind nach 15 Jahren (d. h. im Alter von 30 bis 34 Jahren) durchschnittlich nicht einmal mehr die Hälfte im Berufsleben; die weiblichen Berufstätigen in Fabriken reduzieren sich für die gleichen Jahrgänge sogar auf ein Viertel.

Während bei den männlichen Berufstätigen im Jahre 1920 12,7 % in der Altersstufe 15 bis 19 Jahre gezählt wurden, betrug die Quote der weiblichen 19,0 %; in der Altersstufe 30 bis 34 Jahre waren noch 10,4 %, bzw. 8,6 % Berufstätige.

Das zweifellos wichtige Problem des Facharbeiternachwuchses ist noch zu sehr im Stadium der Versuche, als dass eine kritische Bewertung der einzelnen Berechnungsmethoden angezeigt wäre. Jedenfalls ist der Nachwuchsbedarf auch abhängig von der zukünftigen Gestaltung des Konjunkturablaufes, vom Ausbau der Arbeitsmethoden und der daraus resultierenden Beeinflussung der Berufsbewegung.

Beim weitern Ausbau der Untersuchungsmethoden wird man diese Momente, soweit sie erfassbar sind, mitberücksichtigen müssen. Die unberechenbaren äussern Einflüsse (Konjunkturschwankungen, Wanderbewegungen usw.) bedeuten zwar für eine exakte Untersuchung und Klärung des Problems eine wesentliche Erschwerung.

Eine zuverlässige Berechnungsmethode wird auch die Tatsache berücksichtigen müssen, dass viele Berufe sogenannte Schlüsselberufe[5]) sind.

Diese Berufsbedarfsberechnungen wollen aber nicht nur zahlenmässig feststellen, wie gross der künftige Bedarf an Arbeitskräften in den einzelnen Berufsgruppen ist, sie wollen auch unter Berücksichtigung der längern oder kürzern Ausbildungszeit den Nachwuchs so in das Wirtschaftsleben eingliedern, dass der einzelne nach beendeter Ausbildung in seinem Berufe hinreichend Arbeit und auch erstrebenswerte Aufstiegsmöglichkeiten findet. So schwer auch bei den heutigen Verhältnissen, namentlich aus Mangel an genügend zuverlässigen statistischen Unterlagen, solche Berechnungen durchführbar sind, so darf uns das nicht entmutigen, diesen Versuchen über die Feststellung des Berufsbedarfs alle Aufmerksamkeit zu schenken. Wir wollen ihren Wert aber auch nicht überschätzen, denn die wirtschaftliche Entwicklung ist so vielen Schwankungen unterworfen und von so vielen Imponderabilien abhängig, dass die besten statistischen Berechnungen auf diesem Gebiete eben nur Annäherungswerte ergeben können. Ebenso falsch ist es aber, den Wert berufsstatistischer Unterlagen für eine weitschauende Berufspolitik

---

[5]) Man versteht darunter Berufe, die den Grundberuf für einen Spezialberuf bilden (Schlosser, die später Heizer, Lokomotivführer usw., Mechaniker, die Chauffeure, Kranführer usw. werden).

in Abrede zu stellen und auch für die Zukunft rein gefühlsmässig Berufspolitik treiben zu wollen, wie das durch die Festsetzung von Höchstzahlen für die zu haltenden Lehrlinge gelegentlich geschieht.

Wichtiger als alle theoretischen Erörterungen über die verschiedenen Methoden der Berechnung des Nachwuchsbedarfes wäre offenbar eine fortgesetzte Beobachtung des tatsächlichen Nachwuchses in Verbindung mit einer Analyse der Krankheitssymptome der einzelnen Berufe und eine Beobachtung der Konjunkturschwankungen. Es ist wirklich bedauerlich, dass wir bis heute nicht einmal in der Lage waren, die Zahl der jedes Jahr zur Schulentlassung kommenden Jugendlichen, ferner die Lehreintritte und Lehrentlassungen für die wichtigsten Berufe festzustellen und die entsprechenden Massnahmen für eine annähernd richtige Verteilung auf die einzelnen Berufe vorzunehmen.

Wir müssen allerdings zugeben, dass noch zahlreiche Hindernisse zu überwinden sind, bis sich unsere 25 souveränen Kantone von der Wichtigkeit und wirtschaftlichen Notwendigkeit solcher Erhebungen überzeugen lassen. Es scheint aber, dass man bis heute überhaupt noch nie einen umfassenden Versuch gemacht hat, in der Frage des beruflichen Nachwuchses und des Nachwuchsbedarfes Klarheit zu schaffen.

Neuerdings versucht nun das Eidgenössische Arbeitsamt, solche Erhebungen über die Zahl der jedes Jahr zur Entlassung kommenden Lehrlinge durchzuführen, stösst dabei aber auf grosse Schwierigkeiten, die hauptsächlich darin bestehen, dass es immer noch einzelne Kantone gibt, die keine Lehrlingskontrolle führen.

Es muss bei dieser Gelegenheit auch einmal der weit verbreiteten Ansicht entgegengetreten werden, dass eine verstärkte Nachfrage nach Lehrlingen in einem Berufe auf einen vermehrten Nachwuchsbedarf zurückzuführen sei. *Lehrlingsbedarf ist nicht Nachwuchsbedarf.* Je nachdem die Einstellung von Lehrlingen für die einzelnen Lehrherren wirtschaftlich ist oder eine ökonomische Belastung bedeutet, wird die Nachfrage auf dem Lehrstellenmarkt stärker oder geringer sein. Nicht selten ist die Erscheinung, dass eine eigentliche *Lehrlingszüchterei* für ganze Berufsgruppen besteht. Wir erinnern nur an die kaufmännischen und Bureauberufe, Bäcker, Mechaniker u. a., die nicht nur zahlenmässig zuviele Lehrlinge aufweisen, sondern sehr oft auch eine ungenügende berufliche Ausbildung vermitteln. In solchen Fällen ist es gewöhnlich nicht das

berufspolitische Interesse, das zu einer vermehrten Lehrlingshaltung führt, sondern das Bestreben einzelner Arbeitgeber, in den Lehrlingen billige Arbeitskräfte zu halten. Daraus erklärt sich wiederum die häufige Erscheinung der mangelhaften Ausbildung, da die Lehrlinge zu allen möglichen Hilfsarbeiten verwendet werden, die nicht zur beruflichen Ausbildung gehören.

Ueber den Umfang der Lehrlingszüchterei zuverlässige Zahlen zu erhalten, ist sehr schwer, da unseres Wissens eine Erhebung über die Zahl der Lehrlinge in Verbindung mit der Zahl der gelernten Arbeiter, bzw. Angestellten in grösserem Umfange noch nicht durchgeführt wurde. Dagegen sind zahlreiche Einzelfälle bekannt, aus denen hervorgeht, dass die Zahl der Lehrlinge oft grösser ist als diejenige der im gleichen Betriebe beschäftigten Facharbeiter.

Im Jahre 1927 hat der Schweizerische Kaufmännische Verein eine Enquete durchgeführt, aus der hervorging, dass bei denjenigen Betrieben, die überhaupt kaufmännische Lehrlinge ausbildeten, auf 3 bis 4 Angestellte ein Lehrling kam, d. h. auf 100 Angestellte wurden 25 bis 33 Lehrlinge gezählt. Je nachdem nun die Zahl der übrigen Betriebe, bzw. Angestellten sehr gross oder geringer ist, könnte aus dieser Erhebung auf die Lehrlingshaltung im allgemeinen geschlossen werden. Da diese Zahlen aber nicht bekannt sind, ist das Resultat dieser Enquete für eine Beurteilung des Nachwuchses wertlos. Interessanter ist in diesem Zusammenhange die Beurteilung der Verhältnisse durch das Zentralkomitee des S. K. V. Anlässlich der Delegiertenversammlung des S. K. V. vom 4./5. Mai 1928 wurde nämlich behauptet, dass der jährliche Nachwuchs für Handel und Verwaltung zirka 3000 Jugendliche (2000 Lehrentlassene und 1000 Schulabgänger) betrage. Diese Berichterstattung beruht offenbar auf einem schweren Irrtum. Schon im Jahre 1920 betrug die Zahl der kaufmännischen und Bureaulehrlinge über 15,000, d. h. bei einer durchschnittlichen dreijährigen Lehrzeit hatten wir 1920 mehr als 5000 Lehrentlassene pro Jahr. Seither hat die Lehrlingshaltung in kaufmännischen und Bureaubetrieben um mindestens 20 % zugenommen [6]). Man wird also heute mit zirka 6000 Lehrentlassenen pro Jahr rechnen dürfen, eine Zahl, die dreimal so gross ist wie die geschätzte. Aehnliche Verhältnisse liegen bei den Schulabgängern

[6]) Im Kanton Bern betrug die Zunahme bei den Gesamtzahlen der kaufmännischen Lehrlinge und bei den Lehrlingsprüfungen von 1920—1926 zirka 50 Prozent.

vor. Anstatt die vom S. K. V. geschätzten 1000 haben wir zirka 3000 Schulabgänger aus öffentlichen und privaten Handelsschulen.[7]) Im Total beträgt der jährliche Nachwuchs in Handel und Verwaltung zirka 9000, eine Zahl, die unseres Erachtens um ein Drittel bis zur Hälfte zu gross ist.

Es ist klar, dass in denjenigen Berufen, die ihren Nachwuchs nicht ausschliesslich selbst heranbilden (Bureauberufe, verschiedene technische Berufe), die Nachwuchsquote der Lehrlinge entsprechend kleiner sein muss. Wenn man zum Beispiel feststellen kann, dass der Nachwuchs in Handel und Verwaltung sich zu zirka einem Drittel aus Schulabgängern rekrutiert, wird man die Lehrlingsquote um gleichviel, d. h. von 3 bis 4 % jährlich auf 2 bis 3 % herabsetzen müssen.

Dass die Frage des Nachwuchsbedarfes in engster Beziehung zur Produktivität der Wirtschaft und zur Sozialpolitik steht, ist wohl nicht näher zu unterstreichen. Neu ist die Systematisierung des Problems, die man im Interesse einer zweckmässigen Lösung nur begrüssen kann. Soviel uns bekannt ist, hat nur Deutschland diesen Weg beschritten, vorwiegend im Hinblick auf den in den nächsten Jahren eintretenden starken Ausfall an Jugendlichen (zirka 40 %) und im Interesse der notwendigen Ergänzung seiner Facharbeiterbestände. Man wird diese Massnahmen nicht zuletzt auch als eine Begleiterscheinung der modernen Rationalisierungsmassnahmen der deutschen Industrie betrachten dürfen.

Es wird nun noch zu untersuchen sein, ob und eventuell welche Einflüsse die Rationalisierung auf den Nachwuchsbedarf hat, bzw. ob sich aus der organisatorischen und technischen Umstellung der Wirtschaft eine veränderte Stellungnahme zum Berufswahlproblem ergibt.

11. EINFLÜSSE DER RATIONALISIERUNGSMASSNAHMEN AUF DEN NACHWUCHSBEDARF

Die Erörterungen über die Auswirkungen des Geburtenrückganges und die Nachwuchsfrage haben bereits Kritiker auf den Plan gerufen, die vor allem geltend machen wollen, dass die Rationalisierungsmassnahmen alle Berechnungen illusorisch machen werden, *da der Facharbeiter durch die vermehrte Einführung von*

[7]) Statistisches Jahrbuch der Schweiz, 1925 und 1926, Abschnitt « Bildung ».

Arbeitsmaschinen verdrängt werde, die Rationalisierung zudem generell immer mehr menschliche Arbeitskräfte überflüssig mache und damit *der kommende Mangel an Lehrlingen und jugendlichen Arbeitskräften kompensiert werde.*

Wir können in diesem Zusammenhange nicht auf die verschiedenen Rationalisierungsmethoden und -möglichkeiten eintreten, sondern wollen nur einige Fragen stellen, die in den Rahmen unserer Untersuchung gehören:

1. Werden durch die Rationalisierung menschliche Arbeitskräfte in dem Masse ausgeschaltet, dass daraus eine dauernde Verminderung der Zahl der Arbeiter eintritt?
2. Wird durch die Rationalisierung die berufliche Gliederung, bzw. der Nachwuchsbedarf der einzelnen Berufe beeinflusst?
3. Ergibt sich aus den Wirkungen der Rationalisierung eine veränderte Stellungnahme zur Frage der Berufswahl?

Es ist ohne weiteres klar, dass eine eindeutige Beantwortung dieser Fragen im heutigen Stadium der Rationalisierungsmassnahmen nicht möglich ist. Für die Schweiz liegen nur sehr spärliche Ergebnisse vor, die keine Schlüsse auf die Wirkungen der modernen Rationalisierung zuzulassen. So führte die Direktion des Innern des Kantons Bern im Jahre 1927 eine Umfrage durch, aus der sich keine Beeinflussung der Arbeitsmarktlage, d. h. keine Einsparung an Arbeitskräften ergab.

Anders liegen die Verhältnisse in Deutschland. Aus zahlreichen Untersuchungen geht hervor, dass verschiedene Wirtschaftszweige infolge betriebsorganisatorischer und betriebstechnischer Massnahmen zur Förderung der Wirtschaftlichkeit zahlreiche Arbeiter entlassen haben. Dafür einige Beispiele:

Rationalisierungsergebnisse des Braunkohlenbergbaus in Preussen.[1])

Jahr	Betriebene Werke	Förderung Millionen Tonnen	Absatz Millionen Tonnen	Beschäftigte Personen
1923	352	96,0	95,6	129,448
1924	319	101,4	101,4	90,898
1925	297	115,1	114,9	80,533
1926	284	115,3	115,4	74,874

[1]) Wirtschaftsdienst, Hamburg, 1927, Heft 29.

Fabrikdirektor Oesterreicher bringt folgendes Beispiel für die Rationalisierungserfolge eines Maschinenbaubetriebes bei gleichbleibender Produktion[2]):

	1925	1926
Meister	97	27
Beamte	72	35
Produktive Arbeiter . . .	684	383
Unproduktive Arbeiter . . .	451	207
Transportarbeiter	87	6
Zusammen Arbeitskräfte	1391	658
Durchschnittslöhne (pro Std.) .	0,50 RMk	0,70 RMk
Spitzenlöhne (pro Stunde) . .	1,15 RMk	1,75 RMk

Oesterreicher betont, dass das Arbeiten am Band einen höhern Lohnaufwand erfordert, um den Arbeitern für die ununterbrochene, gleichbleibende Arbeit einen Anreiz zu bieten. Es zeige sich dabei aber auch, dass durch diese Spezialisierung des Arbeiters eine starke Qualitätsveredelung eintrete.

Nach Berichten deutscher Gewerbe-Aufsichtsbeamter verdrängt jede neuaufgestellte Zigaretten-Einlegemaschine mindestens 20 Arbeiterinnen, und jede amerikanische Buchungsmaschine erspart 70 % der sonst für diese Tätigkeit nötigen Angestellten.

Aus diesen Ergebnissen der Rationalisierung muss geschlossen werden, dass in bestimmten Erwerbszweigen tatsächlich ein Teil der Arbeiterschaft ausgeschaltet wird, der dann *vorläufig* arbeitslos ist. Die verschiedenen Rationalisierungs-Methoden sind in ihrer Tendenz gleichlaufend. Die Konzentration und die Stillegung einzelner unrentabler Betriebe wirft z. B. ganze Belegschaften auf die Strasse, während betriebstechnische Massnahmen nur einen Teil der Arbeiterschaft des einzelnen Betriebes ausschalten. Diese Feststellungen sind erhärtet durch die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland während der letzten Jahre. Obwohl der Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie in den letzten Jahren allgemein als günstig eingeschätzt wurde, stieg die Zahl der Arbeitslosen (voll Erwerbslose) von 0,6 Millionen im Dezember 1924 auf 1,5 Millionen im Dezember 1925 und schliesslich auf 2 Millio-

[2]) Die Wirtschaftskurve der Frankfurter Zeitung, 1927, Heft II, S. 184.

nen im Dezember 1926. Erst im Jahre 1927 ist die Zahl der Arbeitslosen wieder zurückgegangen. [3])

Dieser Rückgang der Arbeitslosigkeit in Deutschland im Jahre 1927 beruht zu einem grossen Teil auf einer weitern Steigerung des Beschäftigungsgrades der deutschen Industrie, die infolge der Rationalisierung billiger produzieren kann und deren Produkte auch an Qualität gewonnen haben dürften. Ein Teil der entlassenen Arbeiter konnte demnach wieder von der Wirtschaft aufgenommen werden, denn schliesslich mussten bei einer konjunkturmässigen Aufwärtsentwicklung, bei steigender Kaufkraft des Inlandes, bei Auftreten neuer Fabrikationszweige (z. B. für den Bau von Maschinen, Apparaten und Werkzeugen für die rationalisierten Betriebe) die Arbeitslosen bald wieder Beschäftigung finden.

Nicht immer wird der Wiedereintritt in den Fabrikationsprozess unter Beibehaltung der früheren beruflichen Tätigkeit möglich sein. Viele Arbeiter stehen vor der Tatsache, dass es ihnen unmöglich sein wird, ihren persönlichen Beruf weiter auszuüben. Sie müssen sich einen neuen Wirkungskreis suchen, der unter Umständen ganz andere Anforderungen verlangt. Unter dem Einfluss der Rationalisierung gewinnt deshalb das Umschulungsproblem an Bedeutung. Es wäre unseres Erachtens nicht rationell, die durch die Rationalisierung entwurzelten Existenzen einfach ihrem Schicksal zu überlassen und ihnen anheimzustellen, entweder arbeitslos zu bleiben oder untergeordnete, ungelernte Arbeit zu übernehmen, während sie in den meisten Fällen zu qualifizierter beruflicher Tätigkeit befähigt wären und auch die Wirtschaft ihre Arbeitskraft als Facharbeiter brauchen könnte.

Dass in diesem Umschulungsprozess die psychologische Begabtenauslese eine hervorragende Rolle spielen muss, wenn der Enderfolg dem Gesundungsprozess der Rationalisierung durch Ausschaltung unrentabler Betriebe und Unternehmungen entsprechen soll, steht wohl ausser Frage.

---

[3]) Bei der Beurteilung der Arbeitslosigkeit in Deutschland in den letzten Jahren ist allerdings zu berücksichtigen, dass in diese Zeit eine starke Zunahme der erwerbstätigen Bevölkerung fällt durch das Einrücken der vom Kriege nicht betroffenen Vorkriegsgeburtsjahrgänge. Man schätzt die Zahl der Fünfzehnjährigen, die 1924 bis 1926 neu ins Erwerbsleben eingetreten sind, auf über 3 Millionen. Dazu kommen zahlreiche ehemalige Rentner und andere Erwachsene, die durch den Verlust ihrer Vermögen (Valutazerfall) zur Annahme von Arbeit gezwungen wurden. Es gibt deshalb viele Stimmen, die behaupten, dass nur ein geringer Teil der Arbeitslosigkeit auf Rationalisierungsmassnahmen zurückzuführen sei.

Wenn wir in der Schweiz bis heute keine ähnlichen Ergebnisse nachweisen können, so ist dies hauptsächlich auf zwei Momente zurückzuführen. Einmal ist die Zahl derjenigen Betriebe, die gewisse Standardartikel am laufenden Band herstellen könnten, sehr gering, und weiter geht der Rationalisierungsprozess in unserm Lande nur langsam vor sich. Die Kleinheit des Wirtschaftsgebietes, Binnenlage und Rohstoffmangel prägen unserer Wirtschaft den Charakter einer Exportwirtschaft auf, der sich auch in der Rationalisierung auswirken muss.

Bei allen Erwägungen, die für oder gegen eine vermehrte Rationalisierung des Wirtschaftslebens ins Feld geführt werden, darf man doch unterstreichen, dass es zum wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt gehört, die in der Natur vorhandenen Kräfte der menschlichen Gesellschaft nutzbar zu machen. Dazu gehört auch, dass Verrichtungen, die automatisch ausgeführt werden können, von den Arbeitsmaschinen übernommen werden, während diejenigen Arbeiten, die menschliches Denken und Handeln erfordern, den menschlichen Arbeitskräften vorbehalten bleiben.

Wenn wir feststellen mussten, dass die Rationalisierung im Prinzip auf eine Einsparung menschlicher Arbeitskraft tendiert, so zeigt anderseits die Entwicklung der Wirtschaft (in einem längeren Zeitraum betrachtet), gerade das Gegenteil. Die Zahl der in Fabriken beschäftigten Personen nimmt fast von Jahr zu Jahr zu, ohne dass die Zahl der in handwerksmässigen Erwerbszweigen oder in der Landwirtschaft tätigen Arbeitskräfte im selben Masse zurückgehen würde. Zur Beweisführung, dass die Rationalisierung, in einer längern Periode betrachtet, eher zu einer Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften führt [4]), mögen folgende Beispiele dienen:

1. Rationalisierungsergebnisse im Schweizerischen Buchdruckgewerbe.

Jahr	Setzmaschinen [5])	Beschäftigte Personen [6])		
		Männlich	Weiblich	Total
1900	31	6,578	1,183	7,761
1910	228	8,831	2,011	10,842
1920	650	10,256	3,252	13,508

[4]) Vgl. auch *Weyermann*, Die ökonomische Eigenart der modernen gewerblichen Technik, Grundriss der Sozialökonomik, Abt. VI, S. 137 ff.
[5]) Schweizerische Buchdruckerzeitung vom 9. September 1927.
[6]) Berufsstatistik 1920, S. 27.*

2. Die *schweizerische Uhrenindustrie* bietet ein treffendes Beispiel für die Wirkungen der Rationalisierungsmassnahmen:

Jahr	Jahresproduktion eines Arbeiters [7] (Zahl der Uhren)	Jahr	Erwerbende in der Uhrenindustrie [8]
1885	100	1880	43,905
1895	111	1888	44,147
1905	150	1900	52,752
1915	330	1910	53,312
1925	529	1920	62,833

Solche Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Wir möchten nur noch an die einschneidendste Rationalisierungsmassnahme in Bureaubetrieben, an die Einführung der Schreibmaschine, erinnern. Fragen wir uns einmal, ob die Schreibmaschine den Schreiber überflüssig gemacht habe. Im Gegenteil, ihre Zahl hat sich in den letzten zwanzig Jahren verdoppelt. Aehnliche Verhältnisse zeigt das Verkehrswesen. Je rascher sich der Verkehr abwickelt, je mehr neue Einrichtungen geschaffen werden, um die hastenden Menschen einander näherzubringen, um so mehr Arbeitskräfte werden nötig, um den Verkehr zu bewältigen. Wir kennen zwar auch, gerade im Verkehrswesen, die Erscheinung, dass durch Rationalisierungsmassnahmen menschliche Arbeitskräfte überflüssig werden. So hat zum Beispiel die Bundesbahnverwaltung seit 1920 einen empfindlichen Personalabbau durchgeführt. Es handelt sich hier aber um Teilerscheinungen, die in der Allgemeinbetrachtung nicht ins Gewicht fallen. Jedenfalls sind seit 1920 mehr Arbeitskräfte neu in den Dienst des schweizerischen Verkehrswesens eingetreten, als durch Rationalisierungsmassnahmen an einzelnen Stellen überflüssig wurden. (Neue Arbeitskräfte für den Bau, Unterhalt und Betrieb von Automobilen, Flugzeugen, Verkehrswegen usw.).

Die erste Frage nach der Möglichkeit der Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch Arbeitsmaschinen und andere technische oder organisatorische Massnahmen wäre also dahin zu beantworten, dass diese Erscheinungen oft eintreten können und für relativ kurze Zeit verschärfte Arbeitslosigkeit für *einzelne Berufe* im Gefolge haben. In einem längern Zeitraum werden aber die Ratio-

[7]) Mitteilungen des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes.
[8]) Berufsstatistik 1920, S. 39.*

nalisierungsmassnahmen, und vor allem die Einführung von Arbeitsmaschinen, eher eine verstärkte Nachfrage nach Arbeitskräften bringen.

Mit unsern Erläuterungen und Beispielen haben wir bereits die zweite Frage teilweise beantwortet. Jeder Rationalisierungsprozess wird, da dies in der Tendenz liegt, an bestimmten Orten den Aufwand an Arbeit reduzieren. Wird diese Arbeit von Menschen verrichtet, so besteht die Absicht, die menschliche Arbeitskraft auszuschalten. Ob der qualifizierte Arbeiter davon mehr betroffen wird, als der ungelernte, wird schwer festzustellen sein, da die Verhältnisse in den einzelnen Erwerbszweigen und Betrieben stark verschieden sind. Hier erhebt sich also neben der Frage nach den quantitativen Verschiebungen die für die künftige Berufsorientierung noch wichtigere qualitative Seite des Problems. Im wesentlichen handelt es sich darum, ob die Einführung neuer Herstellungsverfahren den gelernten Facharbeiter durch einen neuen Arbeitertyp ersetzt und damit eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage für die gelernten Arbeitskräfte eintreten wird. *Willeke*[9]) unterscheidet dabei drei Entwicklungstendenzen:

Die eine geht dahin, immer mehr ungelernte Arbeitskräfte durch die Arbeitsmaschinen zu verdrängen. An die Stelle der Ungelernten treten einige wenige hochqualifizierte Maschinenarbeiter, die mit der Führung und Reparatur der Maschinen vertraut sind. In der Hauptsache tritt diese Umstellung ein in der Lastenförderung, im Bergbau, zum Teil auch in der Metallindustrie und im Baugewerbe.

Eine zweite Form der Umschichtung zeigt das umgekehrte Verhältnis: *Die Maschine verdrängt den gelernten Arbeiter und ersetzt ihn durch den ungelernten.* Dieser Fall tritt vorwiegend in denjenigen Industrien ein, in denen die Rationalisierung eine weitere Arbeitsteilung, d. h. eine Auflösung des Arbeitsprozesses in letzte Teilfunktionen bedeutet. Das klassische Schulbeispiel dafür ist das laufende Band. (Fordismus.)

Ausser den beiden dargelegten Möglichkeiten ergibt sich noch eine dritte Form der Umschichtung, die darin besteht, *dass sich zwischen die gelernten Facharbeiter und die ungelernten eine Gruppe der angelernten einschiebt.* Wir werden diese angelernten

[9]) *Willeke*, Grundsätzliches zum Facharbeiterproblem, Reichsarbeitsblatt vom 9. April 1926, S. 238.

Facharbeiter vor allem in jenen Produktionszweigen nötig haben, in denen die menschliche Arbeitskraft trotz Rationalisierung am Herstellungsprozess wesentlich beteiligt bleibt, zum Beispiel in der Metallindustrie, Textilindustrie usw.

Für die schweizerische Volkswirtschaft ergeben sich daraus folgende Erwägungen: An eine weitere Zunahme der Beschäftigungsmöglichkeit für ungelernte Arbeiter wird man, angesichts der Tatsache, dass wir bereits einen Ueberfluss an unqualifizierten Arbeitskräften haben, nicht denken können. Dagegen zeigt sich die Notwendigkeit der vermehrten Heranbildung hochqualifizierter Maschinenarbeiter und der Ausbildung angelernter Arbeitskräfte. Mit dem gelernten Facharbeiter alten Stiles wird der letztere zwar nicht konkurrieren können, dagegen muss er « Intelligenz, Pünktlichkeit, Schnelligkeit und ähnliche Eigenschaften in hohem Grade besitzen. » [10])

Der Rationalisierungsprozess im Baugewerbe zeigt zum Beispiel zwei verschiedene Tendenzen. Während für die Herstellung der einzelnen Baustücke (Bausteine, Balken, Türen usw.) die maschinelle Produktion den früheren Handwerker ersetzt und an Stelle der gelernten Arbeiter oft die angelernten Facharbeiter treten, werden die Handlanger auf dem Bauplatz immer mehr überflüssig. An die Stelle der letztern treten der Kran und verschiedene Baumaschinen, die gewöhnlich von einem Maschinenmeister (gelernter Mechaniker) bedient werden.

Ueber den Umfang dieser beruflichen Umgruppierung als Folge des Rationalisierungsprozesses sind noch keine zuverlässigen Angaben erhältlich. Die allgemeine Tendenz besteht aber offensichtlich in der Ersetzung « unproduktiver » Arbeitskräfte (Handlanger, Transportarbeiter, z. T. auch Bureaupersonal) und in einer vermehrten Beschäftigung von Facharbeitern, zu denen wir auch die angelernten Arbeiter zählen müssen.

Stets [11]) schreibt zu dieser Frage, « dass infolge der Rationalisierung in der Düsseldorfer Maschinenindustrie die Zahl der Facharbeiter nicht abgenommen, sondern im Gegenteil zugenommen hat, und dass eine Abnahme nur auf Seiten der ungelernten Arbeiter zu verzeichnen ist. » Dieses gelte jedoch nur für die Maschinen-

[10]) *Herkner*, Arbeit und Arbeitsteilung, Grundriss der Sozialökonomik, Abt. II, S. 190.

[11]) *Stets*, Arbeit und Beruf, 1927, Heft 7, S. 213.

industrie, da über die Entwicklung in den andern Industrien zur Zeit Belege fehlen.

Zu ähnlichen Schlüssen kommt *Kammerer* [12]), wenn er sagt: «Der Ueberblick über die jüngste Entwicklung in der Maschinentechnik liess als hervorstechendsten Grundzug das Bestreben erkennen, die Maschinen unter Zuhilfenahme der elektrischen Kraftverteilung so zu vervollkommnen, dass sie nicht nur ihren Hauptzweck erfüllen — Förderbewegung oder Werkzeugbewegung — sondern dass sie darüber hinaus auch alle Hilfsgriffe und Handreichungen selbst ausführen. Es geht also die Entwicklung nicht, wie vielfach angenommen wird, dahin, dass immer mehr Handlanger in den Dienst der Maschine gestellt werden. Tatsächlich werden im Gegenteil die Handlanger immer mehr ausgeschaltet; an ihre Stelle tritt eine geringe Zahl hochwertiger Arbeiter, die die notwendige Intelligenz und Fachbildung besitzen, um die vollkommenen Maschinen zu verstehen und richtig zu lenken. Wenn auch zunächst die an einer Stelle eines Werkes überflüssig gewordenen Handlanger infolge Steigerung der Produktion an anderer Stelle verwendet werden können, so wird doch jedenfalls der Zuwachs von Handlangern in der Zukunft nur gering sein können; nur das Bedürfnis nach gelernten Arbeitern wird bestehen bleiben und zunehmen.»

Für die Berufspolitik und Berufsökonomik erwachsen aus dieser neuen Sachlage wichtige Aufgaben, die in weit stärkerem Masse, als es bis anhin geschehen ist, an die Hand genommen werden müssen. Was bis heute immer noch fehlt, ist eine gründliche Untersuchung der Entwicklungstendenzen auf dem Gebiete der Berufsdynamik. Berufsberatung und Arbeitsnachweis können ohne die nötigen Unterlagen über die Wirkungen der Rationalisierung unmöglich zu einer planmässigen Arbeitsmarktpolitik gelangen. Daneben wird es nötig sein, die Ausbildungsmöglichkeiten in den Berufsschulen entsprechend auszubauen. Mit einer allgemeinen Hebung des Facharbeiternachwuchses durch vermehrte Ausbildung in den Werkstätten ist es noch nicht getan. Vielmehr wird es notwendig sein, die Ausbildungsmöglichkeiten dem umgestellten Produktionsprozess anzupassen, zu differenzieren und namentlich der zweckmässigen Anlernung erhöhte Aufmerksamkeit zu

[12]) *Kammerer*, Die Ursachen des technischen Fortschrittes, Leipzig, 1910, S. 33, zit. bei Bernet a. a. O.

schenken. Nicht zuletzt wird man auch die Möglichkeit der Umschulung (Ungelernte zu Angelernten) in Betracht ziehen müssen, wobei es allerdings ohne die Bereitstellung öffentlicher Mittel nicht abgehen wird. Wenn aber damit die Erwerbslosigkeit eingeschränkt und zahlreichen Gelegenheitsarbeitern ein dauerndes Einkommen gesichert werden kann, so stellen diese Aufgaben eine bessere Kapitalanlage dar, als die unproduktive Arbeitslosen- und Armenfürsorge.

IV. KAPITEL

BERUFSPOLITIK UND BERUFSÖKONOMIK

VORBEMERKUNG

Im Rahmen einer Abhandlung über die Frage des beruflichen Nachwuchses das weitschichtige Problem der Berufspolitik und Berufsökonomik ausführlich zu bearbeiten, scheint uns unnötig zu sein, weil in letzter Zeit Berufsberatung, Berufsauslese und Berufsausbildung immer wieder Gegenstand grösserer Arbeiten sind. Zudem würde eine einlässliche Behandlung dieses Spezialgebietes den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen. Wir wollen deshalb hier von einer detaillierten Behandlung Umgang nehmen und eine zusammenfassende Darstellung der schweizerischen Verhältnisse einer spätern Bearbeitung vorbehalten.

Es scheint aber doch wichtig zu sein, im Anschluss an das besprochene Nachwuchsproblem auf einige Kernpunkte und besondere Verhältnisse in unserem Lande einzutreten.

12. ALLGEMEINES

Unter *Berufspolitik* verstand man bisher alle Massnahmen zur Wahrung der Berufsinteressen. Träger *dieser* Berufspolitik sind also vorwiegend die beruflichen Organisationen. Ihre Berufspolitik richtet sich meist darauf, in die behördliche Tätigkeit Einfluss zu erhalten, um auf gesetzlichem Wege einen Berufsschutz zu schaffen oder ihre beruflichen Interessen fördern zu helfen.

Die *Berufspolitik des Staates* darf sich nicht von solchen Einflüssen leiten lassen; sie muss höhere Gesichtspunkte haben, die nicht einzelnen Berufsgruppen, sondern der Volkswirtschaft und der kulturellen Förderung des Volksganzen dienen. Der Staat, der eine zweckmässige Berufspolitik betreiben will, wird die Bestrebungen der Berufsverbände im Hinblick auf die öffentliche Wohlfahrt prüfen und gegebenenfalls auf die beruflichen Organisationen einwirken müssen. Wo der Staat den Berufsverbänden bestimmte Aufgaben berufspolitischer Art übertragen hat, wird er deren Tätigkeit kontrollieren und nötigenfalls auch beeinflussen. Unter den Aufgaben auf dem Gebiete der staatlichen Berufspolitik wären vorwiegend zu erwähnen: Förderung der Berufszuführung für die einzelnen Berufe, Förderung der beruflichen Ausbildung des Nachwuchses, Fürsorge für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter; in weiterem Sinne kann auch das Berufsschulwesen zur staatlichen Berufspolitik gerechnet werden.

Unter staatlicher Berufspolitik verstehen wir also alle Massnahmen zur Förderung des beruflichen Nachwuchses, insbesondere die Einflussnahme auf die Struktur der Bevölkerung nach ihrer Berufszugehörigkeit.

Unter dem System der Gewerbefreiheit wurde die staatliche Berufspolitik wenn nicht völlig aufgegeben, so doch stark vernachlässigt. Von einer Einflussnahme auf die berufliche Struktur der Bevölkerung konnte bis vor kurzem keine Rede sein. Erst seit Beginn des 20. Jahrhunderts hat man begonnen, diese Berufspolitik als eine öffentliche Aufgabe zu betrachten. Welche Folgen eine unrichtige Berufsorientierung der Bevölkerung für die Volkswirtschaft und die kulturelle Entwicklung hat, haben wir in den vorstehenden Kapiteln eingehend behandelt. Die infolge der wachsenden Kompliziertheit der Volkswirtschaft immer häufiger werdenden Missgriffe bei der Berufswahl weckten das Bedürfnis für eine *planmässige* Berufspolitik, die allerdings heute noch in den ersten Anfängen steckt. Auch in Deutschland und Oesterreich, wo die Berufsberatung im Rahmen des Arbeitsnachweises eine öffentliche Institution geworden ist, kann von einem vollständigen Ausbau nicht gesprochen werden.

Inzwischen hat die Erforschung dieses jüngsten Gebietes der Volkswirtschaft wesentliche Fortschritte gemacht. Die Sozialstatistik untersuchte vorerst die wirtschaftlichen Grundlagen des Berufslebens im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt, der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderbewegung. Die Medizin forschte nach den körperlichen Voraussetzungen und Gefahren der einzelnen Berufe und bildete die Gewerbehygiene als besondern Zweig der ärztlichen Wissenschaft heraus. In neuester Zeit haben Pädagogen und Psychologen in Verbindung mit der Praxis mit überraschendem Erfolg die psychologischen Anforderungen der einzelnen Berufe und die Berufseignung der einzelnen Personen zu untersuchen begonnen. Die Ergebnisse dieser Forschungen verwertet die *Berufsberatung* in der Weise, dass sie versucht, die schulentlassene Jugend dem Bedarf der Wirtschaft und der Eignung und Neigung entsprechend in den Wirtschaftsprozess einzugliedern.

Aus dieser planmässigen staatlichen Berufspolitik, die darauf gerichtet ist, die Entstehung der Berufe und die berufliche Orientierung der Bevölkerung in einer Weise zu regeln, die für das Gemeinwohl förderlich ist, ergibt sich die *Berufsökonomik.*

Berufsökonomik bedeutet demnach staatliche Berufspolitik unter dem Gesichtspunkte des künftigen quantitativen und qualitativen Bedarfes an Arbeitskräften für die einzelnen Berufe. Die Berufsökonomik muss grundsätzlich über den Sonderinteressen

der einzelnen Berufsverbände und Wirtschaftsgruppen stehen; sie hat die Wirtschaft als Ganzes in Gegenwart und Zukunft zu berücksichtigen und demgemäss so auf die Berufswahl und Berufsausbildung einzuwirken, dass künftig in allen Berufszweigen das Angebot an Arbeitskräften mit der Nachfrage nach Möglichkeit in Uebereinstimmung gebracht werden kann. [1]) Dabei denken wir nicht nur an den quantitativen Ausgleich, sondern in besonderem Masse an eine Uebereinstimmung in qualitativem Sinne. Denken wir an die Arbeitslosigkeit der Berufsangehörigen überfüllter Berufe und der Ungelernten, an die sozialen, moralischen und politischen Gefahren, die sich aus der Erwerbslosigkeit oder aus der aufreibenden Unsicherheit der Existenz für Tausende von Familien ergeben, an die Folgen der Auswanderung einheimischer Facharbeiter und die Einwanderung von Ausländern, so wird man die Bedeutung der Berufsökonomik nicht hoch genug einschätzen können.

Im Rahmen der staatlichen Berufspolitik öffnet sich also der Berufsökonomik ein unermessliches Wirkungsfeld, dessen zweckmässige Bearbeitung allerdings wirtschaftlich und technisch geschulte Köpfe voraussetzt. Wenn wir im Zusammenhange mit der Berufspolitik und Berufsökonomik auch die technische Schulung unterstreichen, so geschieht dies aus dem Grunde, weil die Berufsdynamik wesentlich beeinflusst wird von der künftigen Gestaltung der Betriebsmittel. Besonders die rationalisierte Wirtschaft braucht die Berufsökonomik, die geeignet ist, auf eine Vermehrung und Qualitätsförderung der gelernten Arbeitskräfte hinzuwirken. Für eine solche Berufspolitik und Berufsökonomik sind in der Schweiz lediglich Ansätze vorhanden. Das Eidgenössische Arbeitsamt veröffentlicht seit einiger Zeit regelmässig Berichte über die Wanderungen usw.; es untersucht gleichzeitig die Ursachen der Krankheitssymptome des Arbeitsmarktes und hat in den « Sozialstatistischen Mitteilungen » (seit 1. Januar 1928 « Wirtschafts- und Sozialstatistische Mitteilungen ») beachtenswerte Ergebnisse veröffentlicht.

Für eine Berufsökonomik im Sinne unserer Ausführungen fehlt es indessen in den einzelnen Kantonen noch an der Einsicht (vielleicht auch nur an den Mitteln). Es wird überhaupt undenkbar sein, dass jeder Kanton auf diesem Gebiete macht, was er für

[1]) Jugend und Beruf, 1926, Heft 5, S. 169 ff. «Berufspolitik — Berufsökonomik», von Berger.

gut findet. Berufspolitik und Berufsökonomik können und dürfen nicht dem Gutfinden der einzelnen Kantone überlassen werden, wenn daraus ein Erfolg für unsere Volkswirtschaft resultieren soll. Jede örtlich oder regional abgegrenzte Berufsökonomik würde nur zur Folge haben, dass die erzielte zweckmässige Verteilung des Nachwuchses durch die Binnenwanderbewegung wieder durchbrochen würde.

13. DIE BERUFSPOLITIK DER WIRTSCHAFTLICHEN ORGANISATIONEN

Es dürfte nicht schwer sein, nachzuweisen, dass sich die Berufspolitik auf Jahrhunderte zurückführen lässt, dass seit der Zeit des Zunftwesens vieles unternommen wurde, was man als Berufspolitik bezeichnen darf, und dass eine Reihe gesetzlicher Bestimmungen auf berufspolitische Massnahmen zurückzuführen sind.[1])

Man kann in der heutigen Berufspolitik der wirtschaftlichen Organisationen in der Hauptsache zwei Richtungen verfolgen. Die *Arbeitgeber* glauben ein Interesse daran zu haben, das Zuströmen von Arbeitskräften in einen Beruf zu begünstigen, weil ein grösseres Angebot von Arbeitskräften lohndrückend wirkt. Anderseits besteht bei den *Arbeitnehmerorganisationen* im allgemeinen die Tendenz, den Zustrom nach Möglichkeit zu beschränken, weil eine Knappheit auf dem Arbeitsmarkt zur Erhöhung der Löhne führt. Es sind also zwei ganz entgegengesetzte Gesichtspunkte, die im allgemeinen in der Berufspolitik der Berufsverbände massgebend sind. Allerdings zeigen sich auch Abweichungen von diesen Tendenzen. Wenn zum Beispiel die Ueberfüllung eines Berufes allzuviele Berufstätige veranlassen sollte, selbständig zu werden, so müssen auch die Arbeitgeber gegen ein zu starkes Zuströmen zu ihrem Berufe sein; und wenn der Mangel an Nachwuchs eine Gefährdung des betreffenden Gewerbes bedeutet, so liegt es im Interesse der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, dass eine vermehrte Heranbildung von Arbeitern erfolgt.

In den meisten Berufen haben bis heute die vermeintlichen Interessen der Arbeitgeber das Uebergewicht behalten, und wenn in Folgegebung der Begehren der Arbeitgeberorganisationen behördliche Massnahmen getroffen wurden, so geschah dies fast immer in

[1]) Arbeit und Beruf, 1926, Heft 3 und 4.

der Weise, dass die Behörden zu einer übermässigen Heranbildung (in quantitativem Sinne) Hand boten. Diese Tatsache kann durch eine Fülle von Material belegt werden. Wir wollen nur daran erinnern, dass trotz einer dauernden Ueberfüllung der kaufmännischen und Bureauberufe, trotz mehrfacher Begehren der Angestelltenverbände auf Einschränkung der Ausbildungsbefugnis keine zweckmässige Begrenzung der Lehrlingshaltung oder der Ausbildung in Fachschulen vorgenommen wurde, weil der Handels- und Industrieverein darin einen Einbruch in die Handels- und Gewerbefreiheit erblickt.[2])

Diese Erfahrungen haben dazu geführt, dass viele Verbände der Arbeitnehmer zu einem Mittel greifen mussten, das mangels anderer Möglichkeiten zwar begreiflich, im Prinzip aber ebenso verwerflich, wie von zweifelhafter Wirksamkeit ist, nämlich durch Zeitungsartikel und Flugschriften von der Ergreifung eines bestimmten Berufes abzuraten. Die negative Beratung mag für den betreffenden Beruf eine momentane Entlastung bringen, namentlich im Zeitpunkt der Schulentlassung. Diese wird aber meist wieder illusorisch durch späteren Zuzug auf Inserate (Lehrstellenangebote) oder durch andere Massnahmen der Arbeitgeber. Dabei kann mit ziemlicher Sicherheit damit gerechnet werden, dass diejenigen Jugendlichen, die nach dem üblichen Termin eine Lehrstelle antreten, im Durchschnitt eine weniger gute Eignung aufweisen.

Einigermassen befriedigende Verhältnisse in der Leitung des beruflichen Nachwuchses konnten dort geschaffen werden, wo die Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Nachwuchsquote vertraglich festlegen und gleichzeitig dem Bedarfe anpassen. Eine solche Regelung besteht zum Beispiel im schweizerischen Buchdruckgewerbe, das für die Einstellung der Lehrlinge folgende Grundsätze aufgestellt hat:

a) Setzerlehrlinge. Auf 1—5 im Jahresdurchschnitte beschäftigte Handsetzer einen Lehrling, auf 6—10 zwei, auf 11—18 drei, auf 19 und mehr vier Lehrlinge. Werden mehr als 35 Handsetzer beschäftigt, so hat die Zentralstelle das Recht, der betreffenden Buchdruckerei ausnahmsweise einen fünften Lehrling zu bewilligen.

---

[2]) Im Kanton Bern besteht die Möglichkeit der Festsetzung von Lehrlingszahlen durch den Regierungsrat nach Anhörung der Berufsverbände.

b) *Druckerlehrlinge.* Auf 1—4 im Jahresdurchschnitt beschäftigte Drucker ein Lehrling, auf 5—10 zwei, 11 und mehr drei Lehrlinge. Dauernd an Rotationsmaschinen beschäftigte Drucker zählen nicht mit.

c) *Stereotypeur- und Galvanoplastiker-Lehrlinge.* Mehr als ein Stereotypeur- und Galvanoplastiker-Lehrling darf in keiner Buchdruckerei eingestellt werden.

Buchdruckereien, die keinen gelernten Druckergehilfen beschäftigen, dürfen keinen Druckerlehrling, und Buchdruckereien, die keine Setzergehilfen beschäftigen, keinen Setzerlehrling halten.

In reinen Zeitungsbetrieben dürfen weder Drucker- noch Stereotypeurlehrlinge angenommen werden. Setzerlehrlinge dürfen diese Betriebe nur annehmen unter der Bedingung, dass sie sich verpflichten, diese nach zwei Jahren in eine Akzidenzdruckerei zu versetzen.

Auch in einigen andern Berufen sind im Verlaufe der letzten Jahre solche Bestimmungen aufgestellt worden, ohne dass man dabei etwa die Absicht hatte, für eine planmässige, dem Berufsbedarf entsprechende Zuführung zu sorgen. In der Hauptsache handelt es sich darum, zu verhindern, dass in *einzelnen Lehrbetrieben* eine übermässige Zahl von Lehrlingen beschäftigt werde, wodurch gewöhnlich die Ausbildung Schaden leidet (Verhinderung der Lehrlingszüchterei).

Solche Einschränkungen der Lehrlingshaltung werden oft auch auf Betreiben der Berufsverbände von den Behörden gefordert, um einer drohenden Ueberfüllung des Berufes entgegenzutreten. Es handelt sich hier also um einen Schutz der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, meist aber um Zurückdrängung einer drohenden Konkurrenz.

Solange sich die kompetenten Behörden bei der Beschränkung der Lehrlingshaltung von allgemein volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten lassen und auch diejenigen Faktoren berücksichtigen, die bei den gestellten Begehren gewöhnlich keine Rolle spielen, können auch solche Massnahmen einen gewissen Einfluss haben. Man könnte zum Beispiel in Berufen, die an einer chronischen Ueberfüllung und entsprechenden Arbeitslosigkeit leiden, eine

quantitative Einschränkung der Lehrlingshaltung vornehmen oder in Mangelberufen die Lehrlingshaltung freigeben. Dabei wird man aber mit der Möglichkeit der Zuwanderung aus andern Berufen oder von Berufsschulen (Handelsschulen, Technischen Schulen) rechnen müssen.

Die quantitative Einschränkung der Lehrlingshaltung muss sich aber auch nach der Möglichkeit des Abflusses der gelernten Kräfte in andere Berufe richten. Solche Berufswechsel gelernter Arbeiter sind um so zahlreicher, je leichter die erworbenen Fähigkeiten ohne besondere Lehrzeit in einem andern Berufe ausgeübt werden können. So gibt es zum Beispiel viele Chauffeure, Heizer, Abwarte usw., die andere Berufe (Schlosser, Mechaniker) erlernt haben. Infolge des häufigeren Berufswechsels wird in diesen Berufen die notwendige Lehrlingszahl und auch die Höchstzahl eine entsprechend grössere sein. Berufe, die einen solchen Uebergang nicht gestatten oder wesentlich schwerer erscheinen lassen, wie Bäkker, Schriftsetzer, Schneider, Coiffeure usw., rechtfertigen eine stärkere Einschränkung der Lehrlingshaltung, während andere nicht der gleichen Abschliessung bedürfen.

In ähnlicher Weise, wie verschiedene Kantone diese Frage geregelt haben, ist eine Lösung im neuen Entwurf zu einem Bundesgesetz über das berufliche Bildungswesen vorgesehen. Der Bundesrat würde damit die Kompetenz erhalten, für das ganze Gebiet der Schweiz Höchstzahlen für die Haltung von Lehrlingen festzusetzen, d. h. zu bestimmen, wieviele Lehrlinge pro Facharbeiter im einzelnen Betriebe gehalten werden dürfen.[3]) Für einzelne Berufe wäre dies gewiss zweckmässig, sofern dabei auf den Berufsbedarf abgestellt und nicht einfach den Begehren der Berufsverbände nachgelebt wird, die sich nicht immer mit sachlichen Erwägungen decken.

Für die Zukunft wird man den berufspolitischen Bestrebungen der einzelnen Berufe und Berufsgruppen im Interesse unserer Ge-

---

[3]) Deutschland will darin weitergehen; im neuen Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes vom Frühjahr 1927 wird der Reichsregierung die Befugnis erteilt, die Zahl der Jugendlichen im Berufe oder auch im einzelnen Betriebe einzuschränken und die Beschäftigung Jugendlicher in bestimmten Berufen oder Berufsgruppen bis zur Dauer von drei Jahren ganz zu verbieten. Diese Massnahme wird damit begründet, dass die Entwicklung des Arbeitsmarktes in jüngster Zeit Erscheinungen gezeitigt hätte, die solche Vorschriften notwendig machen.

samtwirtschaft erhöhte Aufmerksamkeit schenken müssen. Wirkt sich der künftig eintretende Nachwuchsmangel erst einmal richtig aus, dann wird wahrscheinlich um die Heranziehung von Lehrlingen und die Besetzung der Arbeitsplätze mit Jugendlichen ein Kampf entbrennen, der nicht nur eine allgemeine Entlastung des Lehrstellenmarktes und des Arbeitsmarktes der Jugendlichen im Gefolge hat, sondern wahrscheinlich noch zu einer ungünstigeren beruflichen Orientierung der Schulentlassenen führen wird. Es ist mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, dass beim Eintreten einer gewissen Knappheit in den kommenden Jahren die einzelnen Wirtschaftsgruppen sich gegenseitig die Jugendlichen mit allen Mitteln « abjagen » werden. Für einzelne Berufe kann das eine schwere Gefahr bedeuten. Namentlich der Nachwuchs an Facharbeitern könnte in der Weise gefährdet werden, dass die finanzkräftigen Industriegruppen und auch der Handel, die bekanntlich über die bessern Propagandamittel verfügen, als zum Beispiel das Handwerk und die Landwirtschaft, in erster Linie den Nachwuchs an sich ziehen, während die letztgenannten Gruppen mit einem quantitativ und qualitativ geringern Nachwuchs zu rechnen hätten.

Die Volkswirtschaft muss vor den Schäden bewahrt werden, die sich aus den Veränderungen in der Bevölkerungsbewegung ergeben könnten. Das kann geschehen durch eine Berufspolitik, die — befreit von den interessenpolitischen Strömungen der einzelnen Berufsgruppen — auf die Gesamtwirtschaft Rücksicht nimmt. Die nächste Zukunft wird Gelegenheit schaffen, manche wünschenswerte Neuerung auf diesem Gebiete in die Wirklichkeit umzusetzen.

Man braucht dabei nicht einmal an einen Zwang zur Beanspruchung der Berufsberatungsstellen und Lehrstellenvermittlung zu denken, wohl aber an den Zwang, dass man alle Stellen, die sich mit der Berufszuführung Jugendlicher befassen, organisatorisch so zusammenfasst, dass eine einheitliche Berufspolitik gewährleistet ist. Es ist klar, dass von einer einheitlichen Berufspolitik im Interesse der Gesamtwirtschaft keine Rede sein kann, wenn jeder Caritas-Verein, jeder Pfarrer oder Lehrer auf eigene Faust seine Günstlinge in Lehr- oder Volontärstellen vermittelt, oder wenn schliesslich private Vermittlungsstellen (auch die von Verbänden) planlos jeden Berufsanwärter, unbekümmert um den Nachwuchsbedarf der einzelnen Berufe und ohne Rücksicht auf die Eignung der Beruf-

suchenden, einem Lehrmeister zuführen. Das weitere Andauern eines solchen Zustandes würde zu Konsequenzen führen, die wir im Interesse unserer Gesamtwirtschaft lieber nicht erleben wollen.

14. DIE BERUFSBERATUNG

Das Berufswahlproblem lässt sich immer auf folgende drei Fragen zurückführen:

1. Was *wollen* die Jugendlichen werden?
   (Berufswunsch, bzw. Berufsneigung.)
2. Was *können* die Jugendlichen werden?
   (Berufseignung.)
3. Was *dürfen* die Jugendlichen werden?
   (Wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit.)

Wenn auch die Frage nach dem Berufswunsch nicht leicht genommen werden darf, so stehen doch die Fragen nach der Eignung und nach dem Bedarf der einzelnen Berufe an Nachwuchs im Vordergrund. Besonders wichtig ist für uns die Frage nach der Eignung, die sich als Schnittpunkt zweier Ordinaten ergibt: Anforderungen des Berufes einerseits und psychophysische Fähigkeiten anderseits. In den ersten Anfängen der Berufsberatung zeigt sich zwar nur selten das Bestreben, die Beantwortung dieser beiden letzten Fragen im Interesse der Jugendlichen zu erleichtern. Geschichtlich betrachtet wird man die Berufsberatung als pädagogisches Problem ansehen dürfen; es ergibt sich dies schon aus dem Kreis der Personen, die sich mit der Vermittlung von Lehrstellen befassten. Lehrer und Geistliche haben oft in uneigennütziger Weise Arbeit und Verantwortung übernommen, um den schulentlassenen Jugendlichen eine Lehrstelle zu vermitteln. Neben diesen Jugenderziehern haben aber auch schon vor Jahrzehnten Berufsverbände die Heranziehung eines genügenden Nachwuchses an Lehrlingen an die Hand genommen und eine Art Lehrstellenvermittlung betrieben.

Es ist klar, dass es sich bei diesen Versuchen keineswegs um eine planmässige Beratung und Berufsleitung handeln konnte. Der Schule und Jugendpflege fehlte es vor allem an der Verbindung mit dem Wirtschaftsleben, den Wirtschaftskörpern am tiefern Verständnis für die Jugend.[1]) Die Folge dieser Zersplitterung der

[1]) *Wyenbergh*, Schule und Berufsberatung, Paderborn, 1927, S. 23.

Kräfte und dieses Aneinandervorbeiarbeitens war eine grundsätzlich verschiedene Einstellung und eine differenzierte Zielsetzung. Daraus erklärt sich der heute noch wogende Kampf, ob die Berufsberatung vorwiegend wirtschaftlichen oder pädagogischen Charakter habe.

Der Charakter der Berufsberatung lässt sich u. E. unschwer aus der Betrachtung ihrer Aufgabe ableiten, die darin besteht, *die Berufswahl der Jugendlichen derart zu beeinflussen, dass sie dem Bedarf der Wirtschaft an Arbeitskräften und der Eignung und Neigung der Jugendlichen entspricht.* Wir sehen daraus, dass beide Forderungen, die wirtschaftliche und die pädagogische, zu ihrem Rechte kommen.

Mit der wachsenden Bedeutung der Berufsberatung, sowohl für die richtige Berufswahl der Jugend, als auch für das Wirtschaftsleben, hat sich immer mehr die Notwendigkeit herausgestellt, auch die Schule zur Mitarbeit heranzuziehen. Diese Notwendigkeit ergibt sich auch aus der sozial-pädagogischen Seite der Aufgabe, die eine Ueberleitung von der Schule in den Beruf bezweckt. Diese Mitwirkung der Schule bei der Berufsberatung darf aber nicht dahin führen, dass die Schule auch die Berufszuführung übernimmt, da sie die Lage des Arbeitsmarktes weder im Ganzen noch in einzelnen Berufszweigen zu übersehen und zu beurteilen vermag. Zu solchen Massnahmen arbeitsmarktpolitischer Natur sind nur die Arbeits- und Berufsämter berufen. Wenn die Schulen oder gar die Pfarrstellen (wie dies heute noch oft geschieht), Berufsberatung, Lehrstellenvermittlung und Arbeitsvermittlung betreiben, so durchkreuzen sie damit die Bemühungen der öffentlichen Organe, die allein in der Lage sind, eine dem Bedarf der Wirtschaft entsprechende und in berufspolitischer Hinsicht zweckmässige Verteilung der Arbeitskräfte auf die einzelnen Berufe durchzuführen. [2])

Wenn die Berufsberatung in unserem Lande noch nicht die wünschbare Anerkennung und Verbreitung gefunden hat, so sind dafür verschiedene Gründe massgebend. Einmal ist sie als Gebiet der Wirtschaftspolitik noch recht jung. Während andere Staaten, z. B. die U. S. A. und England, im Anschluss daran auch Deutsch-

[2]) Dieser Forderung entspricht zum Beispiel ein Erlass des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 21. März 1927, worin angeordnet wird, dass sich die unterstellten Schulen der Berufsberatung, der Lehrstellenvermittlung und der Arbeitsvermittlung zu enthalten haben.

land, längst ihre Erfahrungen auf dem Gebiete der Berufsberatung gesammelt hatten, kannte man sie in der Schweiz kaum dem Namen nach. Das mag wohl daher kommen, dass die Schweiz während der Zeit ihres wirtschaftlichen Aufschwunges und ihrer starken industriellen Entwicklung in den meisten Berufen und Erwerbszweigen fortwährend Mangel an Arbeitskräften hatte und sehr viele Kräfte aus dem Auslande beziehen musste. Es bestand also keine Notwendigkeit für eine planmässige Zuführung der Jugendlichen selbst, weil diese überall Arbeit und Verdienst fanden. Zudem war die wissenschaftliche Erforschung dieses Gebietes, insbesondere die experimentelle Psychologie, noch nicht derart entwickelt, dass die Privatwirtschaft daran ein grosses Interesse hätte haben können. Eine Berufsberatung mit vorwiegend pädagogischem Einschlag besteht allerdings bereits seit Beginn des Jahrhunderts. [3]) Ihre Hauptaufgabe sah sie aber darin, möglichst viele Jugendliche durch das Mittel der Aufklärung zum Bestehen einer Berufslehre zu veranlassen. Diese Tätigkeit war sicher anerkennenswert und entsprach den damaligen Bedürfnissen. Unser Land mit seinen lohnintensiven Industrien brauchte viele Facharbeiter. Es konnte demnach in der Hauptsache genügen, wenn das gesteckte Ziel durch Aufklärung zu erreichen war.

Dass diese Aufgabe vorwiegend von Pädagogen übernommen wurde, ist wiederum verständlich. Im Laufe der Jahre hat sich diese pädagogische Einstellung der schweizerischen Berufsberatung nicht wesentlich geändert, und es sind auch heute noch vorwiegend Lehrkräfte der Sekundar- und Primarschulen, die nebenamtlich auf dem Gebiete der Berufsberatung tätig sind. Meist ist der frühere Charakter der Berufsberatung erhalten geblieben; gelegentlich sind allerdings gewisse sozial- und wirtschaftspolitische Momente hineingetragen worden. Diese Tatsachen mögen dazu geführt haben, dass man die Berufsberatung in der Schweiz gelegentlich als « sozialpädagogischen Sport » der Lehrerschaft bezeichnet, der es nicht möglich sei, die Aufgabe der Berufsberatung in ihrer wirtschaftlichen Notwendigkeit völlig zu erfassen.

Wenn wir die Ansicht vertreten, dass eine erfolgreiche Berufsberatung ohne Mitwirkung der Schule ausgeschlossen ist, so darf

---

[3]) Der Schweizerische Verband für Berufsberatung und Lehrlingsfürsorge feierte am 15./16. Oktober 1927 in Zug das 25jährige Jubiläum seines Bestehens.

dies nicht etwa dazu verleiten, die Berufsberatung als ausschliessliche Domäne der Pädagogik zu betrachten. Unsere Auffassung geht vielmehr dahin, die Schule habe nur *vorbereitende Arbeit* für die Berufsberatung zu leisten, wie etwa der Arzt und der Psychologe, die das Gutachten der Schule über die Eignung des Jugendlichen zum Berufe auf ihren Spezialgebieten (Physiologie und Psychologie) wertvoll ergänzen. Erst der Berufsberater, der in der Beratung auch den Bedarf der Wirtschaft an Arbeitskräften und die persönliche Einstellung des Berufsanwärters zu einem Berufe mitberücksichtigt, kann sich ein abschliessendes Urteil über die Zweckmässigkeit einer Berufswahl bilden und eine Entscheidung herbeiführen. Auf dem Gebiete der Aufklärung, d. h. in der Erziehung zur Berufswahl, kann die Schule bereits eine willkommene Vorarbeit leisten, sofern die Lehrkräfte sich von massgebenden Personen über die Zukunftsaussichten der einzelnen Berufe orientieren lassen. Wir haben darüber treffende Beispiele aus Gegenden, wo die Berufsberatung bereits durchorganisiert ist und in enger Fühlungnahme mit Schule, Elternhaus, Arzt, Wirtschaftsverbänden und mit dem öffentlichen Arbeitsnachweis zusammenarbeitet. So zeigt zum Beispiel eine *Statistik der Berufswünsche* Kölner Volksschüler, wie es möglich war, die Umleitung der Berufswünsche bereits im letzten Schuljahr zu bewerkstelligen. [4])

Berufswünsche Kölner Volksschüler.

a) überfüllte Berufe:

Knaben:	1924	1925	1926	1927
Autoschlosser und Chauffeur .	529	631	465	246
Kaufmann	732	563	390	373
Bankbeamter	64	14	—	6
Schlosser, vorw. Masch.-Schlosser .	874	468	318	271
Dreher	106	48	36	21
Zeichner und Techniker . . .	55	23	27	28
Mädchen:				
Kontoristin	720	353	327	267
Bankbeamtin	25	—	1	1
Beamtenanwärterin	18	6	7	4

[4]) *Wyenbergh*, Berufswahl und Berufsberatung der Kölner Jugend, Sonderabdruck aus «Kölner Verwaltung und Statistik», 1927, 1./2. Heft.

b) Mangelberufe:

Knaben:	1924	1925	1926	1927
Maler und Anstreicher	55	111	199	197
Bäcker	65	95	148	202
Metzger	48	74	105	154
Friseur	10	22	94	254
Gärtner	37	38	71	150
Polsterer und Dekorateur	12	31	45	44
Koch	15	15	31	57
Kellner	4	16	19	28
Dachdecker	10	14	18	28
Mädchen:				
Friseuse	17	39	146	333
Putzmacherin	34	105	135	129
Blumenbinderin	1	5	8	11

Diese Zusammenstellung gibt uns nach verschiedenen Richtungen wertvolle Aufschlüsse. Einmal zeigt sie, wie gewisse Modeberufe stark bevorzugt werden, es geht daraus aber auch hervor, wie es durch die *Aufklärung in der Schule* gelang, eine Umorientierung zustande zu bringen. Von den 4414 Knaben, die 1924 aus der Volksschule traten, wollten 1815, d. h. 40 %, Bureauangestellte, Schlosser und Dreher werden. Auf die Bureauberufe allein entfielen 835 oder annähernd 20 %. Drei Jahre später (1926) hatten nur noch 9 % aller Schulentlassenen den Wunsch, einen Bureauberuf zu wählen. Auch bei den Mädchen lässt sich eine ähnliche Entwicklung feststellen.

Es wäre allerdings falsch, anzunehmen, die rückläufige Entwicklung bei den überfüllten Berufen und die Zunahme der Berufswünsche bei den Mangelberufen sei allein auf die aufklärende Tätigkeit der Schule und der Berufsberatung zurückzuführen. Zum Teil ist es auch die wirtschaftliche Lage, die sich in dieser Entwicklung widerspiegelt.

Die Aufstellung zeigt aber deutlich, dass durch eine zielbewusste Aufklärung und Beratung schon die Berufswünsche der zur Entlassung kommenden Schüler in die richtigen Bahnen geleitet werden können. Und das muss bereits in der Schule geschehen, denn wenn einmal die Jugendlichen zur Frage der Berufswahl Stellung genom-

men haben, dann ist es oft mit der Aufklärung zu spät. Auch die bestgemeinten Ratschläge werden meistens in den Wind geschlagen. Es ist daher dringend notwendig, dass die berufliche Aufklärung rechtzeitig, spätestens zu Beginn des letzten Schuljahres, einsetzt, um zu verhüten, dass sich die zur Entlassung kommenden Schüler und ihre Eltern falsche Vorstellungen über die Zukunft eines Berufes machen.

Auf welche Art diese aufklärende Tätigkeit erfolgen soll und wer die Aufgabe zu übernehmen hat, darüber gehen die Meinungen noch auseinander. Immerhin neigt man in Kreisen, in denen schon eine gewisse Erfahrung auf dem Gebiete der Berufsberatung vorhanden ist, mehr und mehr dazu, der Schule die Pflicht zu übertragen, in den letzten Schuljahren das Verständnis für die berufliche Tätigkeit zu wecken und ganz allgemein die reiferen Schüler für das Berufsleben vorzubereiten. Diese neue Aufgabe, die von der Schule übernommen werden soll, stellt allerdings gewisse Anforderungen an die Lehrkräfte, denen diese bis heute nur zum kleinern Teil gewachsen sind.

Es kann nicht bestritten werden, dass die volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte im Rahmen der Berufsberatung bis heute viel zu wenig gewürdigt wurden und dass auch die wissenschaftliche Seite allzu sehr vernachlässigt geblieben ist. Wir führen dies wiederum darauf zurück, dass die meisten Berufsberatungsstellen in der Schweiz in den Händen von Personen sind, die dem Lehrkörper angehören oder früher eine Lehrtätigkeit ausübten. Es ist ganz klar und soll den Betreffenden durchaus nicht zum Vorwurf dienen, dass der Hauptberuf, der von einem Berufsberater ausgeübt wird oder ausgeübt wurde, auf seine Tätigkeit als Berufsberater nicht ohne Einfluss bleiben kann. Im Interesse der Volkswirtschaft und der Berufsberatung selbst läge es jedoch, wenn sie sich von ihrer vorwiegend pädagogischen Einstellung lossagen und sich mehr nach volkswirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen orientieren könnte.

Es wird zwar keinem vernünftigen Menschen einfallen, der Lehrerschaft, die sich nun seit Jahren der Berufsberatung angenommen hat, das Recht zur weitern Betätigung auf diesem Gebiet abzusprechen. Im Gegenteil, wir haben die intensive Mitarbeit der Lehrkräfte nötiger als je. Ist es doch gerade die Lehrerschaft, die unserer Jugend bis an die Schwelle des Berufslebens sehr nahe steht und die Fähigkeiten und Charaktereigenschaften der Schüler oft besser

kennt, als die Eltern. Dieser Faktor ist für die Berufsberatung von so grosser Bedeutung, dass eine intensivere Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung wünschbar erscheint. Das schliesst aber nicht aus, die Berufsberatung als ein Spezialgebiet zu betrachten, bei dem die volkswirtschaftlichen Erwägungen im Vordergrunde stehen. Ein Berufsberater, der auf volkswirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet nicht bewandert ist, scheint uns heute undenkbar. Will man daher die Lehrerschaft weiterhin als Berufsberater gelten lassen, so muss man unverzüglich an den Ausbau des volkswirtschaftlichen Unterrichts in den Seminarien herantreten. Restlos befriedigen kann diese Lösung keineswegs. Die Berufsberatung ist und bleibt ein Spezialgebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik, vor allem aber der Arbeitsmarktpolitik, mit der sie organisch verbunden ist. Die Schule ist eine willkommene, ja unentbehrliche Mitarbeiterin. Ihr fällt die besondere Aufgabe zu, nach den Weisungen der Berufsberatungsstellen vorbereitende Aufgaben der Berufsberatung zu lösen.

Der Schweizerische Verband für Berufsberatung und Lehrlingsfürsorge hat es leider unterlassen, in seinen neuen Statuten vom Jahre 1927 die Aufgabe der Berufsberatung näher zu umschreiben. Eine solche Massnahme hätte sicher zu einer Klärung der Stellungnahme der Arbeitgeberverbände beigetragen. Es ist zwar nicht ausgeschlossen, dass die Arbeitgeber des Gewerbes, insbesondere die Handwerkskreise, die ja allgemein der zünftlerischen Regelung der Wirtschaft Konzessionen machen und immer mehr für den zunftmässigen Zusammenschluss eintreten, der weiteren Entwicklung der Berufsberatung keine Opposition machen werden.

Neben andern Gründen, die einer stärkern Entwicklung der Berufsberatung entgegenwirkten, kommt als weiteres Moment das Fehlen der Mittel hinzu. Nur wenige Kantone und Gemeinden unterhalten gutausgebaute Berufsberatungsstellen. Die finanziellen Mittel, die ihnen zur Verfügung stehen, leiden sehr oft unter dem Einfluss der Sparmassnahmen in den öffentlichen Verwaltungen. Nicht besser ergeht es den Berufsberatungsstellen, die ausserhalb der öffentlichen Verwaltungen stehen und als gemeinnützige Institutionen betrachtet werden. Das Interesse, das man diesen Einrichtungen entgegenbringt, ist zwar stark im Wachsen. Vereinzelte Verwaltungen haben eingesehen, dass es besser ist, vorzubeugen als zu heilen, und dass die Ausgaben für diese Berufsberatungsstellen durch Ein-

sparungen auf den Arbeitslosen- und Armenunterstützungen mehr als gedeckt werden. Leider hat diese Ansicht bei weitem nicht den Widerhall gefunden, den sie verdient. Unseres Erachtens sollte in Verbindung mit der kommenden Gesetzgebung über das berufliche Bildungswesen eine Regelung der Berufsberatung auf eidgenössischem Boden angestrebt werden, zum Beispiel in der Weise, dass die Berufsberatung nicht nur in sämtlichen Kantonen, sondern in allen grössern Gemeinden zu einer obligatorischen Aufgabe der Verwaltung gemacht wird. Zweckmässiger wäre noch das Obligatorium der Berufsberatung in Verbindung mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Wenn wir oben von fehlenden Mitteln sprechen, so verstehen wir darunter auch die technischen Hilfsmittel und die geeigneten Personen, die unbedingt vorhanden sein müssen, wenn sich die Berufsberatung im Volk durchsetzen soll. Eine Organisation kann nur dann richtig und zweckentsprechend sein, wenn man sie aus ihren Aufgaben herleitet. Diese Erkenntnis, auf die Berufsberatung übertragen, ergibt die Notwendigkeit der Angliederung an den öffentlichen Arbeitsnachweis, denn die Berufsberatung ist der elementare Träger der Berufspolitik, und diese ist wieder die notwendige Voraussetzung für eine planmässige Arbeitsmarktpolitik. Ohne eine Gewährleistung engster Zusammenarbeit von Berufsberatung und Arbeitsamt wird die Berufsberatung immer dem Vorwurfe ausgesetzt sein, eine Fürsorgeinstitution mit allen ihren Mängeln zu sein. Sie wird, wenigstens nach aussen, das bleiben, was sie lange Zeit war und in vielen Fällen heute noch ist, eine Institution, die im wesentlichen dafür zu sorgen hat, dass der Arbeitgeber die gewünschte Anzahl von Lehrlingen und der Jugendliche die gewünschte Lehrstelle erhält.

Daraus würde man ableiten können, dass zwischen Arbeitsvermittlung und Berufsberatung nur der Unterschied besteht, der in der Person des Stellensuchenden liegt. Der grundlegende Unterschied zwischen Arbeitsvermittlung und Berufsberatung besteht aber nicht nur im Unterschied von Erwachsenen und Jugendlichen, sondern in der Zielsetzung. Für die Arbeitsvermittlung ist diese, wenigstens vorläufig, *ausschliesslich* wirtschaftlicher Natur, während bei der Berufsberatung die pädagogische Seite hinzutritt. Aus der Erwägung, dass die wirtschaftliche Bedeutung der Berufsberatung im Vordergrunde stehen muss, wird man eine enge Zusammenarbeit

zwischen Berufsberatung und Arbeitsnachweis (ja sogar die organische Zusammenfassung) überall anstreben müssen. Man wird dabei aber nicht ausser acht lassen, dass die Berufsberatung eine Institution mit eigenen Pflichten, eigenen Hilfsmitteln und eigener Lebensäusserung ist.

Ein Uebersehen dieser Tatsachen würde die Berufsberatung zu einer blossen Lehrstellenvermittlung stempeln. Das darf aber nicht ihr Hauptziel sein. Sehr oft hat die Berufsberatung mit Lehrstellenvermittlung überhaupt keinen Zusammenhang, nämlich vor allem in jenen Beratungsfällen, die ihrer Natur nach nicht unmittelbar in die Berufslehre einmünden, zum Beispiel bei der Studienberatung, bei Ungelernten, bei vielen Berufswechselfällen usw. Hier hat die Berufsberatung mit der Vermittlung meist nichts, mit der spätern Gestaltung der Wirtschaft und dem Schicksal des einzelnen aber oft sehr viel zu tun.

15. BERUFSAUSLESE

Nach Art. 276 des Z. G. B. hat die Ausbildung der Kinder in einem Berufe nach den Anordnungen der Eltern zu erfolgen. « *Die Eltern haben auf die körperlichen und geistigen Fähigkeiten und die Neigung der Kinder soweit möglich Rücksicht zu nehmen.*» Wie deckt sich aber diese Forderung mit folgender Veröffentlichung der « Schweizerischen Gewerbe-Zeitung »: « In jedem Handwerk wird jahraus jahrein die Erfahrung gemacht, dass man leider an die körperliche, geistige und moralische Eignung der Lehrlinge nicht den Massstab anlegt, der im Interesse des Berufsstandes und der Gesellschaft geboten ist. »[1]) Nach den Ergebnissen der Lehrlingsprüfungen sollen 25 % der Lehrlinge gänzlich ungeeignet sein, weitere 25 % entsprachen kaum den Anforderungen, und nur 22 % zeigen wirklich gute Leistungen. Diese höchst bedauerlichen Verhältnisse sollen auf die meisten Handwerke zutreffen. Wenn man auch einen Teil der ungünstigen Ergebnisse der mangelhaften beruflichen Ausbildung zuschreiben muss, so wird doch in der Hauptsache zutreffend sein, dass die Auslese der Lehrlinge nach ihrer beruflichen Eignung vollständig ungenügend ist. Sie ist in sehr vielen Fällen nicht nur ungenügend, sondern geradezu widersinnig. Ganz abge-

[1]) Schweizerische Gewerbe-Zeitung, Nr. 8, 1927.

sehen vom Fehlen einer Uebereinstimmung geistiger Fähigkeiten mit den Anforderungen eines Berufes kommt es oft vor, dass die Ergreifung eines bestimmten Berufes vom ärztlichen Standpunkt aus abzulehnen wäre. Es scheint eine im Interesse der Volksgesundheit liegende Forderung zu sein, dass jeder Jugendliche vor der Schulentlassung ärztlich untersucht wird, wobei der Arzt festzustellen hätte, welche berufliche Tätigkeit der körperlichen Beschaffenheit unzuträglich ist. Es ist doch ganz logisch, dass der Gesetzgeber, der den Eltern vorschreibt, bei der Berufswahl sei auf die körperlichen und geistigen Fähigkeiten der Kinder Rücksicht zu nehmen, auch konsequent verlangt, dass diese Fähigkeiten festgestellt werden. Was geschieht heute auf diesem Gebiet? Mit Ausnahme weniger kommunaler Verwaltungen, die in den Schularztämtern Institutionen der Jugendpflege geschaffen haben und vereinzelter Berufsberatungsstellen, die nicht nur ärztliche, sondern auch psychotechnische Prüfungen durchführen oder vornehmen lassen, hat weder eine Behörde, noch eine soziale Vereinigung dem guten Gedanken, der in unserem Z. G. B. niedergelegt ist, Rechnung getragen.

Denjenigen, der sich mit den Fragen des beruflichen Nachwuchses beschäftigt, muss es recht eigentümlich berühren, dass für die Einreihung in die Armee auf bestimmte Fähigkeiten abgestellt wird, während man bis heute überhaupt nicht daran dachte, für die Eingliederung ins Erwerbsleben auch nur die elementarsten Versuche für eine allgemein durchzuführende Fähigkeitsprüfung zu machen. Man hat bis heute aber nicht nur darauf verzichtet, die psycho-physische Struktur der Berufsanwärter festzustellen, wir sind ebenso wenig in der Lage, die genauen Anforderungen der einzelnen Berufe zu kennen.

Der vor einer Berufswahl Stehende weiss im allgemeinen recht wenig von den Anforderungen eines Berufes, für den er sich oder für den seine Eltern ihn als geeignet halten. Gewöhnlich ist nur eine sehr oberflächliche Kenntnis des Arbeitsproduktes (Automobil, technische Apparate usw.) oder des äussern Berufshabitus vorhanden, der dazu nicht nach dem normalen Verlauf, sondern nach seinen Höhepunkten beurteilt wird. Die mangelnde Kenntnis vom Wesen eines Berufes ist eine der betrübendsten Erscheinungen im Rahmen des Berufswahlproblems.

Eigentlich ist es sonderbar, dass die Vertreter der Berufsverbände nicht schon längst auf den Gedanken gekommen sind, die

Fähigkeiten des Berufssuchenden mit den Anforderungen eines Berufes in Uebereinstimmung zu bringen. Man hat einfach angenommen, von jedem leidlich normalen Menschen könne erwartet werden, dass er sich mit den Anforderungen eines *jeden* Berufes abfinden werde.

Sicher hat man zu allen Zeiten anerkannt, dass hervorragende Leistungen in einem Berufe nicht einzig das Ergebnis einer guten Berufsausbildung, sondern stets das Produkt besonders entwickelter Eigenschaften sein müssen. Das Erlernbare eines Berufes wurde aber stets als das Wichtigere und Notwendigere vorangestellt; dabei hat man das Vorhandene meist übersehen. Heute wissen wir durch das Mittel der experimentellen Psychologie, dass die Ansicht von der generellen Tauglichkeit auf Irrtum beruht. Die Eignungsforschung hat uns den Beweis erbracht, dass tüchtige Leistungen auf einem bestimmten Arbeitsgebiete nur erwartet werden können, wenn gewisse physiologische und psychologische Bedingungen erfüllt sind, d. h. wenn Berufsanforderungen und Fähigkeiten miteinander übereinstimmen.

Leider ist es bei uns immer noch üblich, die Bewerber um eine Lehrstelle bei einigermassen zufriedenstellendem Eindruck und oft auf Grund der Tatsache, dass Verwandte oder gute Bekannte eines Lehrmeisters die Annahme eines Schützlings wünschen, in einen Betrieb aufzunehmen. Selbst unsere Berufsberatungsstellen sind noch nicht völlig von diesem System abgekommen, nicht etwa, weil sie nicht von der Unzulänglichkeit dieser Art der Lehrstellenvermittlung überzeugt wären, sondern vorwiegend aus dem Grunde, weil ihnen bis heute keine ausreichenden Mittel und Methoden zur Verfügung stehen, um einen jungen Berufsanwärter fachgemäss auf seine Eignung begutachten zu können. Und doch wäre es ein sehnlicher Wunsch vieler Lehrmeister, mit dieser « Ueberlieferung » zu brechen und die Annahme eines Lehrlings einzig von der Beurteitung seiner Fähigkeiten abhängig machen zu können.

Die moderne Wirtschaft kann ohne die Anwendung psychologischer Hilfsmittel nicht mehr auskommen. Ihre Entwicklung drängt vielmehr nach vermehrter Zusammenarbeit mit der Psychologie, als der Wissenschaft vom Subjektiven.

In den letzten Jahren ist auf dem Gebiete der praktischen Anwendung psychologischer Erkenntnisse im Wirtschaftsleben eine gewaltige Arbeit geleistet worden. Seit Hugo Münsterbergs und

William Sterns grundlegenden Untersuchungen [2]) sind unzählige neue Wege beschritten worden, wobei nach und nach ein reiches Material zusammengetragen werden konnte. Die moderne Rationalisierung hat die Entwicklung wesentlich gefördert. Trotzdem stehen wir immer noch am Anfang der Möglichkeiten, die Frage der Uebereinstimmung von Berufseignung und Berufsanforderung zu lösen.

Allerdings hat die Industrie, der es im allgemeinen nicht darauf ankommt, gründliche Umstellungen im Interesse der Steigerung der Wirtschaftlichkeit vorzunehmen, verhältnismässig rasch auf diese Untersuchungen der Techniker und Psychologen reagiert und das unter den Namen « Taylorismus » und « Wissenschaftliche Betriebsführung » bekannte Arbeitssystem eingeführt.

Der unerträgliche Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft durch die Anwendung der Methoden des Taylorismus hat diesem Arbeitssystem viele Gegner, namentlich unter den Arbeitern, geschaffen, ohne dass es indessen beseitigt worden wäre. Seine schädigenden Wirkungen haben aber dazu angeregt, die wissenschaftliche Betriebsführung zu verfeinern, ihr gewissermassen das soziale Salz zu geben. Die Psychotechnik, wie sie heute in der Industrie zur Anwendung kommt, hat im Grunde genommen die gleiche Aufgabe zu erfüllen, wie alle Massnahmen zur Förderung der Wirtschaftlichkeit. Die Auslese der bestgeeigneten Arbeiter, die Ausbildung zweckmässiger Arbeitsverfahren, die Anpassung der Arbeitsmittel an den Arbeiter, die zweckmässige Arbeitsteilung usw., sind alles Glieder in der Kette der Massnahmen, deren Gesamtheit als wissenschaftliche Betriebsführung bezeichnet wird. Und doch besteht ein grundlegender Unterschied zwischen Taylorsystem und Psychotechnik, der gleiche, wie zwischen Arbeit und Beruf. Es liegt in der Idee des Taylorismus, dem Menschen eine Arbeit zuzuweisen, von der er in Verbindung oder unter dem Zwange von Maschine und Rhythmus ein Maximum leisten soll. Die Psychotechnik will aber (oder soll es wenigstens) die Anforderungen eines Berufes und die Fähigkeiten des Berufsanwärters feststellen, um sie miteinander in Einklang zu bringen. Auf der einen Seite ist also die Psychotechnik als Mittel zur Förderung der Wirtschaftlichkeit zu betrachten, auf der andern Seite wird sie als soziale Einrichtung

[2]) *Münsterberg*, Psychologie und Wirtschaftsleben, Leipzig 1912.
Stern, Differenzielle Psychologie, Leipzig 1911.

gepriesen. Darin liegt nun offenbar die Tragik ihrer Entwicklung und der Grund, warum sehr oft in Arbeiterkreisen die scharfen Widerstände auftauchen, wie sie schon gegenüber dem Taylorismus entstanden sind. Dieser Widerstand richtet sich aber weniger gegen die Psychotechnik als solche, als vielmehr gegen die dahinterstehende Wirtschaftsauffassung.

Und nun das Ausleseverfahren bei der Einstellung von Jugendlichen.

Es ist eine bekannte Tatsache, dass fast sämtliche Gross- und Mittelbetriebe der deutschen Industrien heute nur noch Lehrlinge nach vorausgegangener psychotechnischer Prüfung einstellen. Viele dieser Betriebe haben eigene Prüfstellen, denen hauptamtliche Betriebspsychotechniker vorstehen. Diese haben die Aufgabe, aus den sich meldenden Berufsanwärtern die scheinbar Geeignetsten auszusuchen.

Auch in der Schweiz ist eine Reihe von industriellen Betrieben (in letzter Zeit versuchsweise auch die S. B. B.) dazu übergegangen, ihre Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter nur noch auf Grund einer mit Erfolg bestandenen Eignungsprüfung einzustellen. Diese negative Begabtenauslese erfolgt zwar nicht im Interesse der Jugend, sondern stützt sich auf rein privatwirtschaftliche Erwägungen.

In gleicher Weise arbeiten vorläufig auch die psychotechnischen Prüfungsstellen in Zürich, Genf, St. Gallen, Biel u. a. Wenn man dabei geltend machen will, dass bei solchen Prüfungen der Hauptwert auf eine richtige Auswahl der Arbeitskräfte und auf systematische Anlernung gelegt werde, so fehlt doch das soziale Moment, das in einer generellen Anwendung solcher Prüfverfahren liegen würde. Die Privatwirtschaft hat in erster Linie die Rentabilität des Betriebes im Auge und versucht deshalb, die besten jungen Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt herauszusuchen. Wer sich für diese Zwecke des Betriebes als nicht genügend qualifiziert erweist, wandert wieder auf den Arbeitsmarkt. Damit wird aber die Möglichkeit, gutqualifizierte Arbeitskräfte zu erhalten, für diejenigen Betriebe eingeschränkt, die solche Prüfungsverfahren für die Begabtenauslese noch nicht anwenden. Man wird dabei wieder geltend machen, dass auf diese Weise alle Unternehmungen, deren Prosperität von der Heranbildung eines hochqualifizierten Arbeiterstandes abhängig ist, nach und nach gezwungenermassen die neuen Auswahlmethoden übernehmen müssten, und dass derjenige,

der den Vorteil solcher Prüfverfahren nicht rechtzeitig erkannt habe, selbst daran schuld sei, wenn die besten Arbeitskräfte für ihn nicht mehr vorhanden seien.

Ob man behördlicherseits der Entwicklung ihren Lauf lassen wird, bleibt abzuwarten. In Deutschland hat man die Gefahr, die in dieser Entwicklung liegt, erkannt und ist ihr durch die Einrichtung von Berufsämtern wirksam begegnet.

Sieht man die Bedeutung der Berufsorientierung von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten an, so muss man bald zum Schlusse kommen, dass im Interesse der Förderung aller wirtschaftlich notwendigen Erwerbszweige die Einflussnahme der Behörden auf die Berufsauslese geboten erscheint. Nur dann werden wir dazu kommen, dass die Frage nach dem zu wählenden Beruf im Interesse unseres ganzen Volkes gelöst werden kann. Diese Frage darf deshalb nicht lauten: « Wie finde ich für eine bestimmte Arbeitsverrichtung den geeignetsten Menschen ? », sondern « Welcher Beruf ist für eine bestimmte Person der geeignetste? » Daneben wird man sich vom Gedanken leiten lassen müssen, jedem Berufe die wirtschaftlich notwendige Zahl von geeigneten Berufsanwärtern zuzuweisen. Dieses volkswirtschaftlich bedeutungsvolle Problem wird und kann die Privatwirtschaft schlechterdings nie lösen.

Es dürfte damit klargelegt sein, dass eine Berufsauslese, wie sie im Prinzip vom Gesetzgeber gefordert wird, nur dann dem Allgemeininteresse dient, wenn an Stelle der negativen Begabtenauslese die positive Auslese tritt, d. h. wenn alle Jugendlichen auf ihre physiologischen und psychologischen Fähigkeiten geprüft werden und die Berufszuführung im Sinne der « Angleichung » des berufssuchenden Menschen an den Beruf erfolgt. Auslese für den passenden und Fernhaltung vom nicht passenden Beruf muss als Forderung aufgestellt werden.

Die Angleichung des Berufsuchenden an den Beruf setzt aber voraus, dass man nicht nur die Fähigkeiten des Berufsuchenden feststellt, sondern dass man den Beruf und seine Anforderungen gründlich kennt. Berufsforschung und Jugendforschung, d. h. gründliche Analyse der einzelnen Berufe und Feststellung der Fähigkeiten der Berufsanwärter werden schliesslich eine Berufsauslese garantieren, die den Bedürfnissen der Volkswirtschaft und der Gesellschaft dient.

16. DIE BERUFSAUSBILDUNG

Im Hinblick auf die in absehbarer Zeit zu erwartende Neuregelung des beruflichen Bildungswesens in der Schweiz wollen wir nur auf einige wenige allgemeine Punkte eintreten.

Die berufliche Ausbildung hat zunächst die Aufgabe, die im Berufsanwärter vorhandenen körperlichen und geistigen Fähigkeiten zur Entwicklung zu bringen, ihn zu beruflicher Geschicklichkeit (Fertigkeit) zu erziehen und die Berufsfreude zu wecken und zu erhalten. Es wäre falsch, anzunehmen, das berufliche Bildungswesen erschöpfe sich in der Lehrlingsausbildung mit einer abschliessenden Lehrlingsprüfung (Gesellenprüfung). Der gesamte berufliche Ausbildungsprozess dauert eigentlich in allen Berufen viel länger. Er beginnt mit der *Berufsvorbildung bis zur Schulentlassung*, stellt die eigentliche *Ausbildung im Beruf* in den Mittelpunkt und endet schliesslich in die *berufliche Weiterbildung*.

Die Schule hat ihre Aufgabe, die Jugend für das Berufsleben vorzubereiten, bisher viel zu wenig berücksichtigt. Sie hat den Kindern Unterricht im Lesen, Schreiben und Rechnen erteilt, hat ihnen wertvolle Wissensgrundlagen auf allen möglichen Gebieten vermittelt und hat an ihrer allgemeinen Erziehung mitgewirkt. Was sie aber in der Hauptsache unterlassen hat, ist die Schulung von Hand und Auge, Körper und Geist für die besondern Aufgaben, die die grosse Masse der werktätigen Bevölkerung in ihrem Berufsleben zu erfüllen hat.[1])

Aus dieser Erkenntnis heraus entstand die Forderung nach Einführung der «Arbeitsschule», bzw. die Umwandlung der heutigen «Lernschule» in eine «Arbeitsschule». Der für die Praxis sehr wichtige Unterschied zwischen beiden Schulsystemen besteht darin, dass in der «Lernschule» irgendwelche Ergebnisse gelehrt werden, während die Schüler der «Arbeitsschule» unterwiesen werden, *wie solche Ergebnisse zustandekommen*. In der Arbeitsschule werden gleichzeitig mit dem Erwerb der Kenntnisse die für das betreffende Gebiet charakteristischen formalen Funktionen betätigt. Damit ist dem Lehrer wie dem Lernenden Gelegenheit geboten, festzustellen, ob der Schüler diese formalen Funktionen besitzt und ob ihre Betätigung ihn befriedigt. Der Schüler lernt

---

[1]) Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, Die Berufserziehung des Arbeiters, Jena 1920, I. Teil, S. 5 f.

sie dadurch kennen und kann gleichzeitig beurteilen, ob sie seiner psychischen Struktur adäquat sind.

Der Uebergang von der Schule ins Berufsleben vollzieht sich, wie wir eingehend dargetan haben, meist völlig planlos. Man wird die Erziehung für den eigentlichen Lebensberuf als die grösste, gleichzeitig aber auch schwierigste Erziehungsaufgabe der Gegenwart bezeichnen dürfen.

Die alte Form der Berufslehre, die auf eine mehr als halbtausendjährige Geschichte zurückblicken kann, hat sich bis heute in Handwerk und Handel zum grossen Teil noch erhalten können, obwohl auch hier die Beziehungen zwischen Lehrherrn und Lehrling vielfach gelockert wurden. Dazu kommt eine Erschwerung der beruflichen Ausbildung durch den arbeitsteiligen Produktionsprozess. Die Berufslehre bei einem Meister, vorausgesetzt, dass er allen Anforderungen als Lehrmeister gerecht wird, stellt gleichwohl auch heute noch für die meisten Berufe die beste Form der beruflichen Ausbildung dar. Seit Jahrzehnten leistet der « Schweizerische Gewerbeverband » auf dem Gebiete des beruflichen Bildungswesens der schweizerischen Volkswirtschaft und den Berufsverbänden wertvolle Dienste durch die Uebernahme vieler Obliegenheiten aus den Lehrverhältnissen und den Lehrlingsprüfungen. Bis vor kurzem standen die Gewerkschaften mit wenigen Ausnahmen (Buchdruckgewerbe, Handel u. a.) der Einflussnahme in die berufliche Ausbildung noch fern. Neuerdings ist nun in der gesamten Gewerkschaftsbewegung ein erfreuliches Interesse an diesen Problemen festzustellen, das dazu führen könnte, dass die Berufsverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam diese Fragen lösen und damit zu einer gewissen Planmässigkeit kommen werden.

Wichtige Fragen bleiben allerdings weiterhin offen: Was geschieht mit den Jugendlichen, die keine eigentliche Berufslehre durchmachen und von der Schule hinweg als Ungelernte ins Erwerbsleben übertreten? Was geschieht ferner mit den jugendlichen Arbeitern, die als Angelernte vorwiegend in der Industrie in vermehrtem Masse benötigt werden, und was gedenkt man zu tun, um die zahlreichen, infolge falscher Berufswahl gescheiterten Existenzen, an den Platz im Erwerbsleben zu stellen, der ihnen nach ihrer Befähigung zukommen müsste?

Im Zusammenhang mit der Ausbildung im Berufe wird es

nötig sein, auch die Frage der theoretischen Ausbildung in Berufsschulen zu prüfen und für einen, den Bedürfnissen entsprechenden Ausbau der Berufsschulen zu sorgen.

Grosse Probleme harren hier ihrer Lösung. Das in Vorbereitung stehende Bundesgesetz über das berufliche Bildungswesen dürfte dazu beitragen, dass künftig eine zweckmässige Regelung dieser wichtigen Aufgaben möglich ist. Vor allem ist es zu begrüssen, dass einmal eine *einheitliche* Regelung des beruflichen Bildungswesens zustandekommt, womit auch die vereinzelten Kantone, die immer noch keine Lehrlingsgesetzgebung kennen, zu einer Legiferierung kommen werden. Grundsätzliche Fragen der Berufsausbildung können nicht weiter der regionalen Ordnung vorbehalten bleiben; sie sind in erster Linie Sache der fachlichen Einheiten und dürfen deshalb nur neutral für den gesamten Beruf geregelt werden. Solche Fragen sind zum Beispiel:

1. die Qualität der ausbildenden Kräfte (Gewerbelehrer und Meister);
2. der Lehrgang für den einzelnen Beruf;
3. die Lehrzeit;
4. die Bestimmung der Grundberufe (Berufe, die für die Ausbildung überhaupt in Frage kommen);
5. die Anforderungen für die Prüfungen;
6. Fragen des beruflichen Schulunterrichts;
7. Inhalt der Lehrverträge;
8. Festsetzung von Verhältniszahlen zwischen Lehrlingen und Facharbeitern.

Diese Forderungen wurden 1926 vom «Deutschen Ausschuss für Technisches Schulwesen» (DATSCH) aufgestellt und werden seither energisch verfochten.[2])

Diese kleine Auslese zeigt, wie umfangreich das Gebiet des beruflichen Bildungswesens nur in seinem Zentralpunkte, der Berufslehre, ist. Darüber hinaus stellen sich zahlreiche Fragen der beruflichen Weiterbildung erwachsener Berufstätiger (Arbeiter, Angestellte, Meister), die in der Hauptsache auf den Ausbau der Berufsschulen und die Heranbildung geeigneter Lehrkräfte hinzielen.

[2]) Technische Erziehung, Berlin, 1926, Heft 1, vgl. Art. «Unsere Aufgaben», von Dr. Schürholz, Leiter des Arbeitsausschusses für Berufsausbildung.

Die Forderung nach Qualitätsarbeit, die immer deutlicher erhoben wird, verpflichtet nicht nur zu einer zweckmässigen Berufswahl und Berufsauslese, sondern bedingt auch eine gründliche Berufsschulung. Die Heranbildung hochqualifizierter Arbeitskräfte setzt aber eine umfassende, möglichst einheitliche gesetzliche Regelung voraus, die allein Gewähr bieten kann für einen den besondern Bedürfnissen unserer Wirtschaft entsprechenden Facharbeiternachwuchs in allen Berufen.

17. DIE INNERE SANIERUNG DER BERUFE

Wir werden uns darüber klar sein müssen, dass durch die Berufsberatung und die Förderung der beruflichen Ausbildung das Problem des beruflichen Nachwuchses allein nicht gelöst werden kann. Einen Zwang zur Berufsergreifung wird man auch in der planmässigen Berufsleitung nie ausüben können. Man kann höchstens den Zudrang zu den einzelnen Berufen kontingentieren, wie dies heute schon gelegentlich geschieht. (Lehrer, Buchdrucker.) Hier handelt es sich aber stets um Berufe, die einen übermässigen Zudrang aufweisen. Um bei den Mangelberufen einen stärkern Nachwuchs an qualifizierten Arbeitskräften zu erhalten, werden noch andere Massnahmen nötig sein, die vorwiegend auf sozialpolitischem Gebiete liegen. Der Facharbeitermangel kann unseres Erachtens in gewissen Berufen nur in der Weise behoben werden, dass die Einkommens-, Arbeits- und Anstellungsverhältnisse umgestaltet werden. Wir brauchen wohl nicht näher auszuführen, warum vor allem die hauswirtschaftlichen Berufe (Dienstboten) seit Jahrzehnten nachwuchsarm sind, während die weibliche Jugend immer stärker nach der Bureautätigkeit und nach den industriellen und gewerblichen Berufen drängt. In der Hauswirtschaft liegen zum Teil die gleichen Verhältnisse vor, wie in der Landwirtschaft (lange Arbeitszeit, geringe Löhne); dazu kommen oft Anstellungsverhältnisse, die an Hörigkeit grenzen (Einschränkung der persönlichen Freiheit). Der Mangel an Nachwuchs für die hauswirtschaftlichen Berufe gab vor einiger Zeit Anlass zur Prüfung der Frage einer systematischen Haushaltslehre. So anerkennenswert diese Bestrebungen für die Steigerung des Ansehens der hauswirtschaftlichen Berufe sein mögen, so treffen sie doch keineswegs den Kernpunkt der Nachwuchsfrage. Die Verbesserung der Anstellungs- und

Lohnverhältnisse, und nicht zuletzt eine arbeitsorganisatorische Neuregelung der hauswirtschaftlichen Tätigkeit, dürften weit eher dazu beitragen, die Freude an diesen Berufen bei der weiblichen Jugend wieder zu wecken.

Auch im Baugewerbe und in andern Saisongewerben spielt die Lohnfrage eine weit grössere Rolle, als man allgemein annimmt. Es ist durchaus nicht so, dass die schmutzigen Hände, die das Maurer-, Gipser- und Malergewerbe usw. mit sich bringen, die Schuld tragen am Nachwuchsmangel. In dieser Hinsicht verhält es sich doch mit den Berufen der Mechaniker, Chauffeure usw. nicht anders. Trotzdem haben letztere fortwährend einen starken Zudrang aufzuweisen. Die Nachwuchsfrage im Baugewerbe ist zum grossen Teile eine Lohnfrage oder besser eine Einkommensfrage. Infolge der Saisonmässigkeit des Baugewerbes tritt in den Wintermonaten für viele Bauarbeiter eine verschärfte Arbeitslosigkeit ein, die, wenn man die Regentage der übrigen Monate hinzurechnet, zu einer Erwerbslosigkeit bis zu drei Monaten im Jahre führt. Dazu kommt die übliche Praxis vieler Unternehmer, Aufträge in allerkürzester Zeit mit vielen Arbeitern zu erledigen, damit bald wieder ein neuer Auftrag übernommen werden kann. An die Arbeiter denkt man gewöhnlich nur, wenn man sie dringend nötig hat. Sind keine Aufträge vorhanden, so werden sie gewöhnlich entlassen. Diese Erscheinungen haben dem Beschäftigungsgrad im Baugewerbe (zum Teil auch in der Industrie) den Stempel der Saisonmässigkeit aufgedrückt. Für die Arbeiterschaft resultiert daraus, trotz relativ hoher Stundenlöhne und Tagesverdienste, ein empfindlicher Lohnausfall.

Jahreseinkommen, berechnet auf Grund der durchschnittlichen Tagesverdienste verunfallter Arbeiter:

Jahr	Baugewerbe Gelernte und angelernte Arbeiter mit 225 Arbeitstagen pro Jahr		Metallindustrie Ungelernte Arbeiter mit 300 Arbeitstagen pro Jahr	
	Tagesverdienst in Fr.	Jahreseinkommen in Fr.	Tagesverdienst in Fr.	Jahreseinkommen in Fr.
1913	6,20	1395	4,88	1464
1918	10,38	2336	8,29	2485
1920	13,66	3074	10,72	3216
1922	12,74	2867	9,93	2979
1924	13,21	2972	9,63	2889
1926	13,23	2977	9,90	2970

Das durchschnittliche Jahreseinkommen der gelernten und angelernten Arbeiter im Baugewerbe ist demnach nicht höher, als dasjenige der ungelernten Arbeiter in der Metall- und Maschinenindustrie. Wollte man die notwendige Erweiterung der Differenz durch Erhöhung der Lohnansätze herbeiführen, so müssten die Stundenlöhne der Bauarbeiter durchschnittlich um ein Viertel erhöht werden, eine Forderung, die bei den Arbeitgebern auf schärfsten Widerstand stossen würde. Es scheint daher zweckmässig zu sein, eine andere Lösung zu suchen, die im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer liegt.

Diese Lösung ist durchaus denkbar; sie liegt auf dem Gebiete der Rationalisierung des Gewerbes im Sinne der Normalisierung der Baustoffe, die einen konstanten Beschäftigungsgrad des Baugewerbes ermöglichen dürfte. Damit könnte der gelernte Bauarbeiter das ganze Jahr beschäftigt werden, und es wäre damit auch ein starker Anreiz für die Berufswahl gegeben. Ein wesentliches Hindernis bildet die heutige Einstellung vieler Architekten und Handwerksmeister zur Frage der Normalisierung. Aus einer falschorientierten Aesthetik lehnt die Mehrzahl jede derartige Rationalisierung ab, obwohl diese zur Verbilligung des Wohnungsbaues und damit zur Steigerung des Beschäftigungsgrades erheblich beitragen müsste.

In diesem Zusammenhang darf auch die Frage der Doppelberufe erwähnt werden, die allerdings mehr ein Ausbildungsproblem darstellt. Besonders das Baugewerbe ist wie kein anderer Erwerbszweig geeignet, die Kontinuität der Beschäftigungsmöglichkeit der Arbeiter dadurch zu sichern, dass diese zwei verwandte Berufe (Maurer-Steinhauer, bzw. Kunststeinarbeiter, Bauschreiner-Möbelschreiner, Dachdecker-Ofensetzer usw.) erlernen. Während in der Bausaison der Hauptberuf auf dem Bauplatz ausgeübt wird, kann die Beschäftigung im Nebenberuf während der toten Saison in die Werkstatt oder in die Fabrik verlegt werden. Dieser Entwicklung steht vorläufig noch das Ueberwiegen der selbständigen Kleinbetriebe hindernd im Wege. Es darf aber angenommen werden, dass diese Art der Arbeitsteilung wenigstens in den Gross- und Mittelbetrieben nach und nach Anhänger findet, womit die Saisonmässigkeit der Bauberufe wiederum gemildet werden kann.

Der Eintritt in den Beruf bedeutet für die Jugend einen Uebergang in eine völlig andere Sphäre. Die ungewohnten fremden Eindrücke des Berufslebens lösen sehr oft Verwirrung und Bedrückung aus und lassen das Suchen nach einer Stütze begreiflich erscheinen. Dazu kommt die Pubertät, eine Zeit der physischen und seelischen Wandlung, die ein erhöhtes Verständnis für die Not der heranwachsenden Jugend notwendig macht. In diese stürmische Zeit fällt die Erziehung für den Beruf, ein Zeitabschnitt, der für den Jugendlichen Aufstieg oder Untergang bedeuten kann. Man mag daraus ersehen, dass eine grosse Verantwortung auf dem Lehrmeister lastet, deren er sich gewöhnlich gar nicht bewusst ist. Die Ausbeutung der Lehrlinge während mehrerer Jahre, die mangelhafte Ausbildung, die übermässige Beanspruchung durch Betrieb und Berufsschule und schliesslich die Verweigerung ausreichender Ferien bilden recht dunkle Punkte im heutigen Lehrlingswesen. Ein angesehener Arzt, Prof. W. von Gonzenbach, Zürich, hat verschiedentlich auf die körperlichen und geistigen Gefahren aufmerksam gemacht, die der Jugend im Alter von 15 bis 20 Jahren drohen. So weist er u. a. darauf hin, dass die Sterblichkeit in dieser Zeit plötzlich stark ansteigt und dass besonders viele Jugendliche der Tuberkulose zum Opfer fallen. Er stellt deshalb die Forderung auf, den Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern jährlich mindestens drei Wochen Ferien zu gewähren.

Dass im Lehrlingswesen sehr oft bedauerliche Verhältnisse vorliegen, die gelegentlich Anlass zu Klagen in der Oeffentlichkeit, bei den Behörden und Berufsverbänden gegeben haben, ist eine bekannte Tatsache. Leider stösst man bei den Versuchen, eine Besserung herbeizuführen, gewöhnlich auf den Widerstand der Arbeitgeber, die das Lehrverhältnis immer noch als Arbeitsvertragsverhältnis betrachten, während unseres Erachtens in erster Linie ein Erziehungsverhältnis vorliegt, das im Interesse der Gesellschaft einer gründlichen Beaufsichtigung und Kontrolle unterstellt werden sollte. In den Kantonen, in denen Lehrlingsgesetze bestehen, ist gewöhnlich das Recht der Einmischung staatlicher Organe in das Lehrverhältnis stipuliert. Diese Befugnis ist aber meist derart eng umschrieben, dass daraus keine praktischen Erfolge für die staatliche Berufspolitik resultieren. In neuerer Zeit macht sich nun aus der Mitte der beteiligten Berufsverbände eine Bewegung

geltend, die einen stärkeren Einfluss auf die Gestaltung der Lehrverhältnisse nehmen will. Im Kanton Bern ist es auch bereits gelungen, die wichtigsten Berufsverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für eine generelle Neuregelung des Lehrlingswesens auf paritätischer Grundlage, d. h. unter gleichberechtigter Mitwirkung der Berufsverbände zu gewinnen.

SCHLUSSWORT

Die vorliegende Arbeit will ein Versuch sein, das Problem des beruflichen Nachwuchses in seinen wichtigsten Punkten den auf dem Gebiete der Berufspolitik tätigen Behörden, Berufsverbänden und Jugendfürsorgern näherzubringen. Es soll damit aber auch zu weitern Forschungen über das Problem « Jugend und Beruf » angeregt werden. Wer sich schon mit diesen Fragen befasste, wird zugeben müssen, dass es sich um ein umfangreiches Gebiet mit vielen ungelösten Teilfragen handelt. Das Problem ist aber auch dringend, schon im Hinblick auf die Auswirkungen des Geburtenrückganges auf die Lage des Arbeitsmarktes. Daneben spielen Erziehungsfragen, sowie Fragen der technischen Entwicklung in dem Masse eine Rolle, dass es notwendig erscheint, alle interessierten Kreise (Schule, Berufsberatung, Arbeitsämter, Berufsverbände, Technik und Wissenschaft) zur Mitarbeit heranzuziehen. Unser Land ist bis heute auf dem Gebiete der systematischen Einflussnahme auf die berufliche Struktur der Bevölkerung gegenüber verschiedenen andern Kulturländern zurückgeblieben. Es wird der grössten Anstrengungen aller beteiligten Kreise bedürfen, um in absehbarer Zeit das zu erreichen, was zum Beispiel Deutschland und Oesterreich bereits geschaffen haben.

Der erste Schritt heisst « Erkennen ». Wir müssen die Aufgaben erkennen, die auf dem Gebiete der Berufspolitik zu lösen sind, müssen sie systematisch ordnen und planmässig in Angriff nehmen. Die Erkenntnis vom besondern Wert unserer einheimischen Erzeugnisse und von der Notwendigkeit der Fortentwicklung von Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr zu höhern Leistungen dürfen wir als bestehend voraussetzen. Sehr oft fehlt aber an massgebender Stelle die Einsicht über die zweckmässige Verwendung der vorhandenen und neu zu schaffenden Mittel. Es bedarf also noch weiterer Aufklärung und Belehrung, damit die vorhandenen Erkenntnisse zu praktischen Resultaten führen. Eine nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierte und mit psychologischen und pädagogischen Mitteln arbeitende Berufsökonomik

dürfte nicht nur zu einer Produktionsförderung, sondern auch zur dauernden Festigung einer günstigen Arbeitsmarktlage, sowie zu einer kulturellen Förderung unseres Landes beitragen.

Von einer Menschenwirtschaft kann heute nur beschränkt die Rede sein; wohl stellen wir unsere Maschinen, Verkehrsmittel, zum Teil auch die Waren, planmässig in die Wirtschaftsorganisation ein, « in der Verwendung, d. h. in der Heranbildung unserer *Arbeitskraft* hingegen herrscht eine Unzweckmässigkeit, eine Unstimmigkeit mit den Bedürfnissen unserer Wirtschaft, die zum Aufsehen mahnt.» *) Auch durch die blosse Einführung des Eignungsprinzipes im Sinne einer negativen Begabtenauslese würde der Gedanke der Berufsökonomik nur einseitig verwirklicht, da lediglich die Ungeeigneten, und vorwiegend die Mindererwerbsfähigen, von bestimmten Berufen ferngehalten würden. Als notwendige Ergänzung des Eignungsprinzips muss die Forderung nach einer *positiven Berufspolitik* aufgestellt werden, die auch für die Einreihung der Mindererwerbsfähigen ins Wirtschaftsleben sorgt. In fast allen Erwerbszweigen gibt es eine Reihe von Beschäftigungsmöglichkeiten, die für viele Minderbegabte ein Arbeitsgebiet darstellen können, das ihren Anlagen oft besser entspricht, als der psychischen und physischen Struktur eines normal Begabten.

Die Wirkungen einer planmässigen Beeinflussung der Berufswahl der heranwachsenden Jugend werden sich natürlich nicht von heute auf morgen zeigen; in der Regel gehen nur mässige und schrittweise Veränderungen in der beruflichen Gliederung vor sich. Dafür werden diese Umpruppierungen nach dem Bedarf der Wirtschaft auch um so nachhaltiger wirken.

Die besondere Eigenart unserer Wirtschaft macht es notwendig, dass keine Arbeitskräfte brachliegen und kein Arbeitsplatz unbesetzt bleibt. Im Interesse der Förderung der Gesamtproduktion und der Rentabilität muss auch dafür gesorgt werden, dass die Zeit des Suchens nach Arbeitskräften nach Möglichkeit verkürzt und der unproduktive Arbeitsaufwand des Ausbildungsverfahrens auf ein Minimum herabgesetzt werden kann. Der Bedarf an Arbeitskräften muss deshalb in weitsichtiger Weise festgestellt werden, wobei eine Milderung der Konjunktur- und Saisonschwankungen Hand in Hand gehen muss. Die Stabilisierung der Produktion auf

*) *Bartholdi*, a. a. O., S. 8.

einer bestimmten, notwendigen Höhe setzt wiederum voraus, dass neben andern Faktoren eine rasche Ersetzung fehlender durch entsprechend befähigte und vorgebildete Arbeitskräfte erfolgt. Die Nachteile, die der Wirtschaft aus den bestehenden anarchischen Zuständen in der Versorgung mit Arbeitskräften erwachsen, sind unverkennbar; Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben ein gleich hohes Interesse an einer zweckmässigen beruflichen Orientierung.

Wir müssen uns einmal davon losreissen können, die Berufsentscheidung als eine rein persönliche Angelegenheit des einzelnen zu betrachten; denn ob die Zahl der Ungelernten sich weiter vermehrt, ob die Ueberfüllung einzelner Berufe weitere Fortschritte macht, ob die Mittel, die von der Oeffentlichkeit aufzubringen sind, zur Heranbildung Ungeeigneter verschwendet werden, ob aus diesen Verhältnissen ungünstige Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkte entstehen, ob infolge eines Ueberangebotes an Arbeitskräften die Löhne stark sinken usw., das alles muss die Allgemeinheit in hohem Masse interessieren, weil sie in der Hauptsache die Folgen zu tragen hat.

Daneben haben die Berufsverbände ein besonderes Interesse an einer zweckmässigen Berufswahl, weil jeder Ungeeignete den betreffenden Beruf belastet und in seinem Aufstieg hemmt, und weil dem Berufe, dem der betreffende Jugendliche seiner Eignung nach angehören sollte, eine wertvolle Kraft verloren geht.

Die Jugend von heute ist das Volk von morgen. Diese elementare Erkenntnis sollte uns veranlassen, alle Faktoren, die für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung unseres Volkes ausschlaggebend sind, zu berücksichtigen und in den Dienst der Gesellschaft zu stellen. Dazu gehört nicht zuletzt eine planmässige Beeinflussung der Berufswahl unserer heranwachsenden Jugend und ihre zweckmässige Ueberleitung ins Berufsleben.

LITERATURVERZEICHNIS

A. EINZELERSCHEINUNGEN

Bartholdi,	Die wirtschaftlichen Grundlagen der Berufsberatung (Vortrag), Flawil, 1927.
Berger,	Arbeitsmarktpolitik, Sammlung Göschen, Nr. 928.
Bernays,	Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Grossindustrie. Schr. des Ver. f. Sozialpol. 135. Bd.
Bernet,	Lehrlingsausbildung und Lehrlingsfürsorge, Zürich, 1923.
Bernheim,	Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiterschaft in der Heizungsfabrik von Gebr. Sulzer A.-G. in Oberwinterthur. Diss. Zürch., 1916.
Biefer,	Lehrlingsausbildung in der Firma Gebr. Sulzer A.-G., Winterthur (Sonderabdruck aus dem Jahrbuch der Schweiz. Gesellschaft für Gesundheitspflege, 1918.)
Bowley,	Estimation de la population en état de travailler. Genève, 1927.
Bücher,	Die Entstehung der Volkswirtschaft. Tübingen, 1919.
Carrard,	Zur Psychologie des Anlernens und Einübens im Wirtschaftsleben. Zürich, 1927.
Dunkmann,	Die Lehre vom Beruf. Berlin, 1922.
Erismann, Moers,	Psychologie der Berufsarbeit und der Berufsberatung. Sammlung Göschen, Nr. 851, 852, 1922.
Fischer,	Ueber Beruf, Berufswahl und Berufsberatung als Erziehungsfragen. Leipzig, 1918.
Fontègne,	L'orientation professionnelle et la détermination des aptitudes. Neuchâtel, 1921.
Gutzwiller,	Der Geburtenrückgang in der Schweiz. Diss. Zürich, 1925.
Harms,	Weltwirtschaftliches Archiv: 1925, Günther Ad., Bevölkerungspolitik, H. 1, Jena.
Herkner,	Probleme der Arbeitspsychologie. Schr. d. Verf. f. Sozialpol. 138.
Herkner,	Arbeit und Arbeitsteilung, Grundriss der Sozialökonomik, Abt. II.
Herkner,	Die Arbeiterfrage. 7. Aufl. Berlin, 1921.
Klopfer,	Beruf und Schule. Leipzig, 1926.
Levenstein,	Die Arbeiterfrage. München, 1912.
Liebenberg,	Berufsberatung, Methode und Technik. Leipzig, 1925.
Lipmann, Stolzenberg,	Methoden zur Auslese hochwertiger Facharbeiter der Metallindustrie. Leipzig, 1920.
Lipmann,	Psychol. Berufsberatung, Ziele, Grundlagen, Methoden und Organisation. Berlin, 2. Aufl., 1919.
Lipmann,	Psychologie der Berufe. Separatabdruck aus Hdb. d. vergl. Psychologie, Bd. II, Abt. 5, München.
Lorenz,	Zur Einführung in die Arbeiterfrage unter besonderer Berücksichtigung schweizerischer Verhältnisse. Zürich, 1921.
Lotmar,	Die Freiheit der Berufswahl, Leipzig, 1898.
Most,	Bevölkerungswissenschaft, Sammlung Göschen Nr. 696.
Müller,	Arbeiterbewegung und Bevölkerungsfrage. Jena, 1927.
Münsterberg,	Psychologie und Wirtschaftsleben. Leipzig, 1912.
Otto,	Das deutsche Handwerk in seiner kulturgeschichtlichen Entwicklung. Aus Natur und Geisteswelt, Nr. 14.

Philippovich, Grundriss der politischen Oekonomie, Tübingen 1919.
Piorkowski, Beiträge zur psychologischen Methodologie der wirtschaftlichen Berufseignung. 2. Auflage, Leipzig, 1919.
Rauecker, Rationalisierung und Sozialpolitik, Berlin, 1926.
Ruttmann, Berufswahl, Begabung und Arbeitsleistung. Aus Natur und Geisteswelt, Nr. 522.
Savoy, L'apprentissage en Suisse. Louvin, 1910.
Schweiz. Bauernsekretariat, Die landwirtschaftliche Arbeiterfrage in der Schweiz. Brugg, 1918.
Senn, Zur Berufswahl und Berufsberatung der ländlichen Jugend. Bern, 1923.
Seyfert, Der Arbeiternachwuchs in der deutschen Maschinenindustrie. Berlin, 1920.
Siemsen, Beruf und Erziehung, Berlin, 1926.
Simmel, Grundfragen der Soziologie. Sammlung Göschen, Nr. 101.
Skubich, Untersuchungen über den berufsschulpflichtigen Nachwuchs. Stuttgart, 1926.
Sombart, Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Kapitalismus. München-Leipzig, 1927.
Stein, Das Uebervölkerungsproblem. Diss. Bern, 1927.
Stern, Differenzielle Psychologie. Leipzig, 1911.
Stocker, Die erzieherische und volkswirtschaftliche Bedeutung der Berufslehre. (Vortrag) Zürich, 1917.
Stoll, Aufgaben der Bevölkerungspolitik. Jena, 1927.
Studer, Der Lehrlingsschutz in der Schweiz. Diss. Bern, 1920.
Suter, Intelligenz- und Begabungsprüfungen. Zürich, 1922.
Weber, Zur Psychophysik der industriellen Arbeit. Arch. f. Sozialw. und Sozialpolitik, 27. bis 29. Band, Tübingen.
Weyermann, Die ökonomische Eigenart der modernen gewerblichen Technik, Grundriss der Sozialökonomik, Abt. VI.
Wyenbergh, Schule und Berufsberatung. Paderborn, 1927.

B. PERIODICA, PROTOKOLLE, BERICHTE USW.

Allgemeine deutsche Arbeitsnachweistagung vom 2.—4. Juni 1927 (Stenographischer Bericht).
Arbeit und Beruf, Berlin.
Arbeit und Wirtschaft, Wien.
Beiträge zur Statistik der Stadt Bern, Heft 7.
Berufswahl und Berufsberatung, von Ulrich, Piorkowski, Nenke, Wolff, Bernhard, Berlin 1919.
Berufsberatung und Berufsbildung, Organ des Schweizerischen Verbandes für Berufsberatung und Lehrlingsfürsorge, Basel-Burgdorf.
Der öffentliche Arbeitsnachweis, Stuttgart.
Die Arbeit, Berlin.
Gewerkschaftliche Rundschau, Bern.
Gewerkschaftsarchiv, Jena.
Handwörterbuch der Arbeitswissenschaft, Halle a. S.
Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Jena.
Handwörterbuch der schweizerischen Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung.
Jahresberichte des Arbeitgeberverbandes schweizerischer Maschinenindustrieller.
Jahresberichte des Schweizerischen Gewerbeverbandes.
Jahresberichte des Schweizerischen Verbandes für Berufsberatung und Lehrlingsfürsorge.
Jugend und Beruf, Berlin.
Jugendbildung und Volkswirtschaft, Zürich.

Magazin der Wirtschaft, Berlin.
Pro Juventute, Schweizerische Zeitschrift für Jugendfürsorge und Jugendpflege, Zürich.
Revue internationale du travail, herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt in Genf.
Soziale Praxis, Jena.
Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, Heft 70/72, über «Die Berufserziehung des Arbeiters, Jena 1920/21.
Schriften zur Grundlegung und Vertiefung der praktischen Berufsberatung (Die Praxis der Berufsberatung), Berlin.
Schriften zur Psychologie der Berufseignung und des Wirtschaftslebens, Leipzig.
Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 134/135, München und Leipzig.
Schweizer Berufsführer, Rascher & Cie., A.-G., Zürich.
Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung, Zürich.
Schweizerische Blätter für Gewerbeunterricht, Zürich.
Schweizerische Gewerbe-Zeitung, Bern/Burgdorf.
Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung, Bern.
Schweizerische statistische Mitteilungen vom Eidg. statistischen Bureau, Bern.
Schweizerischer Verband für Berufsberatung und Lehrlingsfürsorge,
Festschrift 1927,
Protokolle der Tagungen der Schweizerischen Berufsberater,
Verschiedene Spezialabhandlungen.
Schweizerische Zeitschrift für Gesundheitspflege, Zürich.
Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik, Bern.
Sozialstatistische Mitteilungen, Bern.
Statistisches Handbuch der Stadt Bern., 1925, Bern.
Statistisches Jahrbuch der Schweiz, Jahrgang 1900—1926.
Technische Erziehung, Berlin.
Volkswirtschaft, Arbeitsrecht und Sozialversicherung der Schweiz. Herausgegeben vom Eidg. Volkswirtschaftsdepartement, Einsiedeln, 1925.
Wirtschafts- und sozialstatistische Mitteilungen, Bern.
Wirtschaftskurve der Frankfurter Zeitung, Frankfurt.
Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, Basel/Bern.